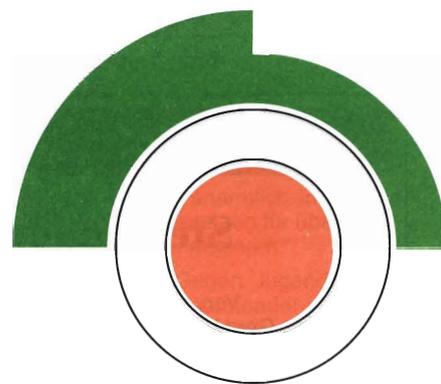


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 13



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 31. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 5.9.2000

WORT UND WIDERWORT

Wie muss die Mobilität der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gesichert werden?

Verkehrspolitisches Ziel sei ein Qualitätssprung im ÖPNV durch Taktverdichtungen, Ausweitung des Angebots in den Tagesrandzeiten, kundenfreundliche Tarifstrukturen, um den Umstieg insbesondere der Berufspendler auf den Öffentlichen Personennahverkehr attraktiver zu machen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Gerd Wirth**. Der CDU-Abgeordnete **Gerhard Wächter** betont, um die Mobilität wieder herzustellen, brauche man dringend eine Investitionsoffensive. Die Hauptverkehrsadern an Rhein und Ruhr dürften nicht länger die größten Parkplätze der Republik sein. Die FDP-Abgeordnete **Dr. Ute Dreckmann** erinnert daran, Hunderttausende stünden täglich im Stau. Ihnen werde wertvolle Arbeits- und Freizeit gestohlen. Es sei die Aufgabe der Regierung, die Verkehrsinfrastruktur den Bedürfnissen von Mobilität anzupassen. Der GRÜNE-Abgeordnete **Peter Eichenseher** stellt fest, die Einführung von Job-Tickets in möglichst vielen Betrieben und Behörden sei ein wichtiger Beitrag, um den Beschäftigten eine preisgünstige Alternative zum motorisierten Individualverkehr anzubieten. (Seite 2)

Grüne sehen Kultsendung „Sportzeit“ des WDR in Gefahr

Fußballfreunde nicht mehr live dabei?

Droht der schleichende Tod der Fußball-Radio-Live-Berichterstattung? Auf Antrag der GRÜNEN setzte sich der Landtag in der Aktuellen Stunde am 30. August mit dem Konflikt zwischen Deutschem Fußball-Bund (DFB) und der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) auseinander.

Ewald Groth (GRÜNE) fürchtete, wenn tatsächlich für Sendungen wie die WDR „Sportzeit“ ausschnittsweise Live-Berichte aus der ersten Halbzeit und die beliebte Live-Konferenzschaltung zum Ende der ersten Halbzeit untersagt würden, dann müssten Interessenten auf die kosten trächtigen Angebote des Bezahlfernsehens und des Internets ausweichen. Das tangiere den Grundsatz der freien Berichterstattung und schaffe ein Meinungsmonopol.

„Der unentgeltliche Zugang zu den Stadien zum Zwecke der Hörfunkberichterstattung muss aufrechterhalten werden“, stellte Marc Jan Eumann (SPD) fest. Dr. Annemarie Schraps (CDU) erinnerte an die vielen berufstätigen, älteren oder kranken Menschen, für die die Berichterstattung im Radio eine unverzichtbare Unterhaltungs- und Informationsquelle sei. Für eine freie Angelegenheit der ARD, den Hörern die Berichte zugänglich zu machen, hielt es der Fraktionsvorsitzende der FDP, Jürgen W. Möllemann. Warum sollte

die ARD mit ihren zehn Milliarden Gebühreneinnahmen nicht dafür zahlen können — die kleinen Privatsender müssten es ja auch. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) sah die Berichterstattung durch eine Übereinkunft zwischen ARD und DFB sowie durch das Informationsrecht abgesichert. Die laufenden Verhandlungen zwischen beiden würden, das sei seine Meinung, zu einem „vernünftigen Ergebnis“ führen.



Landtagspräsident Ulrich Schmidt rief zu einer neuer Wertedebatte auf (siehe Seite 4).

Foto: Schälte

Die Woche im Landtag

Spitzenregion

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) betonte in seiner Regierungserklärung, er wolle NRW zu einer Spitzenregion weiterentwickeln. (Seite 3)

Toleranz

Der Landtag hat zu Toleranz und Zivilcourage gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit aufgerufen. (Seite 4)

Verfassungsschutz

Die Neonazi-Szene entfaltet in NRW wieder mehr Aktivitäten. Das ging aus dem Bericht des Verfassungsschutzes im Hauptausschuss hervor. (Seite 9)

Rechtsausschuss

Nach einer ersten Erörterung im Rechtsausschuss, hat die CDU deutlich gemacht, dass sie weiteren Klärungsbedarf in der Sache Pofalla sieht. (Seite 11)

Medienpolitik

Die Medienpolitik gewinnt ständig an Gewicht. Mit einem Medienausschuss trägt der Landtag der Entwicklung Rechnung. (Seite 17)

Vorsitzwechsel

Die Vereinigung ehemaliger Abgeordneter hat seine langjährige Vorsitzende Inge Donnepf verabschiedet. Nachfolger ist Dr. Rolf Krumsiek. (Seite 23)

WORT UND WIDERWORT

Steigender Verkehr verlangt immer mehr Mobilität

Von
Gerd Wirth

Die städtebauliche Funktionstrennung von Arbeiten und Wohnen hat zu erheblichen Pendlerverkehren geführt. Auch die Anforderungen des Arbeitsmarktes an die Mobilität und Flexibilität der Arbeitnehmer/innen wächst kontinuierlich. Zur Bewältigung der steigenden Verkehrsnachfrage steht in NRW ein umfangreiches Mobilitätsangebot des Individual- und öffentlichen Personenverkehrs zur Verfügung. Ein optimaler Gebrauch des bestehenden Verkehrssystems ergibt sich bei einem sinnvollen Nutzungsmix: Den Fuß- oder Radverkehr, den PKW oder die Fahrgemeinschaft als Zubringermodus zum gebündelten ÖPNV, der für die stark frequentierten Ballungszonen optimal ist. Dieser so genannte „Modal-Split“, also das Wechseln der Verkehrsträger entsprechend der individuellen Situation unter optimaler Nutzung ihrer jeweiligen Vorteile, ermöglicht den Er-

SPD: Wir brauchen einen Mix aller Verkehrssysteme

werbstätigen in unserem Land eine allgemein gute Erreichbarkeit ihrer Arbeitsstellen.

Unser verkehrspolitisches Ziel ist ein Qualitätssprung im ÖPNV durch spürbare Taktverdichtungen, Ausweitung des Angebotes in den Tagesrandzeiten, kundenfreundliche Tarifstrukturen sowie durch Steigerung von Sicherheit, Sauberkeit und Service, um den Umstieg insbesondere der Berufspendler auf den Öffentlichen Personennahverkehr attraktiver zu machen. Hierzu möchten wir auch neue technische und organisatorische Lösungen wie den Metrorapid, Telematik oder den Integrierten Taktfahrplan baldmöglich realisieren.

Aber auch aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wird künftiges Mobilitätsverhalten verändern: Tele- und Heimarbeit machen unabhängiger von den jeweiligen Arbeitsstätten und erübrigen weitgehend den Weg dorthin. Flexibilisierte Arbeitszeiten entzerrern Rush-Hour-Spitzenbelastungen des Verkehrssystems und können zu einer gleichmäßigeren Ausnutzung führen.

Dennoch ist auch in Zukunft eine gute Verkehrsinfrastruktur für Erwerbstätigkeit, Wohlstand und Wachstum die zentrale Herausforderung. Daher ist ihr Erhalt und Ausbau in NRW ein wichtiges Politikfeld der SPD-Fraktion.

Von
Gerhard Wächter

Nordrhein-Westfalen steht im rot-grünen Stau. Jahrelang hat sich die Düsseldorfer Koalition gestritten, statt die notwendigen Entscheidungen für den Ausbau der Infrastruktur zu treffen. Staus auf Autobahnen und in Innenstädten, Verspätungen bei Bus und Bahn, keine Entlastung durch dringend erforderliche Ortsumgehungen und genervte Berufspendler prägen das Bild. Hinzu kommt, dass durch die Öko-Steuer die Grenze der Zumutbarkeit für alle diejenigen überschritten ist, die zwingend auf einen Pkw angewiesen sind. Um die Mobilität für die Menschen wieder herzustellen, brauchen wir dringend eine Investitionsoffensive. Die Hauptverkehrsadern an Rhein und Ruhr dürfen nicht länger die größten Parkplätze der Republik sein. Deshalb müssen die Kürzungen beim Autobahnbau rückgängig

CDU: NRW braucht eine Investitionsoffensive

gemacht werden. Auch das Land muss endlich seine Verantwortung für den Erhalt und Ausbau des in katastrophalem Zustand befindlichen Landesstraßennetzes wahrnehmen.

Gerade die Pendler brauchen ein leistungsfähiges und bezahlbares Angebot von Bussen und Bahnen. Die Umbrüche bei der Finanzierung des ÖPNV machen innovative Lösungen erforderlich. Es kommt nicht darauf an, welches öffentliche Verkehrsmittel fährt, sondern dass ein attraktives Angebot für die Nutzer gemacht wird. In den Ballungsräumen brauchen wir besonders kurze Taktfrequenzen, im ländlichen Raum dagegen eine intelligente Verknüpfung verschiedenster Angebote – von Bus und Bahn bis zu Anrufsammeltaxen. Für Berufspendler können Job-Tickets eine interessante Alternative zur Nutzung des eigenen Pkw sein. Durch die Schaffung einheitlicher Tarife zwischen den unterschiedlichen Verkehrsverbänden muss die Benutzerfreundlichkeit des Nahverkehrs ebenso verbessert werden wie durch den Einsatz moderner Fahrzeuge und eine Modernisierung von Bahnhöfen und Bushaltestellen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Mittel des Landes wirtschaftlich eingesetzt werden.

Von
Dr. Ute Dreckmann

Die Anforderungsprofile im Arbeitsleben ändern sich ebenso rasch wie die Technologien, die das Arbeitsumfeld bestimmen. Damit die Menschen das lernen, was im täglichen Leben wie im Beruf wirklich gebraucht wird, müssen die Bildungsangebote so gestaltet werden, dass sie geistige Mobilität vermitteln und auf das vorbereiten, was morgen, oder besser: was übermorgen gefordert wird.

Besonders die neue Wirtschaft des E-Commerce steckt voller Chancen. Computerkenntnisse sind Voraussetzung für nahezu jeden Job geworden. Darum muss jeder die Schule mit fundiertem Wissen über Datenverarbeitung und Internet verlassen. Alle Schulklassen müssen schleunigst ans Netz. Für Berufstätige müssen Weiterbildungseinrichtungen die Ver-

FDP: E-Commerce voller Chancen

mittlung dieses Know-hows übernehmen. Das alles kostet Geld. Aber die Landesregierung tut hier viel zu wenig, sie setzt die falschen Prioritäten.

Zudem stehen Hunderttausende Menschen täglich im Stau. Ihnen wird wertvolle Arbeits- und Freizeit gestohlen. Arbeitsplatz und Wohnort liegen immer häufiger weiter voneinander entfernt. Darum müssen die Benzinpreise bezahlbar bleiben. Es ist die Aufgabe der Regierung, die Verkehrsinfrastruktur den Bedürfnissen von Mobilität anzupassen. Das bedeutet: Wichtige Verkehrsadern, allen voran Autobahnen, müssen ausgebaut werden. Moderne Verkehrsleitsysteme müssen Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss garantieren. Weniger Staus sind ökonomischer und ökologischer. Ein zweckmäßiges Angebot an ÖPNV kombiniert mit Park-and-ride-Angeboten muss den Individualverkehr ergänzen, um die Pendler sicher und schnell zu ihren Arbeitsplätzen zu bringen. Diese Aufgaben müssen finanziert und endlich umgesetzt werden. Hier ist die Landesregierung gefordert, die Steuern der Verkehrsteilnehmer auch zu deren Nutzen auszugeben.

Von
Peter Eichenseher

Die Einführung von Job-Tickets in möglichst vielen Betrieben und Behörden ist ein wichtiger Beitrag, um den Beschäftigten eine preisgünstige Alternative zum motorisierten Individualverkehr anzubieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen daher die Umsetzung möglichst flächendeckender Einführung von Job-Ticket-Angeboten.

Wenn Job-Ticket-Angebote mit der Bewirtschaftung von firmen- oder behördeneigenen Parkplätzen kombiniert werden, ergibt sich neben dem hohen Entlastungseffekt von Luft- und Lärmbelastungen auch eine erhebliche Einsparung bei der Bereitstellung von Parkflächen. Flächenverbrauch und Flächenversiegelung können damit reduziert werden.

Job-Tickets als Dauernetzkarten für Bus und Bahn entlasten nicht nur unsere Städte vom motorisierten Berufsverkehr, sondern verändern in positiver Weise auch das Verkehrsverhalten in der Freizeit.

GRÜNE: Job-Ticket-Angebote sichern preisgünstige Mobilität

Bus und Bahn werden von Job-Ticket-Inhabern und -Inhaberinnen in der Freizeit immer öfter als preiswerte Alternative zum Auto genutzt.

In der Kombination mit Car-Sharing-Angeboten lassen sich Job-Tickets zu einem umfassenden Mobilitätsangebot ausbauen. Deshalb haben wir im Reisekostengesetz NRW auch die Möglichkeit verankert, dass Landesbehörden für Dienstreisen auch auf Carsharing-Angebote zurückgreifen können.

Wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung eines veränderten Mobilitätsverhaltens durch Job-Tickets sind allerdings: mehr Service durch die Verkehrsunternehmen und eine individuelle und gezielte Beratung der potentiellen Kunden in den Betrieben. Bei größeren Unternehmen und Behördenstandorten ist mit der Einführung des Job-Tickets auch eine gezielte Verbesserung des Angebotes nach den Bedürfnissen der Beschäftigten mit den Verkehrsunternehmen auszuhandeln.

In der Debatte um die künftige steuerliche Gestaltung der km-Pauschale plädieren BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine einheitliche Entfernungspauschale unabhängig vom Verkehrsmittel. Eine solche Regelung käme allen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zugute und wäre zudem ein Anreiz zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Regierungserklärung:**Ministerpräsident entwirft den Weg des Landes in die Zukunft Europas**

In seiner Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen hat Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) am 30. August von der großen Chance gesprochen, das Land in die Spitzengruppe der europäischen Regionen zu führen – „als einen Motor des Fortschritts, als Vorbild für erfolgreichen Wandel und als Maßstab für eine nachhaltige Gestaltung der Zukunft“. Dazu müsse man alle Kräfte zusammenbringen, alle Energien mobilisieren, jegliche Kreativität und Phantasie fördern und zugleich „alle Nüchternheit aufbringen, damit aus den fünf Jahren, die nun vor uns liegen, ein guter Einstieg in das neue Jahrtausend wird“. – Der Landtag wird in seiner Sitzung am 6. September über die Regierungserklärung debattieren.

Als wichtigstes Ziel der Landespolitik in den nächsten fünf Jahren nannte der Chef der rot-grünen Regierung die spürbare und dauerhafte Senkung der Arbeitslosigkeit. Es sei in diesem Zeitraum möglich, die Arbeitslosigkeit auf unter 500 000, also sechs Prozent, zu drücken; die Arbeitslosigkeit junger Menschen müsse in unserem Land „zu einem Fremdwort werden“. Auf dem Weg dahin könne ein zukunftsweisendes Leitbild „moderner Arbeit“ helfen, das international wettbewerbsfähig sei und den Beschäftigten zugleich humane Arbeitsbedingungen eröffne. Clement: „Wir werden Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Mittelstands- und Qualifizierungspolitik, Technologie-, Infrastruktur- und Umweltpolitik miteinander vernetzen.“

In der Wirtschaftspolitik werde man sich auf den Ausbau der vorhandenen Stärken konzentrieren, zugleich aber konsequent daran arbeiten, dass neue Produkte, Technologien und Dienstleistungen eine Chance erhielten. Dabei komme es auf die Menschen und ihre Fähigkeiten an, denn auch heute ließen sich Erfahrung, Mut, Ideen, Initiative und Verantwortung der Menschen nicht durch Technik ersetzen. Eine moderne Industriepolitik erhalte die industriellen Kerne im Lande „nicht aus Nostalgie, sondern als leistungs- und wettbewerbsfähige Bestandteile unserer Wirtschaft, die ihren gehörigen Teil zu Wachstum und Beschäftigung beitragen. Wie NRW das Handelsland Nummer 1 sei, müsse es Ziel des Regierungshandelns sein, dass Nordrhein-Westfalen das Energieland Nummer 1 in Deutschland bleibt. Die Braunkohle werde als wettbewerbsfähiger Energieträger für unser Land auch künftig eine bedeutende Rolle spielen.

Bei der Steinkohle forderte der Ministerpräsident die Brüsseler Kommission auf, eingegangene Verträge zu erfüllen. Nach 2005 sei eine Folgeregelung erforderlich, die dem deutschen Steinkohlebergbau eine Perspektive erhalte und weiterhin eine sozialverträgliche Gestaltung des unabänderlichen Umstrukturierungsprozesses gewährleiste. Clement warnte: Schon jetzt bewege

„Für den politischen DAX sind wir verantwortlich“

In seiner über zweistündigen Regierungserklärung hat Ministerpräsident Wolfgang Clement eine Fülle von Themen angesprochen und in Formulierungen dargestellt, die wir im Folgenden auszugsweise dokumentieren.

Regierungshandeln: „Am Anfang des 21. Jahrhunderts setzen wir auf den Neubeginn. Frei von Denkblockaden, mit Mut zur Führung und zur Verantwortung.“

Finanzen: „Die für die kommenden Generationen unverzichtbare Handlungsfähigkeit des partnerschaftlichen Staates können wir nur durch solide und nachhaltige Finanzen sichern.“

Sozialstaat und Ehrenamt: „Unser Leitbild ist daher die aktivierende Sozialpolitik. Wir setzen gerade hier auf ein lebendiges, beispielgebendes bürgerschaftliches Engagement. Nennen möchte ich vor allem die Träger der Freien Wohlfahrtspflege, die vielen ehrenamtlichen und freiwilligen Helferinnen und Helfer in Kirchen, Vereinen, Verbänden und Initiativen und viele Engagierte in vielen Selbsthilfegruppen. Bei all diesen Bürgerinnen und Bürgern will ich mich heute namens der Landesregierung für ihre Arbeit bedanken.“

Kommunen: „Die Städte und Gemeinden in unserem Land gehören zu den reformfreudigsten in der Bundesrepublik Deutschland. Das soll auch in Zukunft so bleiben.“

Sport: „Der Sport ist die größte Bürgerbewegung mit hunderten Tausenden Frauen und

Männern, die sich ehrenamtlich in zehntausenden von Sportvereinen für über fünf Millionen Mitglieder engagieren.“

Innere Sicherheit: „Gegen Jugend- und Gewaltkriminalität, Drogenhandel und Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität und Korruption gehen wir mit aller Konsequenz vor.“

Familie: „Der Staat kann die Erziehungsarbeit der Eltern nicht ersetzen. Aber er kann und muss für familienfreundliche Rahmenbedingungen sorgen. Die Erhöhung des Kindergeldes und die Steuerreform leisten dazu erhebliche Beiträge. Es geht aber auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ganztagsangebote zur Betreuung von Kindern spielen dabei eine zunehmend wichtige Rolle.“

Ältere Menschen: „Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen Modelle entwickeln, um den älteren Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes neue, nachberufliche Tätigkeitsfelder zu eröffnen und ihre Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement zur Geltung zu bringen.“

Frauen: „Unser Land kann es sich nicht leisten, auf die Innovationskraft, die Qualifikation und Kompetenz von Frauen zu verzichten. Wir wollen, dass gut ausgebildete und hoch motivierte Frauen auf den Arbeitsmärkten gleiche Chancen haben wie Männer.“

Börsengeschehen: „Der shareholder value ist aus sich heraus nicht wertorientiert. Für den politischen DAX sind wir verantwortlich. Und wir werden uns dann messen lassen, ob unsere Aktien noch hoch im Kurs stehen oder nicht.“



„Lassen Sie uns aus unserem Land nicht nur ein Vorbild für wirtschaftliche Innovation und technischen Wandel machen. Machen wir Nordrhein-Westfalen auch zu einem Vorbild für Weltoffenheit und Liberalität“ – Appell des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag. Foto: Schälte

sich die Deutsche Steinkohle AG bei ihrem Anpassungsprozess hart am Rande des Sozialverträglichen; jedes Mehr setze das aufs Spiel und mache betriebsbedingte Kündigungen der Beschäftigten erforderlich, die mit ihren Familien bereits Einkommensverzicht geleistet und eine hohe Flexibilität am Arbeitsplatz an den Tag gelegt hätten. Er freue sich, fuhr Clement fort, dass

der Bundeskanzler diese Auffassung teile. Der Ministerpräsident kündigte einen gemeinsamen Vorstoß mit der Bundesregierung in der EU an, der habe zum Ziel, dass die Mitgliedsländer künftig einen Versorgungssockel von zehn Prozent der nationalen Energieversorgung in eigener Verantwortung regeln könnten.

Zur Infrastruktur zwischen Rhein und Weser kündigte Clement an, das Land wolle mit einer integrierten Gesamtverkehrsplanung die Potenziale der verschiedenen Verkehrsinfrastrukturen und Verkehrsträger bündeln. „Verkehrsinvestitionen sichern und schaffen Arbeitsplätze“, betonte er. Darum müssten die Finanzmittel deutlich verstärkt werden, um die hochbelasteten Autobahnen auszubauen, wichtige Lückenschlüsse vorzunehmen, Ortsumgehungen müssten gebaut und Schienen- und Wasserstraßenprojekte realisiert werden. In diesem Zusammenhang kündigte er die private Vorfinanzierung von zwei Landesstraßenprojekten in Wuppertal und Plettenberg an. Der Regierungschef strich heraus, das Land investiere allein in diesem Jahr 1,55 Milliarden Mark in den öffentlichen Personennahverkehr; die Züge sollten künftig in schnellerer Taktfolge fahren, den Kunden sollten saubere und freundliche Bahnhöfe geboten werden, besonders wichtig seien auch zuverlässige und attraktive Fahrzeuge. Clement forderte alle Verkehrsträger und Verkehrsunternehmen zu einer umfassenden Kooperation auf. (Fortsetzung auf Seite 6)

Fraktionen wenden sich gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

Toleranz hat Tradition im Land NRW

Der Landtag hat in einem gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen am 30. August den Aufruf der Landesregierung zu einem Bündnis „Für Toleranz und Zivilcourage – Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ aufgegriffen und darauf aufmerksam gemacht, dass Toleranz im Land Tradition habe. „Darum werden wir nicht zulassen, dass Menschen bei uns durch Gewalt, Beleidigung oder Diskriminierung verletzt werden“, stellen die Fraktionen fest. Vor einer ersten Beratungsrunde gab Landtagspräsident Ulrich Schmidt eine Erklärung ab. Über die Aussprache am 31. August berichtet „Landtag intern“ in der kommenden Woche (Drs. 13/109).

Landtagspräsident Ulrich Schmidt betonte, der Landtag NRW befasse sich im Plenum erstmals seit dem schrecklichen Brandanschlag auf die türkische Familie Genc in Solingen im Jahr 1993 wieder intensiv mit dem Thema „Rechtsextremismus“. Man erlebe gerade in diesen Tagen eine Zunahme der Gewalt, vor allem Gewalt mit rechtsextremistischem Hintergrund. Ob in Bochum, Eisenach oder Essen: Jugendliche hetzten Ausländer, bespuckten afrikanische Asylbewerber, warfen Steine in Wohnungen von Ausländern. Aber seit Beginn der 90er Jahre bis zum heutigen Tag hätten auch Hunderte von Verwüstungen jüdischer Friedhöfe und Gräber stattgefunden, die nicht im Rampenlicht gestanden hätten. Sämtliche Grabschändungen würden beim Zentralrat der Juden in Deutschland, aber auch in Israel genauestens wahrgenommen und registriert – mit zunehmender Beunruhigung. Es sei also an der Zeit, dass sich auch das höchste Verfassungsorgan dieses Landes, der Souverän, dass sich also der Landtag NRW wieder mit Rechtsextremismus und Antisemitismus befasse. Was sei zu tun?, fragte der Präsident. Man müsse in diesen Tagen deutlich machen, dass Widerstand gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit jede und jeden angehe und niemand abseits stehen und zusehen dürfe. Auf die Welle der Gewalt könne es nur eine Antwort geben, nämlich das entschiedene Nein aller Demokraten. „Wir müssen glaubhaft unter Beweis stellen, dass wir die, die wir wirklich nicht mehr erreichen können, weil sie es nicht wollen, stigmatisieren und mit der vollen Härte des Rechtsstaates ohne Bewährung bestrafen.“ Man müsse aber denen, die man noch erreichen könne, Hilfestellung und Aufklärung, Berufungsperspektive und Zukunft vermitteln. „Ich halte eine neue Wertedebatte für unerlässlich, die die Politik anstoßen muss. Angesichts der umfassenden Globalisierungsdiskussion scheint mir die Wertedebatte in den letzten Jahren ein Stück zu kurz gekommen zu sein“, sagte Schmidt. Der Präsident folgerte, eines dürfe nicht geschehen: Der jetzt so ermutigend breit begonnene Diskussionsprozess dürfe keine kurzatmige Aktion zur Beruhigung der Gemüter sein. „Darauf wartet und setzt der braune Sumpf.“



Bündnis gegen Gewalt und Hass: v.l. Edgar Moron (SPD), Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Jürgen W. Möllemann (FDP) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE).
Fotos: Schälte

Landtag gedachte der Abgeordneten Klösge

Der Landtag gedachte zu Beginn der Sitzung am 30. August der verstorbenen SPD-Landtagsabgeordneten Sigrid Klösge. Landtagspräsident Ulrich Schmidt sagte in seinem Nachruf vor dem Hohen Haus u. a.: „Wir trauern heute um unsere Kollegin Sigrid Klösge. Sie starb im Alter von 62 Jahren an den Spätfolgen eines schweren Unfalls, den sie im Wahlkampf kurz vor der Landtagswahl erlitten hat. Wir alle waren überzeugt, dass Sigrid bereits auf dem Weg der Genesung war, nach einer Zeit der Rekonvaleszenz bald wieder unter uns sein würde. Aber die Auswirkungen des Unfalls waren so schwer, dass sie trotz ihres tapferen Kampfes gegen den Tod am 7. Juli verstarb“ (siehe Seite 20).

Edgar Moron (SPD), Fraktionsvorsitzender, erklärte: „Wir, der Landtag von Nordrhein-Westfalen, wir, die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, wir wenden uns entschieden und entschlossen gegen jede Art von Menschenrechtsverletzungen, und zwar unabhängig davon, wo sie geschehen, im Ausland oder in unserem eigenen Land.“ Moron betonte ferner: „Wir werden uns gemeinsam mit allen demokratisch gesinnten Kräften aktiv an der Bekämpfung solcher Entwicklungen beteiligen.“ Er richtete die Bitte an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes, der politischen Gewalt entschlossen entgegenzutreten und niemandem Schutz und Hilfe zu verweigern, der wegen seiner Hautfarbe, seiner Andersartigkeit von brutalen Schlägern und abstoßenden Demagogen verfolgt werde.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Fraktionsvorsitzender, merkte an, als die öffentliche

Debatte über rechtsextreme Gewalt in Deutschland begonnen habe, habe er sich die Frage gestellt, ob es richtig sei, das Thema Rechtsextremismus so breit zu diskutieren. Werte man die Rechtsextremen nicht auf? Schaffe man im Ausland nicht ein falsches Deutschlandbild? Dann habe er das Interview von Paul Spiegel, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, im Magazin Focus gelesen und mit ihm gesprochen. „Ich habe gespürt wie er, der sich selbst einen Optimisten nennt, plötzlich zum Pessimisten wurde.“ In der ersten Hälfte dieses Jahres habe es 760 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund gegeben. „Es muss etwas geschehen. Wir müssen uns wehren“, bekräftigte Rüttgers.

Jürgen W. Möllemann (FDP), Fraktionsvorsitzender, betonte, jede Gewalt gegen Menschen werde von der überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger aus moralischen, religiösen und politischen Gründen entschieden abgelehnt. Dazu stehe immer wieder in krassm Gegensatz, dass diese Bürgerinnen und Bürger öfter wegschauten, wenn es zu Gewalthandlungen komme, als zu helfen oder Hilfe herbeizurufen. Um diesen Widerspruch aufzulösen, müsste das Straf- und Zivilrecht so geändert werden, dass Zivilcourage nicht bestraft werde. Wer einem Gewalttäter mit Gewalt entgegengetrete, riskiere, dafür vor Gericht bestraft zu werden.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionssprecherin, sagte, auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßten die vom Ministerpräsidenten ergriffene Initiative zur Begründung eines breiten Bündnisses gegen rechts-extreme Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Der erste Schritt der Landesregierung, aufgrund der nicht abreißen lassen Welle der Gewalt der letzten Monate unmittelbar nach der Sommerpause im Kabinett ein umfassendes Maßnahmenbündel zu beschließen, sei ebenfalls richtig.

Hermann-Josef Arentz (CDU) erklärte, Politik für den Mittelstand bedeute Politik für mehr Arbeitsplätze in NRW. Die Lage am Arbeitsmarkt in NRW sei katastrophal. Das Land habe im Vergleich die zweit-schlechteste Bilanz, wenn Arbeitslosigkeit, Anteil der Langzeitarbeitslosen sowie Erwerbsbeteiligung zusammengenommen würden. Die Koalition sei offensichtlich fest entschlossen, die Realität zu verdrängen. Wo denn der Strukturwandel flächen-deckend erfolgreich bewältigt worden sei, fragte er. Bei Langzeitarbeitslosigkeit habe NRW den höchsten Anteil, bei Jugendarbeitslosigkeit liege es doppelt so hoch wie südliche Bundesländer. Auch bei der Gründungsoffensive schließe die Koalition die Augen vor der Wirklichkeit. Im Vergleich zum Länderdurchschnitt fehlten in NRW 100 000, im Vergleich zu Bayern 230 000 kleine und mittlere Betriebe. Die Meistergründungsprämie müsse auf alle Existenzgründer ausgedehnt werden. Dieses erfolgreichste Instrument sei jedoch um 4,5 Millionen Mark gekürzt worden.

Werner Bischoff (SPD) erwiderte, NRW habe einen ausgezeichneten Ruf als Wirtschaftsstandort und spezielle Zukunftschancen in den Technologiefeldern Information und Kommunikation, Multimedia, ressourcenschonende Energietechnik, Logistik und neue Materialien oder Mikro-technik. Die kleinen und mittleren Unternehmen stellten 75 Prozent der Beschäftigung und böten 80 Prozent der Ausbildungsplätze. Rund 40 Prozent aller Investitionen würden von ihnen getätigt. Die Existenzgründungsoffensive „GO!“ sei angekommen. In den letzten zwei Jahren seien 645 000 Arbeitsplätze neu geschaffen worden. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen habe sich seit 1995 um 5,9 Prozent erhöht, es gebe 11 Prozent mehr Selbständige. Für die Gewerbeförderung des Handwerks seien 70 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, das sei Spitze. 770 000 Arbeitslose seien zu viel. Das Sofortprogramm für Jugendarbeitslosigkeit müsse noch stärker greifen. Für den von der CDU geforderten Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen habe die Koalition einen akzeptablen Konsens beim Paragraphen 107 der Gemeindeordnung gefunden: Marktanalysen bei neuen wirtschaftlichen Betätigungen in den Gemeinden seien ein geeigneter Konfliktlösungsmechanismus.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) hielt ökologischen Strukturwandel für einen entscheidenden Motor für neue zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die GRÜNEN stellten den Mittelstand in das Zentrum der Entwicklung. Noch Anfang des Jahres sei die Initiative für mehr Beschäftigung und Innovation im Landtag eingebracht worden. Die GRÜNEN stünden für eine neue Aufbruchstimmung ein. Den Jürgens in diesem Landtag fehle es an Konzeptionen, meinte er in Anspielung auf die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP. Die vom CDU-Redner vorgebrachten Fakten stimmten nicht. NRW nehme eine herausragende wirtschaftliche Stellung ein und liege deutlich vor Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Es sei weiterhin das Land mit der größten Wirtschaftskraft. In der Energiewirtschaft, bei regenerativen Energien und der Energieeinsparung sähen die GRÜNEN besondere Chancen. Große Unternehmen hätten wei-

CDU will Zuschuss für Meisterschüler

SPD/GRÜNE für Mittelstands-Offensive

Der Landtag überwies den CDU-Antrag „Vorfahrt für den Mittelstand!“ (Drs. 13/24) nach der Aussprache am 27. Juni an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. In dem Antrag fordert die CDU, die Meistergründungsprämie auszubauen, Meisterschülern einen Zuschuss zu den Lehrgangskosten zu gewähren, die wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden auf Kernbedürfnisse der örtlichen Daseinsvorsorge zu beschränken und die Genehmigung von Betriebsgründungen zu straffen und auf längstens sechs Monate zu begrenzen. Der SPD-Sprecher sah die NRW-Mittelstandsförderung auf gutem Weg. Der GRÜNE-Sprecher wies auf die „Mittelstandsoffensive NRW“ (Drs. 12/4813) hin, die die Koalitionsfraktionen vor der Landtagswahl beschlossen hatten. Die FDP nahm an der Aussprache nicht teil, weil sie der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten nicht vorgreifen wollte.

terhin ihre Bedeutung. NRW habe 20 der größten Betriebe. In vier Kernbereichen müssten Problemlösungen verbessert werden, bei den gesetzlichen Vorschriften, bei Unternehmensgründungen, bei der Eigenkapitalbasis und beim Wissenstransfer. Kommunale Unternehmen dürften keine Vorzugskonditionen bei Krediten oder Bürgschaften bekommen. Bei Energieunternehmen müssten unnötige Einschränkungen aufgehoben werden, damit die Stadtwerke der Konkurrenz standhalten könnten.

Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) bemerkte, im CDU-Antrag kämen neue Technologien überhaupt nicht vor, die sich aus der mittelständischen Wirtschaft entwickelten. Bio- und Gentechnologie, Gründungsdynamik bei Internet-Unternehmen fänden nicht statt. Die CDU meine es nicht ernst, sagte der Minister und zitierte das Bonner Institut für Mittelstandsforschung mit guten Zahlen für NRW bei Erwerbstätigkeit, Selbständigen und Beschäftigung von Frauen. Bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung sei ein ServiceCenter Mittelstand eingerichtet worden. Eine neue landesweite Instanz für Genehmigungen sei nicht notwendig. Die Bezirksregierung Düsseldorf habe 90 Prozent

aller abfallwirtschaftlichen Genehmigungen in weniger als drei Monaten erteilt.

Hannelore Brüning (CDU) sagte eine Halbierung der Arbeitslosigkeit, vom Ministerpräsidenten als wichtigstes Ziel genannt, in 45 Jahren voraus, wenn das heutige Tempo bleibe. Die CDU spreche mit den Unternehmen und mit den Existenzgründern und verlasse sich nicht nur auf Statistiken. Der Mittelstand leide unter zu viel Bürokratie. Als Mutter einer Tochter, die vor drei Jahren in NRW eine Existenz gegründet habe, wisse sie, wovon sie rede. Erst vier Monate nach der Landtagswahl erführen die Bürgerinnen, was sich Clement laut Regierungserklärung vorstelle. Das sei kein „Tempo“. Im Koalitionsvertrag stehe auch nichts zur Bekämpfung der zunehmenden Schwarzarbeit. Die Produkte der Malerindustrie würden zu drei Vierteln in Schwarzarbeit verarbeitet. Durch das 630-Mark-Gesetz seien allein im Einzelhandel 200 000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Vier Wechsel beim Wirtschaftsminister und zwei neue Staatssekretäre seien kein Aushängeschild für verlässliche Wirtschaftspolitik in NRW. Einem mittelständischen Unternehmen, das so schnell die Chefs auswechselt, würde gesagt: „Kurz vor der Pleite.“



47 mittelständische Betriebe, die meisten davon aus NRW, sind an der Großbaustelle „Arena AufSchalke“ in Gelsenkirchen beteiligt. In den Sommerferien nutzten viele Familien und Touristen das Angebot des Fußballclubs Schalke 04 zu einer Führung auf eine der größten Baustellen des Ruhrgebiets. In einem Jahr soll die modernste Sport- und Veranstaltungsstätte Europas fertig sein und 62 000 Zuschauern Platz bieten. Einmalig sind die tonnenschwere Betonschubblende, in der der Rasen ins Freie gefahren werden kann (Foto), und das schließbare lichtdurchlässige Dach. Bei einem Besuch im August hielt es der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Oliver Wittke nicht für ausgeschlossen, dass der sichtbare Baufortschritt bei der „Arena AufSchalke“ auch den Weltfußballverband FIFA bei seiner Deutschland-Reise im Herbst sehr beeindruckt und zur Entscheidung beigetragen habe, die Fußballweltmeisterschaft 2006 nach Deutschland zu vergeben.

CDU fordert Einsatz des Verfassungsschutzes bei Kriminalitätsbekämpfung

Koalition strikt gegen Aufhebung des Trennungsgebotes

Die CDU-Fraktion hat noch vor den Parlamentsferien in einem Antrag die Forderung erhoben, der Verfassungsschutz müsse in Nordrhein-Westfalen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität mitwirken. Von den Koalitionsfraktionen und vom Innenminister wurde dieses Ansinnen strikt abgelehnt (Drs. 13/ 21).

Theodor Kruse (CDU) erklärte, im Koalitionsvertrag sei keine einzige gesetzgeberische Maßnahme im Sinne einer Verbesserung der Sicherheitsdefizite in NRW angekündigt. „Wir vermissen die klare Kampfansage an die Kriminalität.“ Das gelte auch für die zunehmend grenzüberschreitende und organisierte Kriminalität in NRW und in Deutschland insgesamt. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, dass man alle geeigneten Maßnahmen ergreifen müsse, um ein weiteres Vordringen des organisierten Verbrechens zu verhindern. So leiste in Bayern seit einigen Jahren der Verfassungsschutz mit Erfolg wirksame Unterstützung bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Unter Hinweis auf organisierte Kriminalität, die dauerhaft versuche, die Regeln der Marktwirtschaft auszuhebeln, sowie auf Drogenkartelle, meinte der CDU-Sprecher, hier sei eine klassische Aufgabenstellung für den Verfassungsschutz beschrieben.

Frank Baranowski (SPD) sagte, der ehemalige innenpolitische Sprecher der CDU-

Fraktion, Paus, habe bereits 1993 einen fast identischen Antrag von dieser Stelle aus begründet. „Was wir heute gehört haben, ist mit Verlaub gesagt, ein Aufwasch.“ Die CDU versuche schon wie vor sieben Jahren das von den Alliierten in einem Brief an den Parlamentarischen Rat auferlegte Trennungsgebot von Verfassungsschutz und Polizei auszuhebeln: „Was unsere Position hier angeht, sage ich unmissverständlich: Finger weg vom Trennungsgebot!“, betonte der Abgeordnete. Um nicht falsch verstanden zu werden, ergänzte er, es sei keine Frage, dass die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ständig intensiviert werden müsse.

NRW als Vorreiter

Monika Düker (GRÜNE) vertrat die Ansicht, das Zerrbild, das der Kollege von der CDU von „unserem gesellschaftlichen Zustand“ gezeichnet habe, finde sie recht abenteuerlich. Der Kollege Kruse habe wider besseres Wissen hier angebliche Sicherheitsdefizite aufgezeigt, obwohl er wisse, dass man in NRW sinkende Kriminalitätsraten habe, dass man die sichersten Großstädte in der Bundesrepublik habe, dass man die Aufklärungsraten erhöht habe. „Unsere Justiz und Verwaltung sehen Sie schon von mafiosen Strukturen durchdrungen und geradezu wegs auf italienische Verhältnisse zusteuer-

ern. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Es ist ein Zerrbild. Dem muss ausdrücklich widersprochen werden“, bekräftigte die Abgeordnete.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) bezeichnete es als gut, wenn auch die CDU zur Kenntnis nähme, dass die Behandlungs- und Bekämpfungskonzepte der Polizei des Landes im Vergleich mit dem Bund und anderen Ländern richtungweisend seien und dass man mit den erzielten Erfolgen im Ländervergleich Spitzenwerte einnehme. NRW sei bereits 1990 Vorreiter bei der Erstellung des bundesweit ersten „Lagebildes organisierte Kriminalität“ gewesen. Bund und Länder hätten in den Folgejahren nachgezogen. Seit 1999 sei NRW bundesweit Vorreiter in der Erstellung eines so genannten „Gemeinsamen Lagebildes organisierte Kriminalität von Justiz und Polizei“. Mit einem solchen gemeinsamen Lagebild verfolge man im Wesentlichen drei Ziele. Man wolle zusätzliche Daten für die Erfolgskontrolle und die Weiterentwicklung der Bekämpfungskonzepte gegenüber der organisierten Kriminalität gewinnen, die Abstimmung der Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft durch die fortlaufende Bewertung von OK-relevanten Sachverhalten verbessern sowie Verwaltung, Politik und Bevölkerung qualifizierter als in der Vergangenheit, genauer und richtiger über die tatsächliche Entwicklung von organisierter Kriminalität informieren.

Weg des Landes ...

(Fortsetzung von Seite 3)

Beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen müsse an morgen gedacht werden. Ohne ökonomischen Strukturwandel sei der wirtschaftliche Strukturwandel nicht denkbar, führte der Ministerpräsident aus. Im Umweltschutz müsse von der Nachsorge stärker zur Vorsorge übergegangen werden, ein Schritt dahin sei der produktions- und produktintegrierte Umweltschutz: „Er treibt die ökologische Modernisierung durch neue Technologien und Methoden voran, er stärkt unseren Wirtschaftsstandort.“ Der Tierschutz müsse in der Verfassung verankert werden; der Wunsch der Verbraucher nach hoher Qualität und gesundheitlich unbedenklichen Produkten habe höchsten Stellenwert, ihm sei am ehesten mit umweltfreundlich, tierschutzgerecht und regional erzeugten Lebensmitteln Rechnung zu tragen; das sei auch ein Beitrag zum Erhalt attraktiver, lebenswerter ländlicher Räume und zu einer ökologisch und ökonomisch stabilen Land- und Forstwirtschaft.

Breiten Raum nahmen in der Regierungserklärung die Themen Bildung und Ausbildung, Kultur und Gestaltung des Lebensumfelds der im Lande lebenden Bürgerinnen und Bürger ein. Die großen Herausforderungen der Wissenschaftsgesellschaft gäben keine andere Wahl, als das ausgebaut und leistungsfähige Bildungssystem im Lande „noch effizienter, effektiver, besser zu machen“. Da werde man Neues wagen, etwa solle das Abitur nach zwölf Jahren ab-

gelegt werden können und „besonders begabte Schülerinnen und Schüler sollen mit vielfältigen Angeboten und Initiativen angesprochen werden“. Schon in der Grundschule solle mit Englisch begonnen werden. Europa und die Welt müssten noch stärker in den Hochschulen Eingang finden. „Wir werden mehr Public-Private-Partnership auch in Bildung und Wissenschaft möglich machen“, kündigte Clement an.

Auch in der Kultur werde man NRW europaweit auf eine eigene, ganz unverwechselbare Art profilieren, fuhr er fort. Nach dem Koalitionsvertrag werde ein neues Programm für den Museumsbau aufgelegt. Die Stiftung Kunst und Kultur werde besser ausgestattet, „damit sie beim Anregen und Fördern auch wirklich neue Wege gehen kann“. Wie in anderen Bereichen sei man beim Ausbau der kulturellen Angebote auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen. Clement: „Wir brauchen mehr Mäzene, Stifter und Sponsoren.“

Mit einer Initiative zur Verbesserung der Baukultur in NRW wolle man der Tatsache entsprechen, dass für die Stadt der Zukunft Ästhetik und Architektur immer wichtiger werden. Dabei gehe vieles besser, wenn öffentliche und private Hände zusammenarbeiteten, unterstrich der Regierungschef, der auch den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung ihres Lebensumfelds einräumen will: Man werde neue Verfahren der Bürgerbeteiligung erproben.

Für eine lebenswerte Zukunft könne nur eine solide Finanzpolitik die Grundlage schaf-

fen; an der grundlegenden Konsolidierung des Haushalts führe kein Weg vorbei, betonte der Sprecher. Dass der rot-grünen Koalition damit Ernst sei, beleuchte der Umstand, dass alle in der Koalitionsvereinbarung beschlossenen Maßnahmen und Programme unter einen generellen Finanzierungsvorbehalt gestellt seien. Im Übrigen sei es der Wille der Partner, die Nettoneuverschuldung bis zum Ende der Legislaturperiode von jetzt rund sieben auf unter fünf Milliarden Mark herunter zu bringen – und das bei der Aussicht, dass dem Land allein im nächsten Jahr durch die „von uns gewollte“ Steuerreform 5,5 Milliarden Mark an Steuereinnahmen entgingen.

Geld aber sei weder das einzige noch das wichtigste Instrument der Politik, gab Clement zu bedenken, die Politik müsse sich im 21. Jahrhundert an anderen Maßstäben messen lassen. Bisherige Leistungen in staatlicher Verantwortung müssten überdacht werden, ob sie weiterhin erbracht werden können. Die Eigenverantwortung des Einzelnen müsse gestärkt werden. In Zeiten geringer öffentlicher Ressourcen müsse es erlaubt sein, über privatrechtliche Bau- und Betreibergesellschaften für öffentliche Aufgaben nachzudenken. Aber man werde, betonte Clement, bei allem „lean management“ darauf achten, dass der Staat nicht „magersüchtig“ wird. „Wir werden nicht die am Rande des Weges zurücklassen, die nicht genug Kraft haben. Wir werden alle, auch die, die berechtigte Furcht vor Veränderungen haben, mitzunehmen versuchen“, versprach Clement.

Opposition erkennt an Schulen „Ergebnis rigider Sparpolitik“ der Regierung

CDU: Unterrichtsausfall endlich eindämmen Koalition: Mehr Lehrer lösen Problem nicht

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat sich der Landtag vor der Sommerpause mit dem Thema „Ab Schuljahr 2000/2001 endlich Unterricht garantieren!“ (Drs. 13/23) auseinander gesetzt. Auch an diesem Tagesordnungspunkt beteiligte sich die FDP-Fraktion ankündigungsgemäß nicht an der Debatte.

Bernhard Recker (CDU) verlangte, in der neuen Legislaturperiode müsse sich in der Bildungspolitik des Landes Grundlegendes ändern. Bei Vergleichen schnitten Schülerinnen und Schüler aus NRW schlechter ab als die aus anderen Bundesländern, damit hätten sie schlechtere Perspektiven. Da die Begabungen aber gleich verteilt seien, müsse es an den von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen liegen, befand Recker und sagte der Bildungsministerin die volle Unterstützung der CDU beim erforderlichen Aufbruch in der Bildungspolitik zu. Für die junge Generation wäre es hervorragendes Signal, wenn „Politik in Nordrhein-Westfalen über alle Parteigrenzen hinweg und fernab jeder Ideologie in einem gemeinsamen Kraftakt Schule, Wissenschaft und Forschung endlich die Priorität einräumen würden, die unabdingbar notwendig ist, um jungen Menschen notwendige Rahmenbedingungen zu gewähren“. Der Sprecher bezeichnete das hohe Maß an Unterrichtsausfall an den Schulen als „eindeutiges Ergebnis rigider Sparpolitik eines ganzen Jahrzehntes“. Im Koalitionsvertrag („wenig hoffnungsvolle Aussagen zur Schul- und Bildungspolitik“) sei festzustellen, dass die Schulen in den nächsten fünf Jahren keine einzige Lehrerstelle mehr zu Sicherung ihrer Grundversorgung bekommen werden; dabei erinnerte er an den CDU-Antrag zur Stellenreserve; Personal allein aber reiche nicht aus, um die Situation zu verbessern, hinzu treten müssten grundsätzliche Änderungen bei den Bildungsinhalten, bei der Lehrerausbildung und in vielen anderen Bereichen.

Manfred Degen (SPD) sah die Priorität bereits im Bildungssektor gesetzt; schließlich gebe das Land ein Drittel der gesamten Mittel des Landeshaushalts für Bildung aus. Die CDU stelle diesen Antrag (die FDP habe zu Recht gesagt „in der Sache dürrig und undifferenziert“) bereits zum dritten oder vierten Mal, klagte Degen, jeder Aufguss werde dünner. Es werde immer einen gewissen Ausfall an Unterricht geben, daran ändere sich nach den Erfahrungen der Vergangenheit auch nichts, wenn es die von der CDU so geforderte Stellenreserve gebe. Der Finanzminister habe schon Recht mit seiner Aussage: „Je mehr Lehrer ich einstelle, desto größer wird der Unterrichtsausfall.“ Degen: „Das ist doch eine logische Geschichte.“ Was bringe auch eine Stellenreserve, wenn nach den Feststellungen des Landesrechnungshofs weiterhin Konferenzen und andere Veranstaltungen während der Schulzeit stattfänden. Die Landesregierung habe die Erfahrung gemacht, dass gerade flexible Instrumente wie die Initiative

„Geld statt Stellen“ effektiv seien, wo man die eingesetzten Mittel verdoppelt habe. Auch durch Vorgriffseinstellungen sei es gelungen, den spezifischen Unterrichtsbedarf in den Sekundarstufen I und II zu decken.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) meinte, sie sei auch dafür, „die Unterrichtsversorgung an unseren Schulen sicherzustellen“. Im Gegensatz zu dem „zusammen gestoppten CDU-Antrag ohne zündende Ideen“ arbeite die Landesregierung erfolgreich am Vorrang für die Bildungsfinanzierung. Trotz aller Sparzwänge würden für die Schulen mehr Stellen geschaffen, mehr Geld eingesetzt. Die CDU aber sage nicht, wie sie all ihre Wünsche zu finanzieren gedenke, kritisierte sie und nannte die geforderte dreiprozentige Stellenreserve ineffektiv, denn die dadurch erhaltene Sportlehrerin nutze einer Schule gar nichts, wenn Lateinunterricht ausfalle. Es sei alles andere als eine punktgenaue Steuerung, wenn „wie mit der Gießkanne Lehrerstellen über das Land gekippt werden“. Das Land gebe pro Jahr etwa 12,5 Milliarden Mark für Lehrkräfte aus; Rot-Grün wolle aber die zusätzlichen Stellen nicht „mit dem Pusterohr“ verteilen, sondern dort einsetzen, wo der größte Bedarf entstehe, in der Sekundarstufe I nämlich. So werde mit knappen Mitteln viel erreicht, neben dem Versorgungsausgleich in der Stufe I könnten pädagogische Hilfen bei besonderen Problemen gesichert werden; zudem sei die notwendige Innovation gewährleistet.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) qualifizierte das Vorgehen der Union als „unseriös“, der Antrag enthalte Falschaussagen oder falsche Annahmen, und so schlecht wie dargestellt, schnitten die nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schüler sowie die Schulformen bei Vergleichen gar nicht ab. Sie unterstrich, dass der weitaus größte Anteil des Ausfalls von Unterricht durch organisatorische Maßnahmen verursacht werde, das hätten ihr Ministerium und jetzt auch der Landesrechnungshof festgestellt. Was den geforderten Konsens angehe — in den letzten fünf Jahren habe man sich des Öfteren über Parteigrenzen hinweg verständigt; das aber setze voraus, was sie beim jetzigen Antrag vermisse, dass man in die Sachverhalte einsteige. In NRW

sei — so viel zur geforderten Stellenreserve — der nach der Stundentafel zu erteilende Unterricht zu 100 bis 115 Prozent gedeckt; das Nachbarland Hessen weise zum Vergleich nur einen Deckungsgrad von 93 Prozent auf. Hierzulande werde seriös nach dem Unterrichtsausfall und seinen Ursachen geschaut, sie wäre froh, wenn dies in anderen Bundesländern, in denen die Union Regierungsverantwortung trage, genauso gemacht würde — da fänden aber solche Untersuchungen lieber gar nicht erst statt, erklärte Behler und warnte davor, wie die CDU die „Schulen und die Schulwirklichkeit schlecht zu reden“.

Herbert Reul (CDU) bemängelte, dass der Koalitionsvertrag keine konkreten Vorschläge zum Abbau des Unterrichtsausfalls enthalte, „es gibt nur warme Luft und bare Selbstverständlichkeiten“. Durch immer mehr fachfremden Unterricht entstehe eine dramatische Lage, auch und vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern und Musik. Aber die Koalition lasse nicht erkennen, ob sich etwas ändert oder so weiter gemacht wird wie bisher. Beim Unterrichtsausfall und beim fachfremd erteilten Unterricht habe sich in NRW jedenfalls nichts verbessert. Es sei „üble Trickserie“, wenn der Bericht des Landesrechnungshofs bis nach den Wahlen zurückgehalten werde (Reul wörtlich: „Sie haben die Leute beschissen“); die Lage werde gesund geredet oder von der Ministerin bestritten; sie greife nicht ein und habe ihren Laden, das Ministerium, nicht im Griff. Seine Fraktion werde die Debatte über den Unterrichtsausfall fortführen, kündigte er an.

Brigitte Speth (SPD) wies die Kritik an der Koalitionsvereinbarung zurück, erteilte der Stellenreserve eine Absage und betonte die Leistung der Koalition, im Bereich der Grundschule den Vormittagsunterricht verlässlich gemacht zu haben — ohne wichtige pädagogische Angebote für schwächere Schüler, wie in Hessen geschehen, gestrichen zu haben. Weiterhin werde man daran gehen, die Autonomie der einzelnen Schule und die Budgetierung auszubauen.

Muss sich in der Bildungspolitik des Landes „Grundlegendes“ ändern, oder reichen flexible Instrumente gegen Unterrichtsausfall völlig aus — darüber konnten sich die Sprecher von Opposition und Regierungslager nicht einigen (v.l.): Bernhard Recker (CDU), Manfred Degen (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Schulministerin Gabriele Behler (SPD). Fotos: Schälte



Personalkosten:

Ausgaben senken durch Stellenabbau und Rationalisierung

Die Haushaltsrechnung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1998 (Drs. 13/14) und den Jahresbericht 2000 des Landesrechnungshofs (LRH) Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 1999 (Drs. 13/15) hat der Landtag Ende Juni beraten. Beide Vorlagen wurden einstimmig an den Ausschuss für Haushaltskontrolle überwiesen.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) stellte als Eckpunkte der Haushaltsrechnung 1998 heraus, dass die veranschlagten



Hat einen eigenen, von den Bänken der Landesregierung abgeteilten Platz im Rund des Plenarsaals: Ute Scholle, Präsidentin des Landesrechnungshofs (LRH), hier bei der Debatte des Landtags über den LRH-Jahresbericht 2000. Foto: Schälte

globalen Minderausgaben in Höhe von 580 Millionen Mark voll erwirtschaftet worden seien; die Haushaltsüberschreitungen seien mit rund 131 Millionen auf den niedrigsten Stand seit 31 Jahren zurückgefallen. Steinbrück weiter: „Die Nettokreditaufnahme betrug 6,3 Milliarden DM. Sie lag damit rund 1,2 Milliarden DM unter der Kreditermächtigung.“ Die höheren Steuereinnahmen (plus 450 Millionen DM) seien durch Mindereinnahmen bei den übrigen Einnahmetiteln kompensiert worden. Was den LRH-Jahresbericht angehe, so verfolge die Landesregierung schon seit Jahren das darin beschriebene Ziel, den Konsolidierungskurs des Haushalts fortzusetzen. Aber man sehe die Entwicklung bei den Personalausgaben und die steigenden Aufwendungen für die Versorgung mit großer Sorge. Darum würden weiterhin der Stellenabbau betrieben und die Rationalisierungspotenziale in der Verwaltung erschlossen. Die Personalentwicklung werde vom LRH zutreffend geschildert: Trotz der Realisierung von 11 000 kw-Stellen von 1990 bis 1999 sei die Gesamtzahl der Stellen für die Landesbediensteten, absolut gesehen, nicht reduziert worden. Mit Verwunderung, so der Minister, quittiere er eine dritte LRH-Feststellung, wonach 30 Prozent der Steuerbescheide für Einkommensmillionäre fehlerhaft seien. Da habe man in Zusammenarbeit mit dem LRH bereits reagiert und durch geänderte Steuerbescheide einen wesentlichen Teil der geschätzten 38 Millionen Mark Steuerausfall wieder hereingeholt. Er warte, dass durch organisatorische Maßnahmen die Fehlerquote in diesem Jahr bereits zurückgehe.

Wolfgang Drese (SPD) sagte: „Wir müssen in Zukunft sparen, sparen, sparen, um den Landeshaushalt zu konsolidieren. Deshalb müssen wir besonders an der Stellschraube ‚Personalquote‘ ansetzen.“ 41 Prozent des Landeshaushalts flössen in die Personalkosten, jede fünfte Mark davon entfalle auf Versorgungsleistungen. Der LRH habe Vorschläge gemacht zum notwendigen Abbau der Stellenzahl, „wir werden bei der Aufarbeitung der Forderungen und Vorschläge des LRH für diesen Personalbereich viel Herzblut einbringen. Innovation und Kreativität sind auch an der Stelle gefordert.“

Michael Breuer (CDU) freute sich über den Bericht; allerdings hätte er „von der großen Institution“ erwartet, dass der LRH auch ein paar Anmerkungen zu den Skandalen der letzten Jahre gemacht hätte. Etwa habe er von der unabhängigen Behörde LRH einen öffentlichen Kommentar zur Verschwendung von Steuermitteln bei HDO in Oberhausen und zum Thema WestLB und Reiseaufwendungen vermisst: „Da müssen Sie noch ein Stück mutiger werden“, sagte er in Richtung LRH, „die Unterstützung des Parlaments haben Sie.“ Im Übrigen kritisierte Breuer, dass die Landesregierung bei der Rückführung der Neuverschuldung zurückfalle und damit vom Konsolidierungskurs abweiche.

Angela Freimuth (FDP) nannte die gesammelte Gesamtverschuldung des Landes mit 151 Milliarden Mark „unerträglich“. Es sei der Landesregierung in den letzten Jahren nicht gelungen, den finanziellen Handlungsspielraum des Landes durchgreifend zu verbessern; das sei eine „ganz dramatische und verheerende Entwicklung“. Wenn das komplizierte Steuerrecht und personelle Engpässe mit ursächlich seien für Fehler bei der Besteuerung von Kapitalgesellschaften und Einkommensmillionären, dann sei im Interesse der Steuergerechtigkeit in NRW auf eine Personalausstattung der Einnahmeverwaltung zu achten, „die eine zutreffende und gleichmäßige Besteuerung aller Bürger in NRW ermöglicht“.

Edith Müller (GRÜNE) verlangte, die Transparenz über die Finanzen der öffentlichen Hand zu verstärken, unter anderem auch dadurch, dass dem LRH das Recht eingeräumt werde, auch zwischendurch im Laufe eines Jahres Prüfberichte zu veröffentlichen. Im Übrigen müsse die „tickende Zeitbombe der Pensionslasten“ entschärft werden. In einer Zeit, in der alles in Veränderung sei, „darf das Beamtenrecht nicht der Nicht-Veränderung unterliegen“, urteilte sie und dankte dem LRH für den Bericht: Er berge keine Gefahr für die Regierung, aber ganz konkrete Ansätze zur Verbesserung. Sie, Müller, habe den Wunsch, einer Regierungskoalition anzugehören, „die sich den Spiegel der Rechenschaft ohne Sorge vorhalten lassen kann“.

Wahlprüfungsausschuss weist alle zwölf Einsprüche gegen Landtagswahl zurück

Der eine monierte die Anordnung der Wahlkabinen im Wahllokal, die – wenn auch nur unter Verrenkungen – die geheime Stimmabgabe von anderen hätte beobachten lassen, der andere verwies auf die unzureichende soziale Situation hin, die die Menschenwürde verletze und damit Arbeitslose massiv ausgrenze, ein Dritter lehnte die aus Gründen der repräsentativen Wahlstatistik gekennzeichneten Wahlzettel in seinem Wahllokal ab.

Mit dem Inhalt dieser und einiger weiterer Einsprüche gegen die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 2000 brauchte sich der Wahlprüfungsausschuss des Landtags auf seiner Sitzung am 29. August nicht näher zu befassen: Denn acht der zwölf Beschwerdeführer hatten es ver-

säumt, ihrem Einspruch weitere 50 Unterstützungsunterschriften von wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes beizufügen; das aber ist nach dem Wahlprüfungsgesetz des Landes unumgänglich erforderlich. Schon allein aufgrund dieses formalen Mangels wurden die acht Einsprüche in der Sitzung unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden Heinz Hardt (CDU) in Anwesenheit des Landeswahlleiters, Ministerialdirigent Hans Engel vom Innenministerium, zurückgewiesen.

Zum selben Ergebnis gelangte der Wahlprüfungsausschuss im Fall der Partei Unabhängige Bürger, die in ihrem Einspruch massive Einwände gegen das Wahlrecht erhob, das den Bestimmungen des Grundgesetzes zuwiderlaufe. Weil der Nachweis konkreter Rechtsverletzungen bei der Landtagswahl

nicht geführt werde, sei der Wahleinspruch unzulässig. Unzulässig auch der Einspruch der Direktdemokratischen Bürger, einer Gruppierung, der der Landeswahlleiter (wie auch dem im Einspruch genannten Wahlvorschlags-, Volksbegehrens- und Volksscheidverband) die Eigenschaft einer Partei absprach: Außer dem Beschwerdeführer seien ihm Mitglieder unbekannt. Für seine Person habe der Beschwerdeführer auch nicht die erforderlichen Unterstützungsunterschriften beigebracht.

Alle Einsprüche gegen die Landtagswahl wurden auf dieser Sitzung von den Mitgliedern des Wahlprüfungsausschusses einstimmig zurückgewiesen. In einer seiner nächsten Sitzungen wird der Landtag über die entsprechende Beschlussempfehlung des Ausschusses (Drs. 13/139) abstimmen.

Hauptausschuss

Neonazis führen Gewalt als Mittel der Politik in die Gesellschaft ein

Während der organisierte Rechtsextremismus, der in Gestalt von Republikanern, DVU und NPD um Wählerstimmen kämpfte, auf niedrigem Niveau stagnierte, habe sich die Neonaziszene stabilisiert und entfalte wieder mehr Aktivitäten. Darauf verwies der Chef des Verfassungsschutzes im NRW-Innenministerium, Dr. Hartwig Möller, im Hauptausschuss, der am 24. August unter der Leitung seines Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) tagte.

Möller betonte, der NPD komme mehr und mehr eine Schlüsselrolle für die Mobilisierung des rechtsextremen Spektrums zu. Sie profilire sich weiter als systemfeindliche und aktionistische Partei mit öffentlichen Aufzügen und Kundgebungen. Ein nahezu arbeitsteiliges Miteinander mit Neonazis und Skinheads bestehe darin, dass die NPD als Organisatorin und Anmelderin von Veranstaltungen auftrete, während jugendliche Skins und Neonazis die eindrucksvolle Kulisse auf der Straße abgaben. Der Ministerialdirigent gab indessen zu bedenken, würde ein Verbotsantrag abgelehnt, stünde die NPD besser da als vorher. Selbst bei Erreichung eines Verbots wäre zwar die Partei beseitigt. Die handelnden Personen und vor allem ihr Denken aber bestünden fort. Erhöhte Wachsamkeit erfordere die zunehmende und kaum kontrollierbare Verbreitung rechter Propaganda über das Internet. Der Sprecher der CDU-Fraktion, Werner Jostmeier, erinnerte daran, einen breiten Raum nehme zurzeit die Frage ein, ob die NPD verboten werden solle, ja oder nein. Die Meinungen dazu gingen quer durch sämtliche Fraktionen. Er führte Innenminister Behrens (SPD) an, der gesagt habe, aus dem Verfassungsschutzbericht ergäben sich keine Argumente, die dafür sprächen, die NPD zu verbieten. „Ich bin in dieser Sache, muss ich sagen, noch gar nicht festgelegt.“ Tatsache sei nur, dass man in den Ferien in englisch- oder französischsprachigen Nachrichten oder Fernsehsendungen weitgehend mit deutschen Themen konfrontiert worden sei. Von daher wäre ein Verbot, bei allem was dafür oder dagegen spreche, ein deutliches Zeichen des Rechtsstaates. Zu möglichen Maßnahmen sagte Jostmeier, es würden in diesen Tagen und Wochen so viele Vorschläge gemacht, die er für durchaus bedenkenswert halte, Sorge aber bereite ihm, dass bei all diesen Maßnahmen, die diskutiert würden, das, was tatsächlich zu den Ursachen zu tun sei, zu kurz komme. Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Jürgen W. Möllemann, erinnerte an die „Veranstaltung des Ministerpräsidenten“ gegen Rechtsradikalismus. Dort sei berichtet worden, es gebe einen Katalog mit 82 Maßnahmen. Es würde ihn interessieren, ob man diesen Bericht dem Parlament zuleite. Er finde, dass dieses Haus dafür zuständig sei. Der Respekt vor dem höchsten Gremium des Landes, das sei das Parlament, nicht die Landesregierung, gebiete es, dass man



Bei der 2. Sitzung des Hauptausschusses: Vorsitzender Edgar Moron (SPD, r.) sowie der Chef der Staatskanzlei, Georg Wilhelm Adamowitsch (l.) und der Staatssekretär im Innenministerium, Wolfgang Riotta (M.).
Foto: Schälte

den Maßnahmenkatalog dem Landtag zuleite. Möllemann bemängelte, dass der Innenminister in Fragen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe sein Urteil abgebe, indem er vor einem Verbot der NPD warne, der Ministerpräsident aber genau das Gegenteil sage. Er selbst wollte kein Hehl daraus machen, dass er von einem Verbot nichts halte. Für die SPD-Fraktion unterstrich deren Sprecherin Dorothee Danner: „Wir unterstützen ganz deutlich die Initiative des Ministerpräsidenten.“ In der Diskussion führte sie weiterhin Meldungen an, wonach die NPD in letzter Zeit einen großen Zulauf gehabt habe.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Jürgen Rüttgers griff Aussagen auf, wonach es keine Möglichkeiten gebe, rechtsextremen Veröffentlichungen im Internet entgegen zu treten. Er erinnerte an zurückliegende medienpolitische Auseinandersetzungen über die Frage, ob rassistische Äußerungen, die in Deutschland verboten seien, auch unter ein Verbot im Internet fielen. Damals sei entschieden worden, eine Gleichstellung herbeizuführen. Das heiße, die in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit vorgetragene These, das sei nicht verboten, sei falsch.

Der Chef der Staatskanzlei, Georg Wilhelm Adamowitsch, gab der Hoffnung Ausdruck, anhand des 82-Punkte-Programms und der vielen anderen Anregungen in Kürze ein Konzept erstellen zu können, um dann den Hauptausschuss und den ganzen Landtag zu informieren.

Auch der Leiter des Verfassungsschutzes betonte, das Internet sei natürlich kein rechtsfreier Raum. Das Problem sei nicht die Strafbarkeit, sondern die Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs, noch davor geschaltet, alles herauszufiltern, was im Internet laufe. Das sei ein technisches Problem. Da seien nach wie vor noch keine intelligenten Suchmaschinen auf dem Markt, die die Verästelung aufdeckten. Möller führte allerdings an, der Düsseldorfer Regierungspräsident habe den Auftrag zur Programmierung einer solchen Suchmaschine erteilt. „Wir haben die gute Hoffnung, dass wir bis Ende des Jahres weiter sind.“

Die Frage eines NPD-Verbotes sollte nicht den Stellenwert einnehmen, sagte die Spre-

cherin der GRÜNE-Fraktion, Sylvia Löhrmann, „weil wir in dieser Frage das Gesamtproblem nicht lösen“. Zu den 82 Maßnahmen fügte sie an, sie habe das so verstanden, dass das ein erster Auftakt der Landesregierung gewesen sei. „Wo wir selbstverständlich mitwirken müssten und sollten als Parlament“, genau und ausführlich zu überlegen, was grundsätzlich zu tun sei und dann auch nachhaltig daran zu arbeiten.

Der SPD-Abgeordnete Dr. Axel Horstmann erklärte, er habe das so verstanden, dass die NPD auf der einen Seite einen Funktionswandel durchmache zur wichtigsten Partei des rechtsextremen Parteienspektrums, dass sie auf der anderen Seite besondere Formen der Kooperation mit Neonazis und Skinheads pflege und demnächst einmal der Neonaziszene eine gewisse Logistik und Struktur zur Verfügung stelle. Neonazis und Skinheads führten etwas in die deutsche Gesellschaft ein, das man lange nicht gehabt habe, nämlich Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Horstmann stellte die Frage, ob es wirklich richtig sei zu subsumieren, man habe in NRW keine Erkenntnis, die zu einem Verbot der NPD beitragen könnte. Er stellte die Frage in den Raum: „Kann man das insbesondere bei dem Funktionswandel so stehen lassen?“

Der CDU-Abgeordnete Lothar Hegemann regte an, in der Frage des Internets den EU-Ministerrat anzusprechen. CDU-Sprecher Dr. Hans-Ulrich Klose erinnerte an Ausländerfeindlichkeit Anfang der 80er-Jahre und der daraus resultierenden Bildung einer Ausländerkommission. Er wollte wissen, was eigentlich aus den damaligen Kommissionsvorschlägen geworden sei. Hauptausschussvorsitzender Edgar Moron fragte den Chef des Verfassungsschutzes, ob er Erkenntnis darüber habe, wie hoch die Bedeutung der staatlichen Parteienfinanzierung für die Finanzierung rechtsextremistischer Parteien nicht nur der NPD, sondern auch anderer sei. Möller berichtete, dass Republikaner und DVU erheblich mehr Wahlkampfkostenerstattung erlangt hätten als die NPD, die aber immerhin nach eigenen Angaben von einer Million Mark an Wahlkampfkostenerstattung gesprochen habe.

Sechs Kommunen in NRW bewerben sich zur Fußball-WM

Städte stehen für den Ausbau der Stadien in den Startlöchern

In der Stellungnahme des Generalsekretärs des Deutschen Fußballbunds (DFB), Horst R. Schmidt, wurde bei aller positiven Vorfreude deutlich: Voraussichtlich werden in sechs Jahren weder Halbfinalspiele noch das Endspiel an Rhein und Ruhr stattfinden. Der Grund: Die Stadien hierzulande fassen nicht genug Zuschauer für diese attraktiven Begegnungen – und das trotz der Ausbau- oder Neubaupläne, die es in Nordrhein-Westfalen gibt. Halbfinale und Endspiel werden nur an Orte vergeben, deren Stadien mindestens 60 000 Zuschauer fassen. So will es die FIFA und so, meint der DFB, werde es auch kommen, weil der internationale Fußballverband von dieser Forderung kaum abweichen wird. Das hätte zur Folge, dass in Deutschland nur Berlin und München für diese interessanten und lukrativen Spielpaarungen in Frage kommen. Bei der Sitzung wurde erkennbar, dass die Abgeordneten dies nicht als letztes Wort ansehen. Schmidt räumte diplomatisch ein, zu dieser Mindestanforderung der FIFA träten allenfalls noch andere Gesichtspunkte hinzu. Die Ausschussvorsitzende Hinnemann regte an, bei diesem Punkt den gegebenen Verhandlungsspielraum zu nutzen.

Sechs nordrhein-westfälische Städte haben bei der Bewerbung für die WM ihren Hut in den Ring geworfen. Dortmund mit dem Westfalenstadion (52 000 Sitzplätze), wo man sich für die WM schon gerüstet sieht und nur noch gemäß dem FIFA-Pflichtenheft die Medientribüne erweitert werden muss. Düsseldorf hat sich noch nicht entschieden, ob es die fällige Sanierung und Erweiterung des Rheinstadions auf 51 100 Plätze in Angriff nehmen soll oder ob nicht einer nahe gelegenen Groß-Veranstaltungshalle der Vorzug zu geben sei, die dann auch für andere als Fußball-Ereignisse zu nutzen wäre. Unter Hinweis auf die modernisierte Messe nebenan und die zahlreichen in Düsseldorf angesiedelten Firmen der Kommunikationsbranche rechnet sich die Landeshauptstadt gute Chancen aus, Sitz des Internationalen Medienzentrums zur WM 2006 zu werden. Von hier aus soll schon lange vor Beginn des sportlichen Ereignisses die Berichterstattung in alle Welt erfolgen.

Nicht mit dem traditionsreichen Parkstadion, sondern mit der hochmodernen „Arena auf Schalke“ (52 000 Sitzplätze) wird Gelsenkirchen aufwarten: Mit gläserner Fassade, Schiebedach, herausfahrbarer Rasenfläche, kurz mit allem Komfort sollen in privater Finanzierung 315 Millionen Mark verbaut werden. In der Domstadt Köln hat der Rat beschlossen, im Müngersdorfer Stadion (43 826 Plätze) die Funktions- und Ehrengasträume zu modernisieren. Daneben werden die Beschallungsanlagen erneuert und ein Parkdeck für Mannschaftsbusse und Fahrzeuge der Ehrengäste und Offiziellen errichtet. In Leverkusen haben der Verein und der dahinter stehende Chemiegroßkonzern mit der BayArena schon jetzt ein

Die im Jahr 2006 in Deutschland stattfindende Fußballweltmeisterschaft wirft ihre Schatten voraus. Im Rahmen einer ersten Informationsveranstaltung mit Sprechern der deutschen Fußballverbände und Vertretern der nordrhein-westfälischen Städte, die sich mit ihren Arenen um die Austragung von WM-Spielen bewerben, hat der Sportausschuss des Landtags unter dem Vorsitz von Gisela Hinnemann (CDU) die Interessen des Landes angemeldet und die Chancen des nordrhein-westfälischen Beitrags zur WM auszuloten versucht. Die Vorsitzende kündigte an, der Ausschuss werde die Fußballweltmeisterschaft positiv begleiten.

„Schatzkästlein in der Liga“ (Originalton des Leverkusener Stadtkämmerers) dastehen, das mit seiner technischen Ausstattung bereits für alle Bedürfnisse einer Fußball-WM gerüstet sei. Im Bereich der Medien seien allenfalls „temporäre Maßnahmen“ erforderlich.

Am Niederrhein in Mönchengladbach hat man sich die Trauben besonders hoch gehängt: 43 700 Sitzplätze soll das neue Stadion im Nordpark zählen, wenn es einmal fertig ist und das in einem reinen Wohngebiet gelegene Bökelbergstadion ablöst. Am geplanten Standort im Nordpark will man eine multifunktionale hochmoderne Arena errichten, mit Einzelsitzschalen, völlig überdacht und mit neuester Technologie ausgestattet. Das Spielfeld soll herausfahrbar, das Dach zuzufahren sein. Unter dem Leitbild Sport-Freizeit-Kultur sind in der Textilstadt Mönchengladbach nicht nur Impulse für den Fußball, sondern für die Entwicklung eines gesamten Stadtteils geplant.

„Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht“, sagte bei dieser Gelegenheit der städtische Vertreter aus Mönchengladbach. Ähnlich sieht es bei den anderen fünf der insgesamt sechs nordrhein-westfälischen WM-Bewerber aus. Da aber insgesamt 16 deutsche Städte bei einem Bedarf von zehn

bis zwölf Stadien für die WM sich beworben haben, wird die FIFA eine Auswahl treffen müssen, die auch die Zahl der nordrhein-westfälischen Austragungsorte reduzieren wird. Eine Entscheidung über die Vergabe wolle die FIFA allerdings erst im Jahr 2003 treffen – „ich denke, das ist zu spät“, teilte der DFB-Sprecher mit und fand dafür Zustimmung sowohl bei den Sprechern der Städte als auch bei den Ausschussangehörigen. Schmidt plädierte dafür, Anfang 2002 diese Entscheidung zu treffen, um den Städten einen wichtigen zeitlichen Vorlauf zu geben, damit sie die Stadien auf WM-Niveau bringen können.

„Es könnte für uns noch früher sein“, formulierte Dr. Annemarie Schrapf von der CDU den Standpunkt des Sportausschusses. Sie erwarte, dass in das WM-Organisationskomitee, das der DFB zum 1. Januar kommenden Jahres einrichten wird, auch die Städte und Länder eingebunden werden, was DFB-Sprecher Schmidt zusagte. Sportminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) teilte mit, die Landesregierung habe für die Gespräche mit dem DFB eine „Task-Force“ gebildet. Man werde sich bemühen, möglichst viele von den 64 Spielen der WM nach NRW zu bekommen. Ob der DFB in Sachen Weltmeisterschaft überhaupt eine Entscheidungsbefugnis habe, wollte Herbert Reul (CDU) wissen. Schmidts Antwort: Die FIFA bleibe Herrin des Verfahrens, „wir werden aber unseren nicht geringen Einfluss einsetzen“.

Die Bewerberstädte hätten sich bei der FIFA großartig präsentiert, blickte Ina Meise-Laukamp (SPD) zurück; das habe wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland im Vergabewettbewerb gewonnen habe. Was die Wünsche aus dem kommunalen Raum um Unterstützung durch die Landespolitik angehe, so sei sich die Koalition ihrer Verantwortung um die Weltmeisterschaft bewusst, stellte die Sprecherin fest. Zum Aspekt des sicheren Ablaufs der Veranstaltungen hoffe sie, dass angesichts der vielen ausländischen Gäste im Jahr 2006 in Deutschland die Diskussion um Übergriffe gegen Fremde und um Fußball-Hooligans beendet sei. Auch unter diesem Gesichtspunkt versprach der DFB: „Wir wollen die beste Weltmeisterschaft veranstalten, die es bisher gegeben hat.“



Parlament und Regierung haben sich im Sportausschuss von den Plänen und Absichten des DFB zur Fußballweltmeisterschaft im Jahr 2006 unterrichten lassen (v. r.): Sportausschussvorsitzende Gisela Hinnemann, Sportminister Dr. Michael Vesper, Ministerialdirigent Rüdiger Stallberg und DFB-Generalsekretär Horst R. Schmidt.

Foto: Schälte

Schlagabtausch im Rechtsausschuss: Justiz als Büttel der herrschenden SPD?

Minister bedauert Vorgehen gegen MdB CDU sieht noch weiteren Klärungsbedarf

Hat sich die nordrhein-westfälische Justiz „zum Büttel der Politik machen lassen“, um in der letzten Phase des Landtagswahlkampfes einen nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung öffentlich in Misskredit zu bringen? Diese von den Medien wiedergegebene Frage stand – unausgesprochen aber unübersehbar – im Raum, als der Rechtsausschuss des Landtags am 23. August unter der Leitung seines neuen Vorsitzenden Dr. Robert Orth (FDP) zusammentrat. Die Debatte über den ersten Tagesordnungspunkt der Sitzung („Ermittlungsverfahren gegen den Abgeordneten Ronald Pofalla MdB wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung“) verlief ausführlich, streckenweise recht hitzig und unter lebhaftem Interesse der Medienvertreter. Das geschah vor dem Hintergrund, dass das Landgericht Kleve wenige Tage zuvor das Ermittlungsverfahren gegen den Bundestagsabgeordneten Pofalla in einem Beschluss als „rechtswidrig“ qualifiziert hat.

Justizminister Jochen Dieckmann, sein Staatssekretär Dr. Ernst-Hasso Ritter sowie der Leiter der Abteilung III im Justizministerium („Strafrechtspflege“), Dr. Linden, und der Staatssekretär im Finanzministerium, Dr. Harald Noack, standen den Abgeordneten Rede und Antwort, nachdem der Justizminister einen ausführlichen Bericht unter dem Motto „Es gibt keine politische Justiz in Nordrhein-Westfalen“ abgegeben hatte. Dieckmann unterstrich, alle beteiligten Stellen – von den Steuerbehörden über die Oberstaatsanwaltschaft Kleve bis zum Generalstaatsanwalt in Düsseldorf – seien im Fall Pofalla und seiner damaligen Ehefrau von einem begründeten Anfangsverdacht der Steuerhinterziehung ausgegangen, das habe sein Ministerium bei der Prüfung der dazu vorgelegten Berichte (und nicht der Sachakten, die in solchen Fällen nicht vorgelegt würden) festgestellt. Die kurz vor der Wahl vorgenommenen Durchsuchungen seien unter der Annahme einer drohenden Verjährung durchgeführt worden – eine Annahme, die sich später als nicht zutreffend herausgestellt habe. Wenn er, Dieckmann, etwas zu kritisieren habe, dann, dass es bei der Angelegenheit „an einer erkennbaren Auseinandersetzung mit Paragraf 78 b Absatz 1 Nummer 2 des Strafgesetzbuches gefehlt hat“. In dieser Bestimmung ist das Vorgehen in immunitätsrechtlich relevanten Fällen geregelt, wie dies bei Ermittlungsverfahren gegen Abgeordnete von Europaparlament, Bundestag und Landtagen zu beachten ist. Der Justizminister bezeichnete zum Schluss seines Berichts die von christdemokratischer Seite erhobene Kritik, die Justiz habe sich zum „Büttel der herrschenden SPD“ gemacht und versucht, „kurz vor der Wahl einen CDU-Politiker zu diskreditieren und so den Wahlausgang zu beeinflussen“ als „absurd“. Auch angesichts des heranrückenden Wahltermins dürfe keine Staatsanwaltschaft (und auch kein Ministerium) ein Ermittlungsverfahren verzögern. Dieckmann weiter: „Das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat auf Einleitung und Ablauf des Verfahrens zu keiner Zeit Einfluss genommen.“ Persönlich füge er hinzu, so bitter das Ermittlungsverfahren für jeden Einzelnen sei – vor allem, wenn sich später dessen Unschuld herausstelle – so müsse dennoch, wie bei vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern auch, um der Rechtsstaatlichkeit willen in jedem Einzelfall ein Verfahren durchgeführt wer-

den, sofern der Anfangsverdacht nach sorgfältiger Prüfung bejaht werde. So „grob denkgesetzlich daneben“ könnten die zehn bis 20 Personen nicht gewesen sein, die mit dem Anfangsverdacht befasst gewesen seien, betonte der Minister. Dennoch sei „sehr bedauerlich, was Herrn Pofalla passiert ist“. Eigentlich müssten im Ministerium „die Alarmglocken läuten“, wenn ein Landgericht beschließe, es sei alles rechtswidrig gewesen, fand der CDU-Abgeordnete Dr. Helmut Linssen. Er schließe Wiederholun-

tarischen Aufarbeitung bedarf“. Er warne zugleich aber davor, bei den Bürgerinnen und Bürgern das Misstrauen auf staatliche Ermittlungen zu schüren und damit zur Verunsicherung beizutragen. Derzeit sei kein abschließendes Urteil darüber möglich, ob hier alles „hundertprozentig nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten“ abgelaufen sei. Die Debatte habe gezeigt, dass die Justiz nicht der Büttel der herrschenden SPD sei. Die Vorwürfe gegen die Justiz insgesamt seien nicht zu halten: „Es sind keine Unregelmäßigkeiten des Ministers oder des Justizministeriums von uns festzustellen.“ Diese Feststellung rief den CDU-Abgeordneten Dr. Linssen auf den Plan: „Die SPD kann keine Persilscheine ausstellen und einen Freispruch fällen.“

Die Abgeordnete der GRÜNEN, Brigitte Herrmann, äußerte ihr Unverständnis, dass man „nur wegen einer Vermögensvermehrung“, den Staatsanwalt auf dem Hals habe – zumal, wie der Ausschusskollege Dr. Droste (CDU) ergänzte, ein einziger Anruf bei dem Beschuldigten in der Lage gewesen wäre, den fraglichen Sachverhalt aufzuklären. Der FDP-Abgeordnete Jan Söffing fragte nach Defiziten bei der Berücksichtigung des Paragrafen 78 b im Rahmen des Ermittlungsverfahrens und wollte wissen, ob dieses Manko für den Verfahrensgang letztlich unerheblich gewesen sei. Der Minister bejahte das. Auf die Gegenfrage von Frank



Erhielt vom Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Dr. Robert Orth (FDP, r.), Gelegenheit, im Ausschuss die Vorgänge um den der Steuerverkürzung verdächtigten Bundestagsabgeordneten Ronald Pofalla (CDU) vorzutragen: Justizminister Jochen Dieckmann (l.). Foto: Schälte

gen nicht aus, betonte Linssen. Die Steuerfahndung sollte sensibilisiert werden, dass nicht noch einmal in einer solchen Weise vorgegangen werde, verlangte sein Fraktionskollege Dr. Wilhelm Droste. Man dürfe nicht, wie der Minister das getan habe, den Fall bagatelisieren, mahnte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Peter Biesenbach: „Angesichts ungeklärter Fälle von Unregelmäßigkeiten sind wir noch nicht zufrieden.“

Dass die Angelegenheit für den Rechtsausschuss des Landtags noch nicht abgeschlossen ist, fand auch Hans-Willi Körfges für die SPD: Es handele sich um einen „bemerkenswerten Vorgang, der der parlamen-

Baranowski (SPD), was gewesen wäre, wenn es sich bei dem Verdächtigten nicht um einen (unter dem Schutz der Immunität stehenden) Abgeordneten gehandelt hätte, führte der Minister aus, dass dann die Maßnahmen der Ermittlungsbehörden kurzfristig gegriffen hätten: „Es wäre wahrscheinlich zügiger gegangen.“

Im Wirtschaftsausschuss bleiben Mittelstandsprobleme auf der Tagesordnung

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie debattierte in der vom Vorsitzenden Dr. Helmut Linssen (CDU) geleiteten Sitzung am 23. August über den CDU-Antrag „Vorfahrt für den Mittelstand!“ und über von der CDU erbetene Berichte des Wirtschaftsministers zur Weiterentwicklung der Messewirtschaft in NRW, zum Strukturwandel im Ruhrgebiet und zur wirtschaftlichen Betätigung der „Wirtschaftsbetriebe Oberhausen“ (WBO). Dr. Linssen dankte der früheren Vorsitzenden Hannelore Brüning (CDU) für die Ausschussführung „mit viel Sachverstand und Charme“. Neu als fachpolitische Sprecher ihrer Fraktionen im Wirtschaftsausschuss sind Dr. Gerhard Papke (FDP) und Rüdiger Sagel (GRÜNE), während für die beiden großen Fraktionen wie in der vorigen Wahlperiode Werner Bischoff (SPD) und Christian Weisbrich (CDU) als Sprecher amtieren.

Zunächst informierte Minister Ernst Schwanhold über die Neuordnung des Geschäftsbereichs des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr. Danach gehen der Bereich Technologiepolitik und -förderung samt einiger klassischer Wirtschaftsbranchen auf das Arbeitsministerium und das Aufgabengebiet Verbraucherschutz auf das Umweltministerium über, das diesen Bereich auch im Titel führt. Aus der Zuständigkeit für Staatskanzlei erhält das Wirtschaftsministerium die Federführung für elektronischen Handel. Über den Aufbau einer Innovationsabteilung werde nachgedacht, sagte der Wirtschaftsminister. Für Technologieprogramme seien künftig Wirtschafts- und Arbeitsministerium zuständig, wobei gemeinsame Förderrichtlinien angestrebt würden.

Zum CDU-Antrag „Vorfahrt für den Mittelstand!“ erinnerte CDU-Sprecher Christian Weisbrich an den in der vorigen Wahlperiode abgelehnten Antrag seiner Fraktion, ein Mittelstandsgesetz zu verabschieden, wie es dies in anderen Bundesländern gebe. Darin solle unter anderem eine angemessene Mittelausstattung für mittelständische Betriebe garantiert werden. Weisbrich erläuterte dann die fünf Forderungen des CDU-Antrags (siehe Bericht über die Plenardebatte Seite 5). SPD-Sprecher Werner Bischoff begrüßte den „Blick nach vorn“ im Antrag der Opposition und bekundete Skepsis, in einem Gesetz die Mittelstandsförderung zu regeln und möglicherweise einzugrenzen. Konkret über Einzelmaß-

nahmen zu diskutieren, könne sinnvoller sein. Für die Ausweitung der Meistergründungsprämie sollten die Haushaltsberatungen abgewartet werden. Zur Forderung, die Wirtschaftstätigkeiten von öffentlichen Unternehmen (noch weiter) zu begrenzen, sollten Erfahrungen mit der neu gestalteten Gemeindeordnung (Paragraf 107) abgewartet werden. Zu lange Genehmigungsverfahren seien kein Thema mehr, die Genehmigungspraxis in NRW sei gut. Rüdiger Sagel meinte für die GRÜNE-Fraktion, es sei noch viel zu tun. Mittelstandsförderung sei im Koalitionsvertrag ein wichtiges Thema. Insbesondere solle der Einsatz der Fördermittel optimiert werden. Bei vielen Handwerksbetrieben gebe es Schwierigkeiten, die Nachfolge zu regeln. Für die Zukunft der Stadtwerke sah er weiterhin Probleme. Er erinnerte an die kurz vor der Wahl von SPD und GRÜNEN beschlossene Mittelstands-Offensive.

Dr. Gerhard Papke erklärte für die FDP-Fraktion, vor der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten sei die Debatte nicht sinnvoll. Der Koalitionsvertrag enthalte hinsichtlich der „inflationären Zunahme von Programmen und Progrämmchen“ einen innovativen Ansatz. Im Übrigen decke sich der CDU-Antrag weitgehend mit Positionen der FDP. Bei der Änderung des Paragraphen 107 der Gemeindeordnung handele es sich um einen faulen Kompromiss zu Lasten des Handwerks und des Mittelstands. Der Wirtschaftspolitik des Landes wünsche die FDP mehr Transparenz.

Nachdem Fritz Kollorz (CDU) auf neue Probleme für den Mittelstand durch die Globalisierung und Christian Weisbrich auf die am Ende der vorigen Wahlperiode beschlossene Verwaltungsstrukturreform hingewiesen hatten, einigte sich der Ausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden darauf, das Thema erneut zu beraten. Minister Schwanhold ergänzte, beim Mittelstand gebe es unterschiedliche Geschwindigkeiten, je nachdem ob es sich um Traditionsbetriebe oder „new economy“ handele. Laurenz Meyer (CDU) wiederholte die Forderung, Meisterschülern einen Zuschuss zu den Lehrgangskosten zu gewähren und bemerkte, bei Genehmigungen „im politischen Rampenlicht“ gebe es keine Probleme, wohl aber bei kleinen Projekten. Hannelore Brüning (CDU) äußerte Sorgen wegen der Ausweisung von Schutzgebieten nach der EU-Richtlinie Flora Fauna Habitat, was nicht nur dem Umweltministerium überlassen werden dürfe. Reiner Priggen (GRÜNE) befürchtete Wettbewerbsprobleme mit Dienstleistungen aus europäischen Nachbarländern durch den Zwang zum Meisterbrief bei Betriebsgründungen. Der Minister wurde um Berichte über die Situation des Mittelstands, über Erfahrungen mit einem Mittelstandsgesetz in anderen Ländern und über Problemfälle bei Genehmigungen gebeten.

Zur „Weiterentwicklung der Messelandschaft in NRW“ berichtete als Mitglied der Aufsichtsräte der Messen Düsseldorf und Köln Staatssekretär Jörg Bickenbach vom Kabinettsbeschluss, Messebeteiligungen des Landes nicht zu privatisieren. Das Know-how der vier NRW-Messestandorte könne nicht hoch genug bewertet werden. Das Land wolle als Moderator dabei bleiben, wenn Düsseldorf und Köln bei Auslandsgeschäften zusammenarbeiteten und sich etwa in China oder Indien engagierten. Die kleineren Messen Essen und Dortmund besetzten erfolgreich Marktnischen im Messegeschäft.

Metrorapid

Zum Thema Strukturwandel im Ruhrgebiet teilte Minister Schwanhold mit, er wolle regionale Stärken ausbauen, anstatt wie bisher Schwächen auszugleichen. Als Beispiele nannte er den Ausbau von „Chemsite“ zu einem Kompetenzzentrum Petrochemie, der Logistik-Zentren Duisburg und Dortmund, die Korrespondenz von Technologiebranchen mit Hochschulinstituten. Er habe ein Gutachten in Auftrag gegeben, das Chancen regionaler Stärken herausfiltern werde. Anfang nächsten Jahres würden erste Ergebnisse vorliegen. Christian Weisbrich (CDU) erwähnte die Ruhrgebiet-Strukturanalyse der früheren GRÜNE-Sprecherin Alexandra Landsberg, die er ganz beachtlich fand. Er fragte, wer über die regionalen Stärken entscheiden werde, und ob der Metrорapid aus den EU-Fördermitteln finanziert werden solle. Schwanhold antwortete, Projektträger werde die Projekt Ruhrgebiet GmbH, die aber nicht auswähle. Sie erhalte einen Beirat, dem Oberbürgermeister und Landräte angehören sollten. Städte und Kreise sollten möglichst einen Konsens über Schwerpunktförderung erreichen. Entscheiden würden Investoren, die die besten Köpfe zusammenzuführen bereit seien. Der Metrорapid werde nicht aus den Ziel-2- (Fortsetzung Seite 14)



Bekannte und neue Gesichter im Wirtschaftsausschuss, v. l. SPD-Sprecher Werner Bischoff, FDP-Sprecher Dr. Gerhard Papke, als neuer Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen (CDU), GRÜNE-Sprecher Rüdiger Sagel mit seinem Fraktionskollegen Reiner Priggen. Foto: Schälte

Haushaltsausschuss

NRW hofft auf Entgegenkommen des Bundes bei Tilgung von Einheitsschulden

Mit Anträgen und Vorlagen des Finanzministeriums sowie mit zwei von der CDU-Op-
position erbetenen Berichten befasste sich der Haushalts- und Finanzausschuss in der von Vorsitzendem Volkmar Klein (CDU) geleiteten Sitzung am 24. August.

Als neue Mitglieder der SPD nahmen Gün-
ter Garbrecht (Bielefeld), Michael Groschek
(Oberhausen) und Norbert Rüter (Köln)
und für die CDU Wolfgang Dietrich (Geilen-
kirchen), Manfred Luckey (Schlangen), Man-
fred Palmen (Kleve) als stellvertretendes
Mitglied und Helmut Stahl (Bonn) teil. Neu
sind ferner die Abgeordneten der FDP An-
gela Freimuth (Lüdenscheid), Dr. Stefan
Grüll (Bonn) und Dr. Ingo Wolf (Euskirchen)
sowie die Abgeordnete und Vizepräsidentin
des Landtags Edith Müller (GRÜNE) aus
Köln. Stellvertretende Ausschussvorsitzen-
de ist, wie in der vorigen Wahlperiode, die
SPD-Abgeordnete Gisela Walsken. Als neu-
er Staatssekretär im Finanzministerium
stellte sich Dr. Harald Noack vor. Finanzmi-
nister Peer Steinbrück kündigte die Vorlage
eines Nachtragshaushalts 2000 an, der vom
Landtag bereits in der ersten September-
Woche und im Ausschuss am 14. Septem-
ber beraten werden soll.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (HFA)
beschloss, wiederum einen Unterausschuss
Personal einzurichten, der aus elf
Mitgliedern (5 SPD, 4 CDU, je 1 FDP und
GRÜNE) bestehen wird. Er stimmte den
vom Vorsitzenden und den Sprecherinnen
und Sprechern vereinbarten Regelungen
zur Ausschussorganisation zu, die unter an-
derem vorsehen, dass die Redezeiten in öf-
fentlichen Sitzungen nicht begrenzt werden
und das Wort in der Reihenfolge der Mel-
dungen erteilt wird. Er beschloss ferner, wie
in der Geschäftsordnung vorgesehen, Be-
richterstatterinnen und Berichterstatter. Da-
nach werden für die 15 Einzelpläne des
Landeshaushalts Hauptberichterstatterin-
nen und -berichterstatter jeder Fraktion aus
den Reihen des Ausschusses bestimmt, die
im Rahmen der Haushaltsberatungen die
Gespräche mit der Landesregierung führen.
Im Finanzministerium, dessen (Neu)Organi-
sation dem HFA vorlag (Information 12/
439), solle — stellenplanneutral — eine
neue Gruppe für strategische Planung so-
wie etat- und ressortübergreifende Ange-
legenheiten eingerichtet werden, teilte der Mi-
nister mit. Über den Fortbestand des Ar-
beitsstabs Aufgabenkritik sei noch nicht
entschieden, antwortete er dem CDU-Fra-
gesteller Winfried Schittges.

Den über- und außerplanmäßigen Ausga-
ben im 4. Quartal 1999 in Höhe von 14 und
im 1. Quartal 2000 in Höhe von 15,3 Millio-
nen Mark stimmte der Ausschuss zu. We-
gen der im 1. Quartal 2000 für „Maßnahmen
zur Abwehr von Gefahren aus verlassenen
Grubenbauen“ ausgewiesenen, unvorher-
sehbaren und unabweisbaren 15 Millionen
Mark fragte CDU-Sprecher Helmut Diegel,
ob und in welcher Höhe weitere Kosten zu
erwarten seien. Der Finanzminister erklärte,



Vor den Etatberatungen 2001 erwartet den Haushalts- und Finanzausschuss noch ein Nachtragshaushalt 2000, v. r. Ausschussvorsitzender Volkmar Klein (CDU), Finanzminister Peer Steinbrück und als neuer Finanz-Staatssekretär Dr. Harald Noack (v. r.).

nach dem Tagesbruch in Bochum-Watten-
scheid am 2. Januar müssten vorsorgend
alle Gefahrenbereiche des Altbergbaus un-
tersucht und gesichert werden. Das Land
leiste dies vor und behalte sich die Erstat-
tung durch Verursacher vor. Der Ausschuss
erbat einen Bericht über Kosten und Erstat-
tungen der Vergangenheit.

Zwei Vorlagen zur Stellenbewirtschaftung
veranlassten Dr. Ingo Wolf (FDP) zu der For-
derung, nur stellenplanneutrale Regelungen
zu beschließen. Eine der beiden Vorlagen
wurde nach Wortmeldungen aus allen Fra-
ktionen auf Vorschlag von SPD-Sprecher
Walsken vertagt.

Den Schuldenstand des Landes in Höhe
von 160 Milliarden Mark zum 31. März 2000
nahm der HFA zur Kenntnis. Auf Bitten von
Michael Breuer (CDU) wurde ein Bericht
über die Inanspruchnahme von Bürgschaf-
ten zugesagt.

Zum Thema „Auswirkungen des Verkaufs
von UMTS-Lizenzen auf NRW“ erklärte Mi-

nister Steinbrück, der spektakuläre Überbie-
tungswettbewerb, der dem Bundeshaushalt
99 Milliarden Mark zuführe, wecke bei den
Länderfinanzministern gewissen Neid. Das
Geld stehe aber ausschließlich dem Bund
zu. Dem Gesetz über Post- und Telekom-
munikationsdienstleistungen von 1994 hät-
ten zwei Drittel der Mitglieder des Bundes-
tages sowie der Bundesrat zugestimmt. Für
NRW sei mit Ausfällen bei der Körper-
schaftsteuer in Höhe von 300 Millionen
Mark und bei der (kommunalen) Gewerbe-
steuer in Höhe von 450 Millionen Mark zu
rechnen. Schon im Haushalt 2000 werde et-
wa die Hälfte bei den Körperschaftsteuern
entfallen. Michael Breuer (CDU) hielt den
„Verzicht“ des Ministers auf Ausgleich für
vorschnell und wies auf „arg gebeutelte
Kommunen“ hin. Steinbrück widersprach
und betonte, die Einnahme sei ausschließ-
lich zur Schuldentilgung zu verwenden.
NRW werde keinen konkreten Betrag für
das Land reklamieren. Er räumte jedoch ein,



Die beiden kleinen Fraktionen haben Frauen als haushaltspolitische Sprecherinnen benannt, v. l. Edith Müller (GRÜNE), Angela Freimuth (FDP). Die Rolle der Sprecher üben bei den großen Fraktionen wie in der vorigen Wahlperiode Ernst-Martin Walsken (SPD) und Helmut Diegel (CDU) aus. Fotos: Schälte

Vorsitz, Assistenz und Protokollanz der Ausschüsse

Ausschuss	Vorsitz Abgeordnete/r	Tel. 884-	Assistent/in Tel. 884-	Stenograf/in Tel. 884-
Arbeit/Gesundheit/Soziales	Bodo Champignon	(SPD) 2643	Frank Schlichting 2580	Otto Schrader 2467
Ernährung/Landwir./Forst	Marie-Luise Fasse	(CDU) 2902	Thomas Wilhelm 2523	Gertrud Schröder-Djug 2477
Europa/EineWelt	Ute Koczy (GRÜNE)	2866	Hans-Joach. Wegner 2145	Uwe Scheidel 2476
Frauenpolitik	Gerda Kieninger	(SPD) 2640	Astrid Hopstein-Menn 2177	Franz-Josef Eilting 2465
Grubensicherheit	Peter Budschun	(SPD) 2291	Georg Schröder 2487	NN
Hauptausschuss	Edgar Moron	(SPD) 2220	Wolfgang Fröhlecke 2488	Otto Schrader 2467
Haushalt/Finanz	Volkmar Klein	(CDU) 2907	Silvia Winands 2336	Franz-Josef Eilting 2465
Haushaltskontrolle	Rolf Seel	(CDU) 2718	Thomas Wilhelm 2523	Simona Roeßgen 2134
Innen/Verwaltungsreform	Klaus-D. Stallmann	(CDU) 2723	Wolfgang Fröhlecke 2488	Heike Niemeyer 2462
Kinder/Jugend/Familie	Annegret Krauskopf	(SPD) 2674	Astrid Hopstein-Menn 2177	Uwe Scheidel 2476
Kommunalpolitik	Jürgen Thulke	(SPD) 2673	Norbert Krause 2521	Michael Endres 2011
Kulturausschuss	Dr. Renate Düttmann-Braun	(CDU) 2173	Frank Schlichting 2580	Eva-Maria Bartylla 2051
Medienausschuss	Claudia Nell-Paul	(SPD) 2629	Maria-Anna Schmitz 2484	G. Labes-Meckelnburg 2746
Migrationsangelegenheiten	Britta Altenkamp-Nowicki	(SPD) 2655	Norbert Krause 2521	NN
Petitionen	Barbara Wischermann	(CDU) 2785	Ref.-Ltr. Franz Muschkiet 2531	—
Rechtsausschuss	Dr. Robert Orth	(FDP) 2883	Georg Schröder 2487	Heike Niemeyer 2462
Schule/Weiterbildung	Dr. Heinz-J.Eckhold	(CDU) 2780	Wolfgang Kubitzky 2856	Gertrud Schröder- Djug 2477
Sportausschuss	Gisela Hinnemann	(CDU) 2717	Wolfgang Kubitzky 2856	Michael Endres 2011
Städtebau/Wohnungswesen	Gisela Walsken	(SPD) 2631	Harald Holler 2489	G. Labes-Meckelnburg 2746
Umweltschutz/Raumordnung	Klaus Strehl	(SPD) 2151	Thomas Wilhelm 2523	Dr. Hildegard Müller 2433
Verkehrsausschuss	Manfred Hemmer	(SPD) 2660	Harald Holler 2489	Dr. Hildegard Müller 2433
Wirtschaft/Mittelstand/Techn.	Dr. Helmut Linssen	(CDU) 2741	Georg Schröder 2487	Simona Roeßgen 2134
Wissenschaft/Forschung	Joachim Schultz-Tornau	(FDP) 2072	Norbert Krause 2521	Eva-Maria Bartylla 2051

Stand: 30. 8. 2000

Haushaltsausschuss ...

(Fortsetzung von Seite 13)

der Bund könne NRW (wie zwei weitere betroffene Länder) an der Zinersparnis beteiligen. Zugeständnisse seien, insoweit habe er seine Meinung geändert, beim Fonds Deutsche Einheit und beim Erblastentilgungsfonds zu erwarten, die NRW jährlich mit zusammen 1,7 Milliarden Mark belasteten. Vielleicht könne die Tilgung gestreckt werden.

Unter „Verschiedenes“ sprach CDU-Sprecher Diegel die ausstehende Besoldungserhöhung für die Beamten an und erhielt zur Antwort, ein entsprechender Gesetzentwurf des Bundesinnenministers stehe aus. Ein Vertreter des Finanzministeriums bezifferte die Belastung des Landeshaushalts bei einer Besoldungserhöhung um ein Prozent auf 265 Millionen Mark pro Jahr.

Wirtschaftsausschuss ...

(Fortsetzung von Seite 12)

Fördermitteln finanziert, sagte Schwanhold und äußerte sich im Übrigen sehr zuversichtlich, dass das Ruhrgebiet die Nase vorn haben werde im Wettbewerb der fünf Regionen um die Bundesmittel für den Metrorapid. Dr. Papke unterstützte namens der FDP das Projekt Metrorapid im Ruhrgebiet. Bei der Aussprache über den Bericht der Landesregierung zur wirtschaftlichen Betätigung der Wirtschaftsbetriebe Oberhausen (WBO, Vorlage 13/11) äußerten CDU-Ausschussmitglieder ihre Verwunderung darüber, dass die WBO Drittgeschäfte „sobald wie möglich“ aufgeben werde, wie ein Sprecher des Innenministeriums erläuterte hatte.

Er hatte auch mitgeteilt, der Vertrag des CentrO Oberhausen mit der WBO über Grünflächenbewirtschaftung ende erst zum 31. 12. 2002. Aus heutiger Sicht unzulässige Drittgeschäfte habe der Kommunalausschuss 1996 zugelassen, um Erfahrungen mit dem geänderten Wirtschaftsparagraphen der Gemeindeordnung zu sammeln. Die CDU drückte Unmut über das Mauern und „Herumeiern“ der Stadt und der Bezirksregierung aus: Es müsse jetzt „Schluss mit lustig“ sein, die unzulässigen Geschäfte dürften nicht bis 2002 fortgeführt werden. Reiner Priggen (GRÜNE) erbat einen Bericht über die Personalentwicklung bei WBO.

Wirtschaftsbetriebe Oberhausen

In dem Bericht vom 3. Juli 2000 erläutert das Wirtschaftsministerium, die bis 1996 als städtischer Eigenbetrieb geführten Wirtschaftsbetriebe Oberhausen hätten sich dann als GmbH in den Bereichen „Gebäudereinigung/Gebäudeunterhaltung“ und „Planung und Unterhaltung von Grünflächen“ nicht auf stadteigene Gebäude und Flächen beschränkt, sondern „Erschließung neuer Märkte“ vorgesehen. Dafür sei jedoch kein „öffentlicher Zweck“ gegeben. Diese Aktivitäten hätten somit den geltenden kommunalrechtlichen Bestimmungen nicht entsprochen. Minister Steinbrück halte das für einen unzulässigen Eingriff in den Wettbewerb auf einem stark mittelständisch geprägten Markt. Das Innenministerium hatte die Stadt zur „erschöpfenden“ Berichterstattung bis Ende Juni angewiesen. Dessen Sprecher erklärte, das CentrO sei mit privaten Unternehmen nicht zufrieden gewesen, da keine Sieben-Tage-Präsenz gewährleistet gewesen sei.

Keine Ausnahme für Carport

Ein Hausbesitzer in einer Kleinstadt am Niederrhein hatte 1991 das Einverständnis der Gemeinde zur Verlegung seiner Garage und 1994 einen Bauschein zum Bau einer Garage und eines Stellplatzes erhalten. Über den Stellplatz wollte er einen Carport errichten. Einige Jahre später änderte die Gemeinde jedoch ihre Haltung und versagte ihm dies. Auch nach der Kommunalwahl vom September 1999 änderte sich daran nichts. Der Petitionsausschuss versuchte erfolglos zu vermitteln.

Der Carport sei zwar innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche, aber nicht an einem Garagenstandort vorgesehen, befand das vom Petitionsausschuss um Stellungnahme gebetene NRW-Bauministerium. Der Kreis als untere Bauaufsichtsbehörde habe zwar in mehreren Fällen Ausnahmen zugelassen, darunter auch die vorhandene Garage des Petenten. Seit 1997 stimme sie solchen Ausnahmen aber nicht mehr zu, weil damit „ihre planerische Konzeption“ ausgehöhlt zu werden drohe. Der Petent hatte auch ökologisch argumentiert: Der Carport dürfe, so habe der Kreis befunden, an der Garagenstellfläche errichtet werden, nicht aber auf der von ihm dafür vorgesehenen Freifläche. Das bedeute, eine weitere, bereits beplante und bewachsene Fläche neu zu versiegeln. Auch beim Petitionsausschuss gab es Verständnis für diese Argumentation, zumal auf Landesebene das Entsiegeln von Flächen inzwischen bereits zum Ziel der NRW-Umweltpolitik erklärt worden ist. Ein Ortstermin fand statt. Aber das Wohlwollen nützte nichts. Gemeinde, Kreis und Ministerium blieben dabei: Keine Ausnahmen mehr.

Der Ausschuss für Kommunalpolitik in der 12. Wahlperiode

Nach Anhörungen und Demonstrationen Gesetze von großer Reichweite

Bei den Themen „direkte Demokratie“ und Verwaltungsreform gab es teilweise Übereinstimmung zwischen dem Koalitionspartner GRÜNE und der CDU-Opposition. Die Oppositionsfraktion setzte im Kommunalausschuss bei allen Themen die Regierungskoalition mit zahlreichen Anträgen und eigenen Gesetzentwürfen unter Druck, auch mit Erfolg, wie etwa 1997 die Äußerung von Walter Grevener (SPD) zeigte, durch ihre Vorschläge habe die CDU das Gesetz „zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Städte und Kreise“ verbessert. Zu den weit reichenden Änderungen, die der Ausschuss für Kommunalpolitik in der 12. Wahlperiode behandelte bzw. beschloss, gehören das Recht der Kommunen, Telekommunikationsnetze kommerziell zu betreiben und die Ausdehnung der Wirtschaftstätigkeiten kommunaler Betriebe. Zweimal legte die Landesregierung dem Parlament Neuregelungen als „Gesetz im Gesetz“ vor. Das „Gesetz für den öffentlichen Gesundheitsdienst“, das noch auf Vorschriften aus dem Jahr 1935 basierte, baute sie in das „Gesetz zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden“ ein. Die Regelung aktueller Lücken bei der medizinischen Versorgung von Problemgruppen fand die Zustimmung aller Fraktionen. Aber eine staatliche „Superinstanz Gesundheitsamt“ wurde von der Opposition, den Krankenkassen, Krankenhäusern und Ärztenverbänden abgelehnt.

Kommunalwirtschaft

Im Rahmen der Beratung des 1. Modernisierungsgesetzes befassten sich mehrere Ausschüsse mit der Ausweitung der kommunalen Wirtschaftsrechte. Die (europäische) Öffnung des Strommarkts für ausländische Anbieter hing über mehrere Jahre hinweg als Damoklesschwert über den Stadtwerken, übrigens nicht nur in NRW, so dass die Ständige Konferenz der Innenminister einen Unterausschuss einsetzte und Grundsätze vorlegte. Den deutschen Stadtwerken drohten Kassenverluste durch den Wegfall der Querverbände, mit dem sie andere Dienstleistungsbereiche, vor allem den öffentlichen Nahverkehr, finanziert hatten. Der Paragraf 107 der Gemeindeordnung stand im Mittelpunkt heftigen Tauziehens anlässlich eines CDU-Gesetzentwurfs zur Änderung der Gemeindeordnung. Die Ausweitung kommunalen Wirtschaftens über örtliche Grenzen und Daseinsvorsorge hinaus wurde von der CDU-Opposition auch aus Sorge um den Bestand der Handwerksbetriebe bekämpft. Erstmals demonstrierte das Handwerk vor dem Landtag. Am Ende des parlamentarischen Ringens meinte die CDU-Opposition, das Schlimmste verhütet zu haben.

Bei Kommunikationsdienstleistungen nach dem Ende des Telekom-Monopols zum 31. 12. 1997 reagierte der Landtag dagegen schnell und ermächtigte die Kommunen zum Betreiben von Netzen.

Zum Gesetz „zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden“ führte der Kommunalausschuss im Oktober 1997 eine dreitägige öffentliche

Hauptthemen der Kommunalpolitiker im NRW-Landtag waren in der 12. Wahlperiode – neben den Gemeindefinanzen – mehr „direkte Demokratie“ und die Neuordnung von kommunalen Wirtschaftstätigkeiten. Zusammen mit dem Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform arbeitete der Kommunalausschuss auch intensiv an den beiden Gesetzentwürfen der Landesregierung zur Modernisierung der Verwaltung mit. Für die weit reichenden Gesetzesänderungen und neuen Gesetze gab es, außer bei direkt Betroffenen, die teilweise vor dem Landtag in Düsseldorf demonstrierten, wenig öffentliche Beachtung, zumal manche Auswirkungen noch völlig offen sind. Selbst im Landtag war die Aufmerksamkeit eher gering, denn in Untersuchungsausschüssen, am Schluss vier an der Zahl, kamen unter großem „Medienrummel“ andere Themen hoch. Kaum zu glauben, dass der Kommunalausschuss in dieser dramatischen Wahlperiode, in der er auch mehrere große Anhörungen durchführte, noch Zeit für zahlreiche Informationsreisen fand.



Vorsitzender des Ausschusses für Kommunalpolitik war der Duisburger SPD-Abgeordnete Friedrich Hofmann (r). Der frühere Geschäftsführer der IG Metall, seit 1985 im Landtag, überstand gleich zu Beginn der 12. Wahlperiode eine schwere Operation. Sein Stellvertreter war der CDU-Abgeordnete Winfried Schittges aus Krefeld, Berater Betriebswirt von Beruf. Die Sprecher der Fraktionen (v.l.) Jürgen Thulke (SPD) aus Essen, Albert Leifert (CDU) aus Drensteinfurt und Ewald Groth (GRÜNE) aus Ostbevern, brachten Erfahrungen aus kommunalen Mandaten mit, die sie vor der Wahl in den Landtag neben ihren Berufen Technischer Fernmeldeoberamtsrat, Landwirt und Sonderschullehrer ausübten. Leifert war 21 Jahre lang Bürgermeister der Stadt Drensteinfurt und vier Jahre lang Präsident des NRW-Städte- und Gemeindebunds. Auch er hatte mit einer schweren Erkrankung zu kämpfen. Er genas, hat aber zur Landtagswahl am 12. Mai, wie auch Vorsitzender Hofmann, nicht wieder kandidiert. Jürgen Thulke (l) ist neuer Vorsitzender in der 13. Wahlperiode. Der Ausschuss erlebte einen Ministerwechsel. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Johannes Rau hörte auch Franz-Josef Kniola (SPD) als Innenminister auf und übergab sein Amt an Dr. Fritz Behrens (SPD). Innen-Staatssekretär Wolfgang Riethe blieb als Regierungsvertreter im Ausschuss präsent. Foto: Schälte

Anhörung durch. Es sollte Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe bringen, unter anderem durch Umstellung bei den Kindergartenzuschüssen, Kürzung des Blindengelds und Elternbeiträge bei Schülerfahrkosten, aber auch mehr Spielräume durch „Kommunalisierung“ gesetzlicher Aufgaben. „Das Gesetz verändert die Welt“, sagte der SPD-Abgeordnete Walter Grevener bei der Verabschiedung im Plenum, während die CDU eine dritte Lesung beantragte.

Auch im „2. Modernisierungsgesetz“, das den Landtag ein Jahr vor dem Ende der 12. Wahlperiode erreichte, befand sich wieder ein ganzes anderes Gesetz, nämlich das Gesetz über „Integrierte Gesamtverkehrsplanung“. Es wurde von der SPD mit Stolz präsentiert und von den GRÜNEN als „Juwel“ bezeichnet, während die CDU sich überharte, dass der Verkehrsausschuss überhaupt nicht einbezogen worden sei. Vor allem aber enthielt das 2. Modernisierungsgesetz die „tiefgreifendste Reform seit 200 Jahren“, so Innenminister Dr. Fritz Behrens. Die Zuständigkeiten der Mittel- und Oberbehörden wurden neu geordnet (Ausschuss-Bilanz Verwaltungsstrukturreform in „Landtag intern“ 11/2000). Die Umwandlung der Straßenbauverwaltung mit 7000 Beschäftigten und einem Haushaltsvolumen

von über 1,1 Milliarden Mark in einen Landesbetrieb mit zwei „Filialen“ wurde besonders stark, jedoch erfolglos bekämpft. Nach der Landtagswahl legten die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe dagegen Verfassungsbeschwerde ein.

Es gab auch „Reparatur-Beschlüsse“. 1998 beschloss der Landtag, die Fünfprozentklausel bei Kommunalwahlen solle bleiben. Ein Jahr später musste das Parlament nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, erstmals in 25 Jahren, die Sommerpause unterbrechen und schaffte in zwei Sondersitzungen, zwischen denen der Kommunalausschuss beriet, die Fünfprozentsperrklausel ganz ab. Im Februar 2000 bat der Kommunalausschuss Sachverständige um Stellungnahmen zur Änderung der Kommunalverfassung. Bei dieser Anhörung mussten sich die Abgeordneten und das Innenministerium Kritik an ihrer Arbeit anhören. Die Juristen kritisierten zu häufige Änderungen, auch vor dem Hintergrund, dass die Gemeindeordnung in der folgenden, also der 13. Wahlperiode, noch einmal grundsätzlich überarbeitet werden soll. „Musste denn unbedingt den Wünschen wegen der Telekommunikation spontan Rechnung getragen werden?“, fragte Professor Jan Oebbeke (Münster) und fuhr fort,

man hätte doch die Energiefragen ebenfalls regeln können. Oebbecke: „In Wirklichkeit hat man wieder nur gewartet, bis das Hühnerauge entsprechend stark gedrückt hat.“ Zum Gemeindefinanzierungsgesetz werden im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen die kommunalen Spitzenverbände angehört, der NRW-Städtetag für die größeren Städte, der NRW-Städte- und Gemeindebund für die kleineren Städte und der NRW-Landkreistag für die Landkreise. Deren Klagen über die Finanznot der Kommunen ähnelten auch in den vergangenen fünf Jahren dem Chor in der griechischen Tragödie, der Zustände beklagt, die nicht zu ändern sind. Von unzulässigem „Befrachten“ der kommunalen Kassen war immer wieder die Rede. Der Bund wurde angeklagt wegen der steigenden Sozialhilfefasten und der Flüchtlingskosten. Das Land wurde zum Beispiel 1996 beschuldigt, den Kommunen Kosten für Krankenhäuser und Volkshochschulen aufzubürden. Alle Verbandssprecher beklagten die Vielzahl der „Zweckzuweisungen“. Die vielen „Töpfe“ seien zumindest „skurril“, meinte ein Sprecher.

Gemeindefinanzen

Um was für ein komplexes Fachgebiet es sich bei den kommunalen Finanzen handelt, zeigten nicht erst die Haushaltsberatungen 1996. Da stand auch eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs auf der Tagesordnung, nachdem der NRW-Verfassungsgerichtshof zuvor die unterschiedliche Erfassung der Steuerkraft nach Einwohnerzahlen angezweifelt und ein Gutachter-Institut Empfehlungen zum gesamten Berechnungssystem vorgelegt hatten. Es ging nun um Hauptansatzstaffel, Schüleransatz, höhere Gewichtung von Arbeitslosigkeit beim Soziallastenansatz, Zentralitätsansatz. SPD und GRÜNE beantragten: „1996 wird ein voller Ausgleich systembedingter Verluste vorgenommen.“ Dazu wurden Zulagen „außerhalb des Schlüsselzuweisungssystems“ gewährt und im Rahmen der Zweckzuweisungen ein „Strukturfonds“ mit 50 Millionen Mark 1997 und mit je 100 Millionen Mark für die beiden Folgejahre ausgestattet. Auch die „Experimentierklausel“, mit der der Innenminister seit Ende der 11. Wahlperiode Kämmerern auf Antrag mehr Spielräume verschafft, sorgt nicht gerade für einen besseren Durchblick bei den Gemeindefinanzen.

Um Geld der Gemeinden ging es bereits 1995, als 21 NRW-Gemeinden eine Verfassungsbeschwerde gegen das neue Asylbewerberleistungsgesetz einlegten. Sie hiel-

ten die monatliche Pauschale von 675 Mark pro aufgenommenen ausländischen Flüchtling und 320 Mark pro Bürgerkriegsflüchtling für nicht mit der Verfassung vereinbar. Die Beschwerde wurde abgewiesen. Erfolglos kritisierte die Opposition auch die Erstattung der Kosten für abgelehnte Asylbewerber durch das Land für nur vier Monate, da die abgelehnten Asylbewerber in der Regel bis zu zwei Jahren in NRW blieben.

Direktwahl

Zu Beginn der 12. Wahlperiode legte die Landesregierung eine Gesetzesänderung vor, wonach Ausländer aus EU-Staaten bei Kommunalwahlen ihre Stimmen abgeben und sich an Bürgerbegehren beteiligen können. Der Landtag stimmte zu. Die „Unionsbürgerinnen und Unionsbürger“ konnten danach in NRW an den Kommunalwahlen im September 1999 erstmals teilnehmen. Aber nur 14 Prozent beteiligten sich an dieser Wahl. 1996 wurde auch das Wahlalter für Kommunalwahlen auf 16 Jahre abgesenkt.

Trotz aller parteipolitischen Differenzen rangen Koalitionsfraktionen und Oppositionsfraktion im Kommunalausschuss gemeinsam um „mehr Demokratie“ in der kommunalen Selbstverwaltung. Hatten CDU und GRÜNE in der 11. Wahlperiode der SPD die Abschaffung der „Doppelspitze“ in den Kommunen, Direktwahl der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte und niedrigere Hürden bei Bürgerbegehren abgerungen, so gelang es ihnen andererseits nicht, das Kumulieren und Panaschieren durchzusetzen. Doch kurz vor dem Ende der 12. Wahlperiode beschloss der Landtag die Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten auch bei Nachwahlen, nachdem die CDU mit einem Volksbegehren gedroht hatte. SPD und GRÜNE hatten es plötzlich sehr eilig, wozu eine Nachwahl in Köln beitrug. Die generelle Direktwahl trat bereits am 1. April 2000 in Kraft.

Die Hürden für Bürgerbegehren wurden abgesenkt. Der (hauptamtliche) Bürgermeister/Landrat erhielt das gleiche Stimmrecht wie die Ratsmitglieder. Nicht durchgesetzt hat sich die Opposition mit der Verlängerung der Amtszeit auf acht Jahre und mit ihrem Vorschlag, eine jährliche Einwohnerversammlung als Sollvorschrift festzulegen. Ihren größten Triumph feierte die CDU nach der Kommunalwahl 1999, als sie mehr als 50 Prozent der Stimmen bekam und 14 Großstädte „eroberte“. Dieser Erfolg hatte aber nach übereinstimmenden Kommentaren stark bundespolitische Ursachen.

Die Reiselust des Ausschusses für Kommunalpolitik war in der 12. Wahlperiode trotz intensiver Gesetzgebung nicht beeinträchtigt. In süddeutschen Städten und Kreisen informierte er sich über moderne Verwaltung und Bürgerbeteiligung. Wie in NRW, so verweilten sich in den letzten Jahren auch anderswo Städte und Kreise in „Unternehmen“, und der kommunale öffentliche Dienst wurde auf „Management“ getrimmt. Das „Unternehmen Stadt Passau“ stellte sich dem Ausschuss vor mit städtischen Dienstleistungen als „Produkten“ und Verwaltungskosten als Preisen. Vorläufiges Fazit in Passau: Die klassische Verwaltung arbeitet „noch“ besser als private Unternehmen, „wenn sie sich deren Methoden bedient“. Auch mit örtlichen Problemen befasste sich der Ausschuss für Kommunalpolitik. Im Heilbad Driburg in Ostwestfalen informierten sich die Abgeordneten über die Finanznot von Kurorten aufgrund des Bonner Sparpakets. Allerdings klagte der private Heilbad-Betreiber auch über das 25-Millionen-Geschenk des Ministerpräsidenten für den 50-jährigen Landesteil Lippe, das nur auf die zwei Staatsbäder verteilt worden sei. Das „Dienstleistungsunternehmen Kreis Lippe“ wurde besucht. In Bochum-Wattenscheid (80 000 Einwohner) und in Essen-Kettwig (18 200 Einwohner) hörte sich der Ausschuss die örtlichen Probleme seit der („Zwangs“-)Eingliederung an. Die beiden früher selbständigen Städte verlangten mittels Bürgerbegehren und bei einer Anhörung im Landtag die Rückkehr in die Selbständigkeit. Aber helfen konnte der Kommunalausschuss ihnen nicht. Einziges Resultat: Kettwig soll ein eigener Stadtbereich von Essen werden.

Informationsreisen

Im Juni 1997 reiste der Kommunalausschuss nach Skandinavien. In Schweden wurde er mit ähnlichen Kürzungen wie bei uns „in dem zum Teil überzogenen Sozialsystem“ konfrontiert, vor allem im Gesundheitswesen.

Im November 1998 stand europäische Nachbarschaft auf dem Programm, als der Kommunalausschuss den Kreis Euskirchen und belgische Nachbarorte in der „deutschsprachigen Gemeinschaft“ aufsuchte. In Großbritannien erfuhr der Ausschuss, dass dort die Kommunalverwaltung nicht verfassungsrechtlich geschützt ist, dass die Kommunen von London finanziell gleich ausgestattet werden und dass Schottland 1999 nach 300 Jahren erstmals wieder ein eigenes Parlament erhält.

1999 ging es wieder nach Süddeutschland. In München, Karlsruhe, Wiesbaden und Mainz interessierten sich die NRW-Kommunalpolitiker für Modelle der überörtlichen Gemeindeprüfung, auch durch Rechnungshöfe. Die Landesregierung beabsichtigte, in NRW dazu eine Landesanstalt zu gründen, um Kosten zu sparen und die Gemeindeprüfung effizienter zu gestalten.

Im Oktober 1999 informierte sich eine Kommission des Kommunalausschusses über Bürgerstiftungen in den Vereinigten Staaten von Amerika. Das Stiftungswesen ist in den USA ausgeprägt und wesentlicher Pfeiler kommunaler gemeinnütziger Aufgaben. Die NRW-Politiker liebäugeln angesichts der kommunalen Finanznot mit ähnlich großzügigen Spenden aus der Bürgerschaft. *mmg*



Bis zur Mitte der 12. Wahlperiode war Innenminister Franz-Josef Kniola (r.) im Amt und regelmäßiger Partner im Ausschuss für Kommunalpolitik, hier zusammen mit Staatssekretär Wolfgang Riotte. Foto: Schälte

Neu im Reigen der 23 Ausschüsse ist der Medienausschuss

Nach der Wahl des Ministerpräsidenten und seiner Vereidigung konstituierten sich die Ausschüsse des Landtags am 27. Juni nach einer Plenarsitzung. Auf Antrag der vier im Landtag vertretenen Fraktionen waren zuvor im Plenum drei Ausschüsse mit 25 Mitgliedern, sechs mit 23 Mitgliedern, fünf mit 19 Mitgliedern, jeweils drei mit 17 und 15 Mitgliedern sowie zwei mit 13 Mitgliedern bestellt worden. Der Ausschuss für Grubensicherheit hatte sich bereits am 2. Juni konstituiert. Neu im Reigen der Ausschüsse ist der Ausschuss 21, der Medienausschuss. Dagegen ist der Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform nicht mehr als eigenständiges Gremium vertreten. Seine Aufgaben werden künftig vom Ausschuss für Innere Verwaltung erledigt. In elf Ausschüssen stellt die SPD-Fraktion und in neun Ausschüssen die CDU-Fraktion die Vorsitzenden. Zwei Ausschüsse werden von FDP-Abgeordneten und ein Ausschuss von einer Parlamentarierin der GRÜNEN geleitet. Nachstehend die Namen der ordentlichen Ausschussmitglieder:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Vorsitzender: Champignon, Bodo, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Henke, Rudolf, CDU

SPD

Bischoff, Rainer Josef
Champignon, Bodo
Dedanwala, Vera
Gorcitza, Gabriele
Jäger, Ralf
Ley, Gisela
Meise-Laukamp, Ina
Scheffler, Michael Otto
Vöge, Horst
Werthmann, Ellen

CDU

Arentz, Hermann-Josef
Gemkow, Angelika
Henke, Rudolf
Jobi, Hagen Julius
Kölker, Wolfgang
Monheim, Ursula
Post, Norbert Johannes Jakob
Wilp, Josef
Zylajew, Willi

FDP

Dr. Dreckmann, Ute
Dr. Pavlik, Jana

GRÜNE

Hürten, Marianne
Steffens, Barbara

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik

Vorsitzende: Koczy, Ute, GRÜNE
Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Berger, Stefan Heinrich, CDU

SPD

Gasse, Heinz-Peter
von Grünberg, Bernhard
Jung, Karin
Kraft, Hannelore
Lagemann, Inge
Pazdziora-Merk, Jarka
Schwarz-Schumann, Helga
Sikora, Gabriele

CDU

Dr. Berger, Stefan Heinrich
Dietrich, Wolfgang
Einmahl, Rolf Stephan
Jobi, Hagen Julius
Jostmeier, Werner
Keller, Ilka
Lieven, Wilhelm

FDP

Brockes, Dietmar
Freimuth, Angela

GRÜNE

Koczy, Ute
Müller, Edith

Ausschuss für Frauenpolitik

Vorsitzende: Kieninger, Gerda, SPD
Stellvertretende Vorsitzende: Schwarz-Schumann, Helga, SPD

SPD

Altenkamp-Nowicki, Britta
Drewke, Renate
Gießelmann, Helga
Howe, Inge
Kieninger, Gerda
Scheffler, Michael Otto
Schwarz-Schumann, Helga

CDU

Appelt, Jutta
van Dinther, Regina
Doppmeier, Ursula
Dr. Eckhold, Heinz-Jörg
Fasse, Marie-Luise
Gemkow, Angelika

FDP

Capune-Kitka, Brigitte

GRÜNE

Hürten, Marianne

Ausschuss für Grubensicherheit

Vorsitzender: Budschun, Peter, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Pangels, Franz-Josef, CDU

SPD

Bischoff, Werner
Budschun, Peter
Roth, Wolfgang
Rusche, Karl-Heinz
Thulke, Jürgen
Vorpeil, Hans

CDU

Kölker, Wolfgang
Kollorz, Fritz
Kordowski, Gabriele
Pangels, Franz-Josef
Wischemann, Barbara

GRÜNE

Sagel, Rüdiger

FDP

Ellerbrock, Holger

Hauptausschuss

Vorsitzender: Moron, Edgar, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Klose, Hans-Ulrich

SPD

Danner, Dorothee
Dedanwala, Vera
Frey, Hans
Gatter, Stephan
Gödecke, Carina
Moron, Edgar
Talhorst, Elke
Walsken, Ernst-Martin

CDU

Diegel, Helmut
Hardt, Heinz
Hegemann, Lothar
Jostmeier, Werner
Dr. Klose, Hans-Ulrich
Dr. Rüttgers, Jürgen

GRÜNE

Löhrmann, Sylvia

FDP

Möllemann, Jürgen W.
Thomann-Stahl, Marianne

Haushalts- und Finanzausschuss

Vorsitzender: Klein, Volkmar, CDU
Stellvertretende Vorsitzende: Walsken, Gisela, SPD

SPD

Garbrecht, Günter
Groschek, Michael
Mierbach, Irmgard
Niggeloh, Lothar
Nowack, Willi
Rüther, Norbert
Siekmann, Erwin
Strehl, Klaus
Talhorst, Elke
Walsken, Ernst-Martin
Walsken, Gisela

CDU

Breuer, Michael Thomas
Diegel, Helmut
Dietrich, Wolfgang
Klein, Volkmar
Luckey, Manfred
Post, Norbert Johannes Jakob
Schittges, Winfried
Seel, Rolf
Stahl, Helmut

GRÜNE

Müller, Edith
Sagel, Rüdiger

FDP

Freimuth, Angela
Dr. Grüll, Stefan M.
Dr. Wolf, Ingo

Ausschuss für Haushaltskontrolle

Vorsitzender: Seel, Rolf, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Rüther, Norbert, SPD

SPD

Drese, Wolfgang
Groschek, Michael
Mierbach, Irmgard
Niggeloh, Lothar
Rüther, Norbert
Tausch, Cornelia

CDU

Breuer, Michael Thomas
Britz, Franz-Josef
Hüsken, Wolfgang
Luckey, Manfred
Seel, Rolf

GRÜNE

Müller, Edith

FDP

Dr. Jordan, Jens

Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

Vorsitzender: Stallmann, Klaus-Dieter, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Brendel, Karl Peter, FDP

SPD

Baranowski, Frank
Bolte, Ursula
Drewke, Renate
von Grünberg, Bernhard
Jentsch, Jürgen
Krings, Hans
Lenz, Friedhelm
Meinecke, Hans-Peter

FDP

Brendel, Karl Peter
Engel, Horst

CDU

Brakensiek, Tanja
Dr. Droste, Wilhelm
Dr. Franke,
Hans-Joachim Joseph
Kress, Karl Hugo
Kruse, Theo
Stallmann, Klaus- Dieter
Wirtz, Axel

GRÜNE

Düker, Monika
Groth, Ewald

Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

Vorsitzende: Krauskopf, Annegret, SPD
Stellvertretende Vorsitzende: Stotz, Marlies, SPD

SPD

Altenkamp-Nowicki, Britta
Breitbach-Schwarzlose,
Annette
Drewke, Renate
Flessenkemper, Bernd
Haseloh, Karl-Heinz
Krauskopf, Annegret
Speth, Brigitte
Stotz, Marlies

FDP

Lindner, Christian
Dr. Orth, Robert

CDU

Appelt, Jutta
van Dinther, Regina
Kastner, Maria-Theresia
Kufen, Thomas Markus
Mahlberg, Thomas
Rüsenberg, Antonius
Tenhumberg, Bernhard

GRÜNE

Düker, Monika
Koczy, Ute

Ausschuss für Kommunalpolitik

Vorsitzender: Thulke, Jürgen, SPD
Stellvertretende Vorsitzende: Brunert-Jetter, Monika, CDU

SPD

Bolte, Ursula
Budschun, Peter
Dr. Horstmann, Axel
Jäger, Ralf
Kessel, Dietrich
Meinecke, Hans-Peter
Nießen, Hildegard
Siekman, Erwin
Thulke, Jürgen
Wirtz, Heinz

FDP

Rasche, Christof
Dr. Wolf, Ingo

CDU

Biesenbach, Peter Klaus
Britz, Franz-Josef
Bruntert-Jetter, Monika
Lindlar, Hans Peter
Palmen, Manfred
Schittges, Winfried
Schmitz, Wolfgang
Sendker, Reinhold Max
Wilp, Josef

GRÜNE

Düker, Monika
Groth, Ewald

Kulturausschuss

Vorsitzende: Dr. Düttmann-Braun, Renate, CDU
Stellvertretende Vorsitzende: Capune-Kitka, Brigitte, FDP

SPD

Böcker, Manfred
Dr. Brunemeier, Bernd
Gawlik, Oda-Gerlind
Kever-Henseler, Annelie
Nell-Paul, Claudia
Pazdziora-Merk, Jarka
Werner, Wolfgang Walter

FDP

Capune-Kitka, Brigitte

CDU

Blömer, Richard
Brakensiek, Tanja
Dr. Düttmann-Braun, Renate
Hinnemann, Gisela
Palmen, Manfred
Solf, Michael-Ezzo

GRÜNE

Keymis, Oliver

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Vorsitzende: Fasse, Marie-Luise, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Scholz, Georg, SPD

SPD

Bolte, Ursula
Hafke, Hans Günter
Haseloh, Karl-Heinz
Körfges, Hans-Willi
Milles, Hans-Peter
Rusche, Karl-Heinz
Schmid, Irmgard
Dr. Scholz, Georg

FDP

Becker, Felix
Dr. Romberg, Stefan

CDU

Fasse, Marie-Luise
Jülich, Urban-Josef
Lieven, Wilhelm
Ortgies, Friedhelm Heinrich
Pick, Clemens
Sendker, Reinhold Max
Uhlenberg, Eckhard

GRÜNE

Priggen, Reiner
Remmel, Johannes

Ausschuss für Migrationsangelegenheiten

Vorsitzende: Altenkamp-Nowicki, Britta, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Große Brömer, Wolfgang, SPD

SPD

Altenkamp-Nowicki, Britta
Bischoff, Rainer Josef
Dedanwala, Vera
Gawlik, Oda-Gerlind
Große Brömer, Wolfgang
Krauskopf, Annegret

FDP

Dr. Dreckmann, Ute

CDU

Appelt, Jutta
Jobi, Hagen Julius
Kufen, Thomas Markus
Solf, Michael-Ezzo
Zylajew, Willi

GRÜNE

Steffens, Barbara

Petitionsausschuss

Vorsitzende: Wischermann, Barbara, CDU
Stellvertretende Vorsitzende: Herrmann, Brigitte, GRÜNE

SPD

Danner, Dorothee
Dirx, Axel
Gorcitza, Gabriele
Howe, Inge
Kann, Charlotte
Kramps, Wilfried
Lagemann, Inge
Lenz, Friedhelm
Ley, Gisela
Stotz, Marlies
Wirth, Gerhard Walter

FDP

Dr. Papke, Gerhard
Schultz-Tornau, Joachim
Witzel, Ralf

CDU

Dr. Berger, Stefan Heinrich
Dietrich, Wolfgang
Kölker, Wolfgang
Milz, Andrea
Schlebusch, Hans-Martin
Schulte, Bernd
Siepenkothen, Anne Hanne
Thiede, Dietrich
Wischermann, Barbara

GRÜNE

Groth, Ewald
Herrmann, Brigitte

Rechtsausschuss

Vorsitzender: Dr. Orth, Robert, FDP
Stellvertretender Vorsitzender: Professor Dr. Bollermann, Gerd, SPD

SPD

Baranowski, Frank
Prof. Dr. Bollermann, Gerd
Brunn, Anke
von Grünberg, Bernhard
Jentsch, Jürgen
Körfges, Hans-Willi
Sichau, Frank
Sieg, Gunther

FDP

Dr. Orth, Robert
Söffing, Jan

CDU

Biesenbach, Peter Klaus
Dr. Droste, Wilhelm
Einmahl, Rolf Stephan
Dr. Hahn, Rolf
Lux, Rainer
Schmitz, Wolfgang

GRÜNE

Herrmann, Brigitte

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Vorsitzender: Dr. Eckhold, Heinz-Jörg, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Frey, Hans, SPD

SPD
Breitbach-Schwarzlose,
Annette
Degen, Manfred
Frey, Hans
Große Brömer, Wolfgang
Jung, Karin
Roth, Wolfgang
Schäfer, Ute
Speth, Brigitte
Werner, Wolfgang Walter

CDU
Doppmeier, Ursula
Dr. Eckhold, Heinz-Jörg
Kaiser, Klaus
Kastner, Maria-Theresia
Ley, Marie-Theres
Recker, Bernhard
Reul, Herbert
Schlebusch, Hans-Martin
Solf, Michael-Ezzo

GRÜNE
Löhrmann, Sylvia
Dr. Seidl, Ruth Katharina

FDP
Pieper von Heiden, Ingrid
Witzel, Ralf

Sportausschuss

Vorsitzende: Hinnemann, Gisela, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Kraft, Hans, SPD

SPD
Budschun, Peter
Dr. Freimuth, Frank
Kann, Charlotte
Kever-Henseler, Annelie
Dr. Kraft, Hans
Meise-Laukamp, Ina
Roth, Wolfgang
Schmeltzer, Rainer

CDU
Hinnemann, Gisela
Reul, Herbert
Dr. Schrap, Annemarie
Siepenkothen, Anne Hanne
Stallmann, Klaus-Diether
Wirtz, Axel

GRÜNE
Groth, Ewald

FDP
Lindner, Christian
Pieper von Heiden, Ingrid

Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen

Vorsitzende: Walsken, Gisela, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Sahnen, Heinrich, CDU

SPD
Feuster, Edmund
Garbrecht, Günter
Hilser, Dieter
Kramps, Wilfried
Milles, Hans-Peter
Reinecke, Donata
Röken, Wolfgang
Dr. Scholz, Georg
Walsken, Gisela
Werthmann, Ellen

CDU
Blömer, Richard
Hüsken, Wolfgang
Kaiser, Klaus
Kufen, Thomas Markus
Lorth, Gerhard
Sahnen, Heinrich
Schemmer, Bernhard
Schulte, Bernd
Weisbrich, Christian Michael

GRÜNE
Eichenseher, Peter
Dr. Rommelspacher, Thomas

FDP
Brendel, Karl Peter
Engel, Horst

Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung

Vorsitzender: Strehl, Klaus, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Schulte, Hubert, CDU

SPD
Dr. Brunemeier, Bernd
Danner, Dorothee
Flessenkemper, Bernd
Gatter, Stephan
Gorcitza, Gabriele
Dr. Kasperek, Bernhard
Kieninger, Gerda
Krings, Hans
Sieg, Gunther
Strehl, Klaus

CDU
Klein, Volkmar
Kress, Karl Hugo
Kruise, Heinrich
Lindlar, Hans Peter
Ortgies, Friedhelm Heinrich
Pick, Clemens
Sahnen, Heinrich
Dr. Schrap, Annemarie
Schulte, Hubert

GRÜNE
Priggen, Reiner
Remmel, Johannes

FDP
Ellerbrock, Holger
Professor Dr. Wilke, Friedrich

Verkehrsausschuss

Vorsitzender: Hemmer, Manfred, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Langen, Günter, CDU

SPD
Drese, Wolfgang
Feuster, Edmund
Fuß, Hardy
Haseloh, Karl-Heinz
Hemmer, Manfred
Hilser, Dieter
Kann, Charlotte
Moritz, Hans-Dieter
Röken, Wolfgang
Wirth, Gerhard Walter
Wirtz, Heinz

CDU
Fasse, Marie-Luise
Dr. Hahn, Rolf
Hardt, Heinz
Kordowski, Gabriele
Langen, Günter
Lorth, Gerhard
Pangels, Franz-Josef
Schemmer, Bernhard
Wächter, Gerhard

GRÜNE
Eichenseher, Peter
Keymis, Oliver

FDP
Brockes, Dietmar
Rasche, Christof
Thomann-Stahl, Marianne

Medienausschuss

Vorsitzende: Nell-Paul, Claudia, SPD
Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Brinkmeier, Michael Josef, CDU

SPD
Brunn, Anke
Eumann, Marc Jan
Dr. Freimuth, Frank
Kraft, Hannelore
Nell-Paul, Claudia
Schäfer, Ute
Schmeltzer, Rainer

CDU
Arentz, Hermann-Josef
Brakensiek, Tanja
Dr. Brinkmeier, Michael Josef
Hegemann, Lothar
Jostmeier, Werner
Uhlenberg, Eckhard

GRÜNE
Keymis, Oliver

FDP
Dr. Grüll, Stefan M.

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Vorsitzender: Dr. Linssen, Helmut, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Vorpeil, Hans, SPD

SPD
Bischoff, Werner
Professor Dr. Bollermann, Gerd
Dirx, Axel
Eumann, Marc Jan
Gasse, Heinz-Peter
Gießelmann, Helga
Rusche, Karl-Heinz
Schmid, Irmgard
Sikora, Gabriele
Vorpeil, Hans

CDU
Dr. Brinkmeier, Michael Josef
Brüning, Hannelore
Kollorz, Fritz
Dr. Linssen, Helmut
Meyer, Laurenz
Milz, Andrea
Schulte, Hubert
Tenhumberg, Bernhard
Weisbrich, Christian Michael

GRÜNE
Priggen, Reiner
Sagel, Rüdiger

FDP
Dr. Jordan, Jens
Dr. Papke, Gerhard

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

Vorsitzender: Schultz-Tornau, Joachim, FDP
Stellvertretende Vorsitzende: Reinecke, Donata, SPD

SPD
Böcker, Manfred
Professor Dr. Bollermann, Gerd
Gawlik, Oda-Gerlind
Kessel, Dietrich
Dr. Kraft, Hans
Nell-Paul, Claudia
Reinecke, Donata
Tausch, Cornelia

CDU
Dr. Düttmann-Braun, Renate
Dr. Franke,
Hans-Joachim Joseph
Henke, Rudolf
Dr. Klose, Hans-Ulrich
Kuhmichel, Manfred
Ley, Marie-Theres
Stahl, Helmut

FDP
Schultz-Tornau, Joachim
Professor Dr. Wilke, Friedrich

GRÜNE
Dr. Rommelspacher, Thomas
Dr. Seidl, Ruth Katharina

Trauer bei den Mitgliedern des Landtags

Langjähriger Finanzminister gestorben

Heinz Schleußer (SPD), früherer nordrhein-westfälischer Finanzminister, ist am 12. Juli nach langer schwerer, mit großer Tapferkeit ertragener Krankheit im Alter von 64 Jahren gestorben. Große Trauer und Bestürzung löste bei den Mitgliedern des Landtags Nordrhein-Westfalen die Nachricht vom Tod des langjährigen Landtagsmitglieds und Staatsministers a. D. aus.

Heinz Schleußer wurde am 20. April 1936 in Oberhausen geboren. Nach einer Facharbeiterausbildung war er als Betriebschlosser in der Hüttenwerk Oberhausen AG beschäftigt. Als überzeugter Gewerkschafter trat er stets für Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit ein. Von 1969 bis 1988 gehörte er dem Rat der Stadt Oberhausen an. Über zehn Jahre führte er als Vorsitzender dort die SPD-Ratsfraktion. In einem Nachruf machte Landtagspräsident Ulrich Schmidt darauf aufmerksam, dass Heinz Schleußer fünfmal in seinem Wahlkreis Oberhausen direkt in den Landtag gewählt worden sei und diesem von 1975 bis 2000 angehört habe. Von 1988 bis 2000 sei Heinz Schleußer Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen gewesen. Er habe das Land im Bundesrat von 1990 bis zum Jahr 2000 vertreten.

Wörtlich stellte der Präsident fest: „Heinz Schleußer machte sich schon früh einen Namen als finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und er erlangte bundesweite Bekanntheit und Bedeutung als Finanzminister.“ Der gelernte Schlosser löste 1988 Diether Posser ab, der dem Finanzressort zehn Jahre vorgestanden

hatte. Heinz Schleußer, der das Scheinwerferlicht nicht suchte, war ein Mann des Reviers. Von 1963 bis 1969 war er freigestelltes Betriebsratsmitglied bei der Hüttenwerk Oberhausen AG und wurde anschließend zum ersten Bevollmächtigten in der Revierstadt Oberhausen gewählt. Der 1957 in die SPD eingetretene Sozialdemokrat war von 1982 bis 1998 Vorsitzender des einflussreichen SPD-Bezirks Niederrhein. Die Berufung zum Finanzminister begründete der damalige Ministerpräsident Johannes Rau bei Heinz Schleußers Ernennung mit dessen Kenntnisreichtum und mit dessen Standfestigkeit.

Als Finanzminister und jahrelanger Vorsitzender des Vorstandes der Tarifgemeinschaft deutscher Länder erlangte er bundespolitischen Einfluss weit über die Grenzen seiner Partei hinaus. Seine Arbeit war geprägt von großer Ernsthaftigkeit, Geradlinigkeit und Zielstrebigkeit.

Ulrich Schmidt schloss: „Wir haben Heinz Schleußer als unerschütterlichen Verfechter der Interessen der Menschen des Reviers und als durchsetzungsfähigen Minister lebhaft in Erinnerung. Wir werden ihm ein ehrendes Gedächtnis bewahren. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt seiner Frau und seinen fünf Kindern.“

Heinz Schleußer wurde am 19. Juli in seiner Heimatstadt Oberhausen auf dem Friedhof Elpenbachstraße beigesetzt. Neben der Familie gaben unter anderem Bundespräsident Johannes Rau und NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement dem langjährigen politischen Weggefährten das Geleit. Der Essener Weihbischof Franz Grave würdigte Schleußer in



Heinz Schleußer (SPD)

seiner Predigt als „Mann des Ruhrgebiets“, der als „Politiker im großen ein Anwalt der Kleinen geblieben“ sei.

Tod durch die Spätfolgen eines Unfalls

Sigrid Klösge's' Loyalität geschätzt

Die SPD-Abgeordnete Sigrid Klösge aus Krefeld ist gestorben. Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat in einem Nachruf der Bestürzung im Landtag Ausdruck gegeben.

Der Nachruf hat folgenden Wortlaut: „Große Trauer hat bei den Mitgliedern des Landtags Nordrhein-Westfalen die Nachricht vom Tod der Landtagsabgeordneten Sigrid Klösge ausgelöst, die im Alter von 62 Jahren in ihrer Heimatstadt Krefeld, der Stadt ihres langjährigen Wirkens, verstorben ist. Sigrid Klösge verstarb an den Spätfolgen eines schweren Unfalls, den sie kurz vor der Landtagswahl erlitten hatte und dessen Auswirkungen sie tapfer bekämpft hatte, sodass ihre Genesung erwartet werden konnte.“

Die Abgeordnete wurde zweimal direkt in den Landtag Nordrhein-Westfalen gewählt und gehörte ihm seit dem 1. Juni 1995 an. Sie war von 1995 bis 1998 ordentliches Mitglied des Ausschusses für Frauenpolitik und des Ausschusses für Schule und Wei-

terbildung. Seit 1998 war sie ordentliches Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, und sie engagierte sich im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss IV der letzten Legislaturperiode.

Ihr Herz hing jedoch besonders an der Kommunalpolitik. Sie war seit 1984 Mitglied des Rates der Stadt Krefeld und seit 1998 stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion und Vorsitzende des Schulausschusses des Rates.

Die Sozialdemokratin Sigrid Klösge, die als Berufsbezeichnung für den Landtag ihre Arbeit als Hausfrau angab, war im größten Teil ihres Berufslebens als selbstständige Generalagentin eines Versicherungsunternehmens tätig. Sie setzte Zeichen durch unermüdlichen Einsatz auf kommunaler Ebene und in der Landespolitik, ohne sich ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu drängen. Ihre Fraktionskollegen schätzten ihr freundliches Wesen und ihre Loyalität gegenüber den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, deren Interessen sie vertrat.



Sigrid Klösge (SPD)

Der Landtag Nordrhein-Westfalen wird ihr ein ehrendes Gedenken bewahren. Sein tief empfundenes Mitgefühl gilt ihrem Ehemann, ihren Kindern und ihrer ganzen Familie.“

Hagel hat den Obstbauern arg zugesetzt

Obstbau dient in Nordrhein-Westfalen nicht nur Landwirten als Erwerbsquelle, er stellt auch „eine kleinflächige, aber regional doch bedeutsame Bereicherung der Landschaften dieses Bundeslandes dar“, wie der FDP-Abgeordnete Felix Becker bei der Beratung eines Antrages seiner Fraktion formulierte. Der Feind des Obstbaus aber ist der Hagel. Der FDP-Politiker Becker, selbst Landschaftsarchitekt, erinnerte daran, dass die Hagelschadenproblematik der Landesregierung bekannt sei. Staatssekretär Dr. Griese habe im Landwirtschaftsausschuss Prüfung zugesagt. Die FDP aber wollte mehr, sie wollte Beschleunigung. Becker wörtlich: „Ein Hagelversicherungszuschuss ist zur Sicherung des Erwerbsobstbaus in Nordrhein-Westfalen erforderlich.“ Da nach seiner Ansicht sich das Thema statt zu einer langwierigen politischen eher zu einer praktischen Betrachtungsweise eignet, hatte er der zuständigen Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) einen Korb mit nordrhein-westfälischem Obst mitgebracht, was den amtierenden Präsidenten Laurenz Meyer zu der Bemerkung veranlasste: „Frau Höhn, ich glaube, Geschenke in dieser Größenordnung dürfen Sie annehmen.“

Die SPD-Abgeordnete Irmgard Schmid merkte an: „In vielen Bereichen ist Nordrhein-Westfalen paradiesisch, auch wenn es manchmal mit den Finanzen nicht so gut bestellt ist. Aber ich glaube, die Menschen leben hier ganz gut.“ An einem konkreten Beispiel machte sie deutlich, warum es bei der Hagelproblematik geht. Nach ihrem Bericht ging am 3. Juli ein Hagelunwetter bisher unbekanntes Ausmaßes auf die Obstanbauflächen im größten Obstanbaugebiet Nordrhein-Westfalens nieder. In den Gemeinden Meckenheim und Rheinbach wurde nicht



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) hat am 30. August die Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Gabriele Behler (SPD, l.), mit Handschlag als neue Abgeordnete des Landtags verpflichtet. Frau Behler aus Bielefeld ist mit Wirkung vom 20. Juli 2000 als Nachfolgerin der verstorbenen Abgeordneten Sigrid Klösges (SPD) Mitglied des Landtags. Foto: Schälte

nur die Ernte vernichtet, auf 500 ha Flächen wurden auch die Gehölze derart geschädigt, dass hier voraussichtlich Neupflanzungen erforderlich sein werden. In dem Antrag der FDP im Agrarbereich sah Frau Schmid „einen wohltuend konstruktiven Beitrag einer Oppositionspartei“. Sie folgerte: „Selbstverständlich müssen wir alles tun, um den betroffenen Landwirten zu helfen.“ Den Obstbauern im Land hat der Hagel in diesem neuen Jahrhundert offensichtlich schon arg zugesetzt. Der CDU-Abgeordnete Urban-Josef Jülich, Landwirtschaftsmeister aus Euskirchen, erwähnte, nicht nur in Meckenheim, auch in einer Region im Vorgebirge habe es extreme Hagelschläge ge-

geben, insgesamt wohl drei. In der Tat seien Betriebe in ihrer Existenz bedroht. Aber er wollte für Naturgewalten nicht die zuständige Ministerin haftbar machen. Jülich gut gelaut: „Wenn wir eine Ministerin für die Hagelschläge verantwortlich machen, dann müssten wir sie, nämlich Frau Höhn, auch für das schöne Wetter verantwortlich machen. Da kämen wir schon in Zwänge.“ Der Landtag reagierte mit Heiterkeit. Der CDU-Abgeordnete verwies darauf, es gehe nicht nur um Vernichtung von Ernteerträgen, sondern um Baum- und Rindenschäden, die nachhaltig seien.

Der GRÜNE-Abgeordnete Reiner Priggen machte auf ein Dilemma aufmerksam. Von 40 am 3. Juli betroffenen Betrieben seien nur sieben versichert gewesen. Als Grund nannte er die zu hohen Versicherungsprämien. Sie betrügen zwischen 15 und 20 Prozent der Schadenssumme. In anderen europäischen Ländern sei die Situation anders. Dort gebe es EU-notifizierte staatliche Beihilfen zu Ernteversicherungssystemen. Dort seien dann 90 Prozent der Betriebe versichert. Damit sei natürlich der Versicherungsbeitrag der Betriebe wesentlich geringer.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn griff auf, was angesprochen wurde: Dass diese Versicherungen sehr teuer sind und sich deshalb für die Betroffenen in der Regel nicht rentieren. Die Ministerin: „Sie fressen einen so großen Teil des Gewinnes auf, dass man unter diesen Bedingungen nicht mehr betriebswirtschaftlich arbeiten kann.“ Deshalb habe die Landesregierung mehrere Maßnahmen getroffen: „Wir versuchen kurzfristig zu helfen über erforderliche Investitionsmaßnahmen, insbesondere was Neupflanzungen der Bäume angeht. Wir versuchen, die Voraussetzungen für Landesbürgschaften zu schaffen. Wir reden mit den Finanzbehörden wegen Steuerstundungen. Und wir versuchen darüber hinaus, alle Maßnahmen, die möglich sind, kurzfristig einzuleiten.“



Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Joachim Erwin (l.), hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) einen Antrittsbesuch abgestattet. Foto: Müller

Einsatz von Grundschullehrern an Hauptschulen Bezirksregierung Köln startet Versuch

An Hauptschulen sollen künftig erstmalig Lehrerinnen und Lehrer eingesetzt werden, die für die Primarstufe ausgebildet worden sind.

Das bestätigt die Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung, Gabriele Behler (SPD), in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Michael-Ezzo Solf. Nach Angaben des CDU-Politikers will die Bezirksregierung erstmals in den Klassen 5 bis 7 der Hauptschule Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer einsetzen. Der Abgeordnete führt in seiner Anfrage aus, dem Vernehmen nach solle ein entsprechendes Angebot durch die Zusage einer vollen Stelle und der Verbeamtung

schmackhaft gemacht werden. Er will dann wissen, ob ein solches Vorgehen der Bezirksregierung Köln mit dem Schulministerium abgestimmt sei.

Die Ministerin beantwortet die Frage mit einem klaren Ja. Sie rechnet allerdings nach dem derzeitigen Verfahrensstand mit sehr niedrigen Bewerbungszahlen. Auch Solf's Frage, ob die Grundschullehrerinnen und -lehrer methodisch und didaktisch für den Einsatz in der Hauptschule ausgebildet seien, bejaht Frau Behler. Ungeachtet dessen sollen Primarstufenlehrkräfte, die ein Einstellungsangebot für die Hauptschule auf freiwilliger Basis annehmen, für das neue Aufgabenfeld fortgebildet werden (Drs. 13/55).

Personalie

Roberto Ciulli, Leiter des Mülheimer Theaters an der Ruhr, erhält den diesjährigen Großen Kulturpreis der „Sparkassenstiftung zur Förderung rheinischen Kulturguts“. Der mit 60 000 Mark dotierte Preis wird dem 66 Jahre alten Philosophen und Theaterchef am 29. Oktober im Rahmen einer Matinee in seinem Theater am Raffelberg in Mülheim verliehen. Mit der Auszeichnung soll nach Angaben des Rheinischen Sparkassenverbandes Ciulli für sein humanistisches Engagement und künstlerisches Schaffen geehrt werden. Ciulli fühle sich dem Austausch „mit Theatern der ganzen Welt“ verpflichtet. Sein Theater hatte als erste Spielstätte 1994 eine Koproduktion mit einem türkischen Theater realisiert. Roberto Ciulli begrüßte, dass gerade jetzt, wo das Thema Gewalt gegenüber Ausländern aktuell sei, die symbolische Wirkung der Arbeit seines Theaters anerkannt werde.

Krankenhäuser sollen für Transplantationen Organspender melden

In Nordrhein-Westfalen ist die Gesamtzahl der Transplantationen seit 1994 von 643 auf 794 im Jahr 1998 angestiegen und stagnierte auf diesem Niveau mit 792 Transplantationen im Jahr 1999. Darauf verweist Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Rudolf Henke, die er unter die Überschrift „Welche Maßnahmen plant Nordrhein-Westfalen zur Steigerung der Anzahl von Organplantationen?“ gestellt hatte. Frau Fischer berichtet, dass im vergangenen Jahr 456 Nierentransplantationen, 159 Lebertransplantationen, 121 Herztransplantationen, 49 Transplantationen der Bauchspeicheldrüse und sieben Lungentransplantationen vorgenommen worden seien. Insbesondere bei Nierentransplantationen gewinne die Lebendspende zunehmend an Bedeutung. Seit der Einrichtung einer Landeskommision für die Organspende durch lebende Spender Ende letzten Jahres seien in der Zeit vom 1. Dezember 1999 bis 31. Mai 2000 in NRW bereits 35 Nieren von lebenden Spendern transplantiert worden. Es sei auch im Hinblick auf entsprechende bundesweite Tendenzen zu erwarten, dass sich diese positive Entwicklung fortsetze. Auf die Frage Henkes, welche Möglichkeiten die Landesregierung sehe, die Kluft zwischen der Anzahl benötigter Organe und tatsächlich durchgeführter Transplantationen zu verringern, antwortet die Ministerin, neben einer intensiven Aufklärung und sachlichen Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung der Organspendebereitschaft in der Bevölkerung halte die Landesregierung zur Steigerung der Anzahl von Organtransplantationen vor allem Maßnahmen für erforderlich, die zu einer erhöhten Bereitschaft der Krankenhäuser führten, zukünftig vermehrt potenzielle Organspender zu melden und verstärkt mit den Transplantationszentren zusammenzuarbeiten. Hierzu sei bereits die Einrichtung einer Organisationszentrale der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) zum 1. Oktober 1999 ein wichtiger Schritt gewesen (Drs. 13/60).



Kirchen in Ostpreußen sind nicht vergessen

Die Fotoausstellung „Vergessene Kultur – Kirchen in Nord-Ostpreußen“ hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) am 30. August in der Wandelhalle des Landtags eröffnet. Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit zwischen der Ost-Akademie Lüneburg und dem russischen Fotografen Anatolij Bachtin. Der Präsident verwies in seiner Ansprache darauf, es sei die zweite Ausstellung, die in der noch jungen 13. Wahlperiode im Landtag Nordrhein-Westfalen gezeigt werde. Sie befasse sich mit einem Thema, das zwar auf den ersten Blick keine unmittelbare Verbindung zum Land Nordrhein-Westfalen habe. Aber die Zeiten der Abschottung durch Grenzen seien spätestens mit dem europäischen Einigungsprozess und dem Fall des Eisernen Vorhangs obsolet. Die Länder seien längst nicht mehr Stiefkinder in der europäischen Familie, sondern mischten sich erfolgreich ein, auch in die europäische Kulturpolitik. Die Ausstellung erinnere an europäisches Kulturgut, was lange Jahre vergessen gewesen sei und sich deshalb am Rande der baulichen Zerstörung befinde. Die Ausstellung zeige Kirchen in Nord-Ostpreußen, also des Königsberger Gebietes und heutigen Kaliningrads. Heute seien die meisten der über 200 sakralen Bauten Ruinen oder von Verfall bedroht. Obwohl viele von ihnen den Zweiten Weltkrieg relativ unbeschadet überstanden hätten, habe die jahrzehntelange Zweckentfremdung, so die Nutzung als Scheunen oder Lagerhäuser, aber auch das Fehlen jeglicher Instandhaltung, für viele Kirchen das Aus bedeutet. Der Fotograf Anatolij Bachtin habe es sich schon in früher Kindheit zur Aufgabe gemacht, die Schicksale der ostpreußischen Kirchen zu dokumentieren. So sei im Laufe der Jahre eine einzigartige Dokumentation entstanden. Der Präsident betonte, die Wanderausstellung zeige neben einer erschütternden Bilanz auch hoffnungsvolle Beispiele des Bemühens von Russen und Deutschen um die Erhaltung von Kirchen dieser alten europäischen Kulturlandschaft. „Ich bin außerordentlich erfreut, dass es Bemühungen gibt, vergessenes Kulturgut, nicht nur in Erinnerung zu rufen, sondern mitzuhelfen, die ursprüngliche Nutzung wieder herzustellen, zum Beispiel Kirchen wieder zu Gotteshäusern zu machen“, stellte Ulrich Schmidt fest. Es sei ein ermutigendes Zeichen, dass inzwischen in 22 Kirchen wieder orthodoxer Gottesdienst stattfindet. Nach den einleitenden Worten des Präsidenten führte Dr. Gerhard Dolieson (l.) von der Ost-Akademie Lüneburg in die Ausstellung ein. Foto: Schälte

Die Mitgliederversammlung der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen e. V. hat am 29. Juni den Vorstand neu gewählt. Neuer Vorsitzender ist der ehemalige NRW-Minister für Wissenschaft und Forschung und spätere Justizminister Dr. Rolf Krumsiek. Die bisherige langjährige Vorsitzende, die ehemalige Justizministerin Inge Donnepp, wurde zur Ehrenvorsitzenden gewählt.

Stellvertretende Vorsitzende sind nun die ehemaligen Abgeordneten Herbert Faust und Dr. Fritz Bergmann. Zum Schatzmeister wurde Lukas Schaa und zum Schrift- und Geschäftsführer Horst Sommerfeld gewählt, der auch darauf hinwies, dass seit der letzten Landtagswahl bereits 38 ausgeschiedene Abgeordnete der Vereinigung beigetreten seien. Beisitzer sind Hildegard Matthäus, Karl-Ernst Strothmann, Dr. Hubert Türk, Hermann Kampmann, Erwin Pfänder, Erika Rothstein und Hans-Joachim Kuhl. Zu Revisoren wurden Manfred Ludwig Mayer, Karl Knipschild und Werner Kirstein bestimmt.

Stimmberechtigt waren 68 ehemalige Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Sämtliche Wahlgänge erfolgten ohne Gegenvorschläge und ohne geheime Wahl. Die per Akklamation durchgeführten Wahlgänge erbrachten jeweils ein einstimmiges Ergebnis. Der neue Vorsitzende, Staatsminister a. D. Dr. Rolf Krumsiek, bedankte sich für das ihm erwiesene Vertrauen und gab seinen Dank mit einem Blumenstrauß weiter an die bisherige Vorsitzende Inge Donnepp und an den bis dato stellvertretenden Vorsitzenden Eberhard Ullrich für deren geleistete Arbeit.

Die Versammlung hatte im Beisein von Landtagspräsident Ulrich Schmidt begonnen. Im Namen der Vereinigung bedankte sich die noch amtierende Vorsitzende Inge Donnepp bei ihm für seine Unterstützung der Vereinigung. Ihr Dank ging auch an die Landtagsverwaltung. Anschließend gedachten die ehemaligen Abgeordneten ihrer verstorbenen Kollegen und Kolleginnen. Präsident Ulrich Schmidt hieß in einem Grußwort die anwesenden Mitglieder ebenfalls willkommen und sagte für die kommenden Jahre Unterstützung zu. In seiner Ansprache würdigte der Landtagspräsident die Aktivitäten der Vereinigung für ehemalige Abgeordnete und die jahrelange Arbeit der bisherigen Vorsitzenden Inge Donnepp. Ferner äußerte er sich zur Parlamentsarbeit in der 13. Legislaturperiode sowie zum Umbau des alten Landtags.

In ihrem Rückblick, der die Zeit vom 26. Juni 1995 bis zum 29. Juni 2000 umfasste, berichtete die scheidende Vorsitzende, dass die Vereinigung zur Zeit 280 Mitglieder habe. In der abgelaufenen Wahlperiode hätten 34 Vorstandssitzungen und 23 Mitgliederversammlungen stattgefunden. In den Mitgliederversammlungen, die der politischen Information gedient hätten, hätten unter anderem der jetzige Bundespräsident Johannes Rau, der Finanzminister a. D. Dr. Diether Posser, Staatssekretäre, Fraktionsvorsitzende und ein Vorstandsmitglied des Sparkassen- und Giroverbandes referiert. Es seien aktuelle Fragen der Landespolitik, der Koalition in NRW, der Renten, der Einführung des Euro, der Braunkohlensituation und Fragen des Staatsbades Oeynhausen

Mitgliederversammlung der ehemaligen Abgeordneten Vorsitzende Inge Donnepp mit Dank und Blumen vom Amt verabschiedet



Der Vorstand der Vereinigung im Bild: v. r. Dr. Fritz Bergmann, Hermann Kampmann, Horst Sommerfeld, Erika Rothstein, Erwin Pfänder, Inge Donnepp (Ehrenvorsitzende), Hans-Joachim Kuhl, Lukas Schaa, Dr. Hubert Türk, Hildegard Matthäus, Dr. Rolf Krumsiek (neuer Vorsitzender), Karl-Ernst Strothmann und Herbert Faust.

Foto: Schälte

erörtert und diskutiert worden. Besichtigungen mit Fachgesprächen hätten bei der IBA in Oberhausen, der Ruhrkohle AG, der Ruhrgas, beim RWE und der Degussa stattgefunden.

„Zum Ende eines jeden Jahres trafen wir uns in den Räumen der WestLB zur Adventsfeier“, stellte Frau Donnepp fest. Die jährlichen Bildungsreisen hätten nach Thüringen, in den Schwarzwald, nach Dresden, Bremen, Passau und als Höhepunkt der bisherigen Reisen in diesem Jahr nach Berlin mit einem Empfang beim Bundespräsidenten geführt. Die nächste Veranstaltung sei im November bei der NOWEA in Düsseldorf geplant.

Die erfolgreiche Arbeit der Vereinigung sei geprägt durch die gute und kollegiale Zusammenarbeit aller Vorstandsmitglieder. Frau Donnepp hob erneut die Verdienste des verstorbenen Kollegen Rudi Bahr her-

vor, dessen Arbeit unvergessen bleibe. Aus persönlichen Gründen kandidiere sie nun nicht mehr für den Vorstand. Dies gelte auch für den Kollegen und bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Eberhard Ullrich, der nach Süddeutschland umziehe, sowie für Peter Eykmann, betonte die Staatsministerin a. D. abschließend.

Die Vereinigung hatte zu ihrer Mitgliederversammlung auch einen Gast geladen, den Chef der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Armin Zweite. Er ging auf die Entwicklung der Kunstsammlung ein und berichtete über weitere Planungen, die sich auf das künftige „zweite Standbein“ des Museums im ehemaligen Landtagsgebäude am Kaiserteich in Düsseldorf bezogen. Mehr denn je sei die weitere Entwicklung von der finanziellen Situation abhängig. Aber insgesamt konnte Zweite von erfreulicher Arbeit berichten.

Studenten Leidtragende bei Zweitwohnungssteuer

Immer mehr Städte und Gemeinden in NRW erwägen die Einführung einer Zweitwohnungssteuer zum Stopfen kommunaler Haushaltslöcher. Leidtragende dieser Regelung seien vor allem Studenten und in Ausbildung befindliche Jugendliche, die ihren Lebensmittelpunkt weiterhin in ihrem ursprünglichen Heimatort hätten. Darauf verweist der FDP-Abgeordnete Ralf Witzel in einer Kleinen Anfrage. Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) betont in seiner Ant-

wort, der Bundesfinanzhof habe in einer Entscheidung aus dem Jahre 1996 betont, dass es unerheblich sei, ob es sich um ein Innehaben einer Zweitwohnung zum Zwecke der Erholung oder für Zwecke der Ausbildung (Studium) handle oder nicht, da hierdurch das Wesen der Zweitwohnungssteuer als Aufwandsteuer nicht beeinträchtigt werde. Im Übrigen dürften im Einklang mit dem Meldegesetz Studenten in der Regel nur eine Wohnung haben mit der Folge, dass ein Innehaben einer Zweitwohnung als Anknüpfungspunkt für eine Zweitwohnungssteuer nicht vorliege (Drs. 13/53).

Von der Aula am Rhein ins Berliner Herrenhaus

Der Bundesrat nahm Abschied von Bonn

Zum Abschied von Bonn hatte der amtierende Präsident des Bundesrats, der sächsische Ministerpräsident und frühere CDU-Fraktionsvorsitzende im NRW-Landtag, Professor Kurt Biedenkopf, am 13. Juli 2000 in das Bundesratsgebäude eingeladen. Es war der Vorabend der vielleicht dramatischsten Sitzung in der über 50-jährigen Geschichte der Länderkammer. Denn am 14. Juli sollte die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung im Bundesrat die letzte Hürde nehmen. Bis in die Nacht blieb der Öffentlichkeit verborgen, wie die fünf Länder abstimmen würden, die in Koalitionsregierungen mit den Berliner Oppositionsparteien CDU, FDP und PDS verbunden sind: Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz.

„Der Himmel weint“, sagten Bonner Journalisten, die seit Jahren die Arbeit des Bundesrats beruflich begleiten. Denn es regnete und hörte auch am folgenden Tag nicht auf. Ein bisschen Wehmut lag über der früheren Bundeshauptstadt, wo noch große Schilder zum „Auswärtigen Amt“ weisen, beim Abschied von der letzten gesetzgebenden Verfassungsinstanz. Unter den Ehrengästen waren viele frühere Mitglieder des Bundesrats, aus NRW zum Beispiel die früheren Minister Inge Donnepp, Dr. Dieter Haak, Dr. Friedrich Halstenberg, Dr. Diether Posser. Auch die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann war da. Und der für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissar Michel Barnier. Der langjährige Vorsitzende des Bundesrats-Finanzausschusses, NRW-Finanzminister a.D. Heinz Schleußer war nicht mehr dabei.

In seiner Abschiedsansprache erinnerte Biedenkopf an die Funktion des Bundesrats: Er sichert der Bundesregierung den Sachverstand bei der Ausführung der Gesetze, für die die Länder maßgeblich zuständig sind. Und hob hervor: Das geeinte Deutschland passe als Bundesstaat zu seinen neun europäischen Nachbarstaaten besser als ein Zentralstaat. Für seine Anmerkung, der wohlthuende Unterschied zum Bundestag sei der Verzicht auf Beifall im Bundesrat, erhielt er ausnahmsweise doch Beifall.

Am 14. Juli dann die letzte Sitzung des Bundesrats in Bonn. Wegen des ungeheuren Andrangs von Medienvertretern rief der Präsident die Steuerreform als ersten Tagesordnungspunkt auf. Doch zuvor gedachte der Bundesrat des verstorbenen Mitglieds Schleußer. Und es gab weitere Abschiedsworte. Biedenkopf erwähnte den schlichten Sitzungssaal, die ehemalige Aula der Bon-

ner Pädagogischen Akademie, deren dringvolle Enge an diesen beiden Tagen wieder deutlich wurde. Wo bis zur deutlichen Einheit 11 Ländervertretungen gesessen hatten, mussten sich dann 16 Ministerpräsidenten mit ihren leitenden Beamten die erste Stuhlleihe teilen. Übrigens war der Bonner Bundesrat auch sprachlich ein interessanter Ort. Nirgendwo konnte man auf engstem Raum so viele deutsche Dialekte neben- und miteinander hören wie hier.

Für die Bundesregierung sprach Staatsminister Hans Martin Bury aus Baden-Württemberg vom „Tag des Aufbruchs“. Und Erik Bettermann aus Bremen hatte sich für die 16 Bevollmächtigten noch etwas Besonderes ausgedacht: Aus der „Ewigen Liste“ aller Bevollmächtigter seit 1949 erwähnte er die Ehemaligen: Karl Carstens, Roman Herzog und Johannes Rau, alles spätere Bundespräsidenten, und scherzte zu seinen 15 Kolleginnen und Kollegen: „Sie haben also noch eine große Karriere vor sich.“

Dann teilte der Präsident die Namen von sechs Mitgliedern des 2. Kabinetts von NRW-Ministerpräsident Clement mit, die die Landesregierung — nach der Wahl — als neue (bzw. neu gewählte) Mitglieder des Bundesrats benannt hatte. Wolfgang Clement, Peer Steinbrück, Dr. Fritz Behrens, Dr. Michael Vesper, Ernst Schwanhold und Detlev Samland bilden die NRW-„Mannschaft“ für das Berliner „Herrenhaus“. Das frühere Preußische Herrenhaus ist der Sitz des Bundesrats nach dem Umzug in Berlin. Die weiblichen und zwei weitere männliche Kabinettsmitglieder aus NRW finden sich als Stellvertreter auf der Liste.

Dann wurde es ernst. Tagesordnungspunkt Steuersenkungsgesetz. Als Berichterstatter

erläuterte NRW-Finanzminister Peer Steinbrück die trockene Materie und das „unechte Vermittlungsergebnis“ nur der „A-Länder“. Die B-Länder, also die unionsregierten Länder, das war aus den Medien bekannt, wollten es auf ein zweites Verfahren im Vermittlungsausschuss ankommen und dann die Steuerreform im September passieren lassen. Doch in der Nacht davor „kippten“ alle fünf „AB“- und „AC-Länder“. Bundeskanzler Schröder und Bundesfinanzminister Eichel hatten ihnen für die Zustimmung Zugeständnisse gemacht. Es soll sich um Extra- bzw. vorgezogene Leistungen des Bundes in Höhe von sieben Milliarden Mark handeln. Am Ende gab es 41 Stimmen für die Berliner Steuersenkungen, sechs Stimmen mehr als nötig. Die Medien sprachen von einem „Steuer-Coup“.

CDU- und CSU-Ministerpräsidenten machten ihrem Ärger noch in der Bundesratsitzung Luft: „Missbrauch eines Verfassungsorgans“ (Dr. Bernhard Vogel, Thüringen), „Stimmenkauf“, „Grauzone des Föderalismus“ (Dr. Edmund Stoiber, Bayern). Am nächsten Tag stellten die Medien die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel und den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Dr. Friedrich Merz, als Verlierer heraus. „Triumph und Desaster“ überschrieb eine süddeutsche Zeitung ihren Bericht. Eine Zeitung aus Frankfurt stellte klar, dass die nun verabschiedete Steuerreform zwei Forderungen von CDU und FDP erfülle, nämlich die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent ab 2005 und die steuerliche Erleichterung von Unternehmens-

übergaben. Ursachen, Schuldige, Kosten des „Steuer-coups“ wurden abgehandelt. Das neue Verfahren wurde wenig beleuchtet, da es für „der Öffentlichkeit schwer vermittelbar“ gehalten wurde. Der Bundesrat nahm, erstmals in einer so späten Phase der Beratung, am 14. Juli zum Steuersenkungsgesetz einen Entschließungsantrag an. Danach wurde der Bundesregierung aufgegeben, ein weiteres Steuergesetz mit den beiden Änderungen „des letzten Augenblicks“ vorzulegen. Dieser Entschließungsantrag wurde den Vertretern der unionsregierten Länder erst während der Sitzung bekannt, während die „AB-Länder“ während der Vorgespräche davon unterrichtet worden waren. Inzwischen hat das Bundeskabinett dieses Steuersenkungsänderungsgesetz eingebracht. Wenig beachtet wurde auch ein „Tauschgegenstand“, den der Stadtstaat Bremen dem Bundeskanzler abgerungen hat: weitere Berücksichtigung seiner Sonderlasten im Länderfinanzausgleich. Das bedeutet, dass auch die anderen „Nehmerländer“ mit wenig Änderung zu rechnen haben. Bei einer grundsätzlichen Neuordnung der Ländergliederung und der Länderfinanzen hätte wohl auch das ungleiche Stimmgewicht im Bundesrat zur Diskussion gestanden. Weil die Länder nicht einzeln ihre Stimme abgeben, sondern als Stimpfpakete: die größten haben sechs, die kleinsten drei Stimmen, sind ihre Voten äußerst ungleich. Eine Stimme von Nordrhein-Westfalen (18 Millionen Einwohner) steht im Bundesrat für drei Millionen Menschen, eine Stimme von Bremen/Bremerhaven (673 000 Einwohner) dagegen nur für 220 000 Menschen. NRW hat sechs, Bremen drei Stimmen im Bundesrat.

mmg

In der Bonner NRW-Vertretung verabschiedete Ministerpräsident Wolfgang Clement (Mitte) am 3. Juli deren langjährige Leiterin, Staatssekretärin Heide Dörrhöfer-Tucholski in den Ruhestand, nicht ohne ihr für treue Dienste am Land gedankt zu haben. Gleichzeitig stellte er als neuen Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten den früheren Europaabgeordneten und Vorsitzenden des SPD-Bezirks Niederrhein, Detlev Samland aus Essen, vor. Der NRW-Bevollmächtigte beim Bund gehört künftig zum Geschäftsbe- reich des Ministerpräsi- denten.

Foto: Manfred Knopp



FCL in Leverkusen

Teams suchten mit Vehemenz die Entscheidung

Es war bei gutem sonnigem Fußballwetter ein flottes Spiel zwischen der Polizei Leverkusen und dem FC Landtag auf dem Kunstrasen des Tannenbergsplatzes in Leverkusen-Küppersteg.

Die erste große Chance hatte die Polizei; der gut angesetzte Kopfstoß aber wurde eine Beute von FCL-Keeper Dirk Stopp. Im Gegenzug bediente Spielführer Bernhard Tenhumberg mustergültig FCL-Torjäger Werner Mayer, der ohne viel Federlesens abzog – der Polizeitorwart brachte gerade noch die Fingerspitzen dran und lenkte den Ball an die Latte. Das Spiel wogte relativ ausgeglichen hin und her und präsentierte den Zuschauern mit filigranen Einlagen, kämpferischem Einsatz und spieltaktischen Varianten alle Elemente des modernen Fußballs. Überraschend dann die Führung des FCL: Der agile Heiko Lenk nutzte eine Tändefei der Polizeiabwehr, spritzte dazwischen, steuerte zielstrebig aufs Tor zu und versenkte den Ball kaltblütig zum 1:0. Das war auch der Pausenstand, den die gut gestaffelte Abwehr des FCL um Wolfgang Euteneuer, Rainer Maedge, Bernd Heimfarth und Thorsten souverän sicherte. Der FCL kam besser vom Pausentee, kombinierte ansehnlich und erarbeitete sich allmählich ein Übergewicht im Mittelfeld. Beinahe zwangsläufig fiel in dieser Phase das 2:0. Midfelder Jürgen Cosse nahm den Ball an der Strafraumgrenze volley, leicht abgefälscht drehte sich das Objekt der Begierde ins lange obere Tordreieck. Das Match schien im Sack, aber die Rechnung war ohne die Gesetzeshüter gemacht, die legten nämlich einen Gang zu und kamen prompt zum Anschlusstreffer. Der FCL antwortete und baute erneut seine Führung aus, indem er einen Konter spektakulär abschloss. Debütant Christoph flankte vom rechten Flügel, und der Stolz Austrias, die FCL-Sturmspitze Werner Mayer, nahm den Ball in einer geschmeidigen Drehung aus der Luft und beförderte ihn wunderschön ins Polizistengehäuse. Nun schien der Käs wirklich gelutscht, aber wieder kamen Leverkusens grüne Männer heran, und – kaum zu glauben – in einer sehenswerten Kraftanstrengung kombiniert mit dem Glück der Tüchtigen sogar noch zum Ausgleich. Nun entwickelte sich das Spiel zu einem rassigen offenen, aller taktischen Fesseln ledigen Schlagabtausch, beide Teams suchten in den letzten Spielminuten mit aller Vehemenz die Entscheidung. Das gelang nicht. Es blieb beim 3:3.

Zentralstelle der Länder

Der Hauptausschuss unter dem Vorsitz von Edgar Moron (SPD) hat den Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zum Staatsvertrag zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts am 24. August einstimmig angenommen.



Der internationalen Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und dem Land Nordrhein-Westfalen diente der Besuch einer Delegation der Internationalen Abteilung (IA) beim Zentralkomitee der KP Chinas aus Peking im Landesparlament in Düsseldorf. Landtagsvizepräsident Laurenz Meyer (Mitte hinten) empfing die Gäste, die sich auf Einladung des Landesinstitutes für Internationale Berufsbildung NRW mit Sitz in Solingen nach Deutschland gekommen waren und von Josef Metzges (l.) betreut wurden. Delegationsleiter der Chinesinnen und Chinesen war der Referatsleiter des Forschungsbüros der Unterabteilung Westeuropa der IA, Huang Huaguang (4. v. r.).
Foto: Schälte

Eine klitzekleine Unachtsamkeit kurz vor Schluss brachte FC Landtag noch um den Sieg

Schade, aber es hat nicht sollen sein. Der Sieg war für die Ballvirtuosen des FC Landtag in der Partie gegen das Prosper Hospital diesmal zum Greifen nah. Hatten die Landtags-Fußballer vor einem Jahr noch deutlich mit 2:5 das Nachsehen, verkauften sie sich diesmal so teuer wie möglich. Aber eine Unachtsamkeit kurz vor Ende der Partie – wohl schon im Überschwang des sicher geglaubten Sieges – führte zum 2:2 Endstand und entriss den Kickern aus dem Landtag noch den verdienten Erfolg.

Dabei stand die von Spielertrainer Wolfgang Euteneuer bestens eingestellte Mannschaft von Beginn an wie der berühmte „Fels in der Brandung“. Aggressiv in der Deckung, couragiert und überlegt im Mittelfeld sowie wieselflink im Angriff – mit dieser Marschroute stürzten die Mannen um Bernd Heimfarth die Gastgeber von einer Verlegenheit in die andere.

Wie aus heiterem Himmel dann die überraschende Führung des Prosper-Hospitals. Zaudern im Mittelfeld, zu spätes Attackieren in der Abwehr und schon zappelte das Leder im Netz. Wer jetzt aber glaubte, der FC Landtag hätte nun den Kopf in den Sand gesteckt, sah sich eines Besseren belehrt. Immer wieder lief der Ball wie an einer Perlenkette gezogen auf das Gehäuse des Prosper-Hospitals zu. Aber Heiko Lenck klebte das Schusspech

ein ums andere Mal sprichwörtlich am Stiefel. Erst als er eben diese zur Pause wechselte, klappte es beim Sturmführer des FC Landtag auch mit dem Tore-Schießen. Gleich zweimal versenkte Heiko den Ball nun im Netz des Prosper-Hospitals. Lieferte beim ersten Treffer noch Jörg Krause mit einem Zuckerpass die entscheidende Vorarbeit, war es beim zweiten Tor gar eine mustergültige Kombination über vier Stationen. Angefangen beim unüberwindlichen Wolfgang Euteneuer, dem bärenstarken Jens Harmeyer, dem lauffreudigen Jörg Valentin, landete das Leder schließlich bei Heiko Lenk, der nur noch einzuschließen brauchte. Auch in der Folgezeit suchten die FC-Mann den Mut zum Risiko und damit eine Vorentscheidung. Und ein weiterer Treffer lag unter den Augen von Lothar Hegemann mehr als einmal in der Luft.

Selbst ein mehr als fragwürdiger, aber zum Glück vergebener Foulelfmeter gegen das Team des FC Landtag brachte die Mannschaft nicht vom einmal eingeschlagenen Kurs. Der Keeper des FC Landtag zeigte sich als Meister seines Fachs und parierte großartig.

Ja wäre, ja wäre da nicht diese klitzekleine Unachtsamkeit kurz vor Schluss gewesen ...

Schulkindergärten

Die Schulkindergärten in NRW leisteten bei der Förderung noch nicht schulfähiger, aber schulpflichtiger Kinder gute und erfolgreiche Arbeit. Die Landesregierung halte daher am Konzept des Schulkindergartens fest, betont Schulministerin Gabriele Behler (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Eckhard Uhlenberg. Im Schuljahr 1999/2000 seien an 855 der 3 451 Grundschulen des Landes Schulkindergärten angegliedert (Drs. 13/65).

SPD-Fraktion

Wir wollen ein Zeichen setzen für friedliches Zusammenleben

Das Land wird ein Zeichen setzen für friedliches Zusammenleben und Toleranz. Die Landesregierung hat dazu Initiativen ergriffen, die auf breite Zustimmung stoßen. Die SPD-Landtagsfraktion wünscht, dass auch die Kommunen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus finanziell unterstützt werden. Dafür sollen 18 Millionen Mark bereitgestellt werden. „Die Kommunen können das Geld zum Beispiel für Aktionswochen, Infobroschüren oder Plakataktionen einsetzen oder die Arbeit örtlicher Initiativen unterstützen“, erklärte Heinz Wirtz, kommunalpolitischer Sprecher der

SPD-Fraktion im Landtag. Das Land habe mit einem ähnlichen Sonderprogramm schon gute Erfahrungen gemacht. Nach dem Brandanschlag von Solingen wurde 1993 ein Sonderprogramm für ein friedliches Zusammenleben deutscher und ausländischer Bürgerinnen und Bürger aufgelegt.

★

„Die Anpassung im deutschen Steinkohlebergbau geht weiter, auch über 2005 hinaus. Aber wir lassen nicht zu, dass die Menschen in den betroffenen Regionen durch überzogene Forderungen verunsichert werden.“ Das erklärte SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron. Nordrhein-Westfalen habe in den zurückliegenden Jahren einen sozialverträglichen und wirtschaftlich vernünftigen Modernisierungsprozess gestaltet. Dabei bleibe es. „Wir erwarten, dass die EU ihre bisherige faire Genehmigungspraxis nicht durch Willkür ersetzt“, sagte Moron. 1998 und 1999 seien die Subventionen

für die deutsche Steinkohle problemlos durch die EU genehmigt worden. Jetzt müsse in einem schwierigen Abstimmungsprozess mit der EU eine tragbare Anschlussregelung für den auslaufenden EGKS-Vertrag gefunden werden. Trotzdem müsse derselbe Maßstab wie bisher gelten. „Was mit dem Kohlekompromiss 1997 gemeinsam verabredet wurde, gilt bis 2005, und das gilt für alle, auch für die EU-Bürokratie“, widersprach Moron allen Versuchen, die gemeinsame Grundlage zu verlassen. „Wir verteidigen mit dem heimischen Bergbau auch knallharte wirtschaftliche Interessen“, ergänzte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Es gehe darum, die Lagerstätten zu sichern, Bergbau-, Kraftwerks- und Umweltschutztechnologie, die in der ganzen Welt gefragt sei, weiterzuentwickeln. „Was für die Franzosen und deren Atomstrom ganz selbstverständlich ist, das ist für uns und unsere Bergbauprodukte nicht anders“, kommentierte Moron.

CDU-Fraktion

Förderpraxis gefährdet Neubau von Kindergartenplätzen in NRW

Heftig kritisiert hat der familienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Mahlberg, die Förderpraxis der Landesregierung beim Neubau von Kindergartenplätzen. „Eine Nachfrage bei den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen-Lippe hat ergeben, dass landesweit rund 4 300 Kindergartenplätze fehlen. Es handelt sich dabei ausnahmslos um Plätze, die von den Kommunen an die Landesjugendämter gemeldet und von diesen als dringender Bedarf anerkannt

wurden. Die Landesregierung hat im Haushalt für das Jahr 2000 aber nur Mittel für den Neubau von 1 500 Kindergartenplätzen vorgesehen. Damit bleibt eine Lücke von 2 800 Plätzen bestehen. Den Familien, die somit für ihre Kinder keinen Platz in einer Tageseinrichtung bekommen können, nutzt es deshalb auch herzlich wenig, wenn die Landesregierung erklärt, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in NRW sei zu 96 Prozent erfüllt“, erklärte Mahlberg.

Umso bedauerlicher sei es, dass im inzwischen vorgelegten Nachtragshaushalt keinerlei Mittel eingesetzt wurden, damit auch mit dem Bau der fehlenden 2 800 Plätze begonnen werden könne. „Die Kommunen haben ihre Hausaufgaben gemacht und den Bedarf ermittelt, doch die Landesregierung kommt ihrer familienpolitischen Verantwort-

tung einfach nicht nach“, so Mahlberg weiter. Die Landesregierung rede zwar viel vom Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder, den Worten folgen aber keine Taten. Mahlberg: „Es ist nicht nur diese Lücke von 2 800 Kindergartenplätzen, die den Familien in NRW das Leben schwer macht. Das Land hat auch in den letzten Jahren versäumt, ein ausreichendes und familiengerechtes Angebot an Hort- und Krippenplätzen für Kinder über sechs Jahren und unter drei Jahren zu schaffen. Ich fordere Ministerin Fischer auf, endlich ein umfassendes und familiengerechtes Konzept vorzulegen, anstatt die Elternbeiträge für die Kindergärten zu erhöhen und so die Familien in NRW zusätzlich zu belasten.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

FDP-Fraktion

FDP-Vorschlag gegen neue Hundeverordnung

Nach dem Willen der FDP-Fraktion soll die neue Hundeverordnung sofort aus dem Verkehr gezogen werden. Natürlich gilt: Frei laufende Menschen haben Vorrang vor frei laufenden Tieren. Aber wahr ist doch auch: Leinenzwang ohne Freilaufzonen ist Tierquälerei, erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Stefan Grüll die Kritik an dem neuen Regelwerk von Umweltministerin Höhn. Nachdem sich im Land eine Vielzahl von Bürgerinitiative gebildet haben, konnte die FDP in

der vergangenen Woche 150 000 Unterschriften gegen die neue Verordnung der grünen Umweltministerin Bärbel Höhn vorlegen. „Die Verordnung schafft mehr Verwirrung als Sicherheit“, erklärt Grüll und verlangt von Ministerpräsident Wolfgang Clement, die Kompetenz auf den Innenminister zu übertragen. Die FDP hatte bereits vor Inkrafttreten der Hundeverordnung einen 10-Punkte-Maßnahmen-Katalog vorgelegt.

Die derzeitige Hundeverordnung basiere auf Aktionismus und schaffe nur Scheinsicherheit. Noch immer ignoriert die Ministerin das Problem der wegen der Verordnung ausgesetzten Hunde und die damit verbundenen Gefahren, erklärt Grüll eines der Hauptprobleme.

Die FDP fordert eine sachgerechte Novellierung der Hundeverordnung, in der unter an-

derem auf die unsinnigen Rasselisten verzichtet wird. Diese dienen in der Verordnung als Kernkriterium bei der Auswahl von Kampfhunden, stigmatisierten aber ungerechtfertigt bestimmte Hunderassen und auch deren Besitzer. Andere potenziell gefährliche Hunde würden außer Acht gelassen, so die FDP-Kritik.

Künftig müssten die Anforderungen an den Erwerb und das Halten von Hunden durch Hunde-Führerschein und Hunde-TÜV erhöht werden. Bei Verstoß gegen einzelne Bestimmungen der neu zu fassenden Gefahrhundeverordnung, zu denen auch eine Mikro-Chip-Kennzeichnung und der Abschluss einer Haftpflichtversicherung gehören sollen, soll das Tier eingezogen und der Halter mit drastischen Strafen zur Verantwortung gezogen werden.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Bündnis gegen rechtsextreme Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die von Ministerpräsidenten Clement ergriffene Initiative zur Begründung eines breiten Bündnisses gegen rechtsextreme Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Die Fraktion findet es wichtig, dass dieses Maßnahmenbündel nicht abschließend, sondern offen angelegt ist und in ein Handlungskonzept einmünden soll. Dazu wird das Parlament in den verschiedenen Politikbereichen über die Ausschüsse Beiträge leisten. Dies ist zwar nicht der erste Versuch, ein solches Bündnis zu begründen. Leider immer nur dann, wenn sich solche Vorfälle häuften, wurde der Ruf

nach Widerstand, Gegenwehr, nach dem „Zusammenschluss der Demokraten“ laut.

Allerdings waren diese Initiativen jeweils von kurzer Dauer. Viele haben den Brandanschlag mit fünf getöteten Mädchen und Frauen 1993 in Solingen miterlebt und wissen, was es bedeutet: das Grauen der Opfer, das Entsetzen der Stadtgesellschaft, das Wissen, dass Solingen überall sein könne, und der Appell, dass etwas grundsätzlich passieren müsse – in der Bekämpfung des Rechtsextremismus, bei den Ursachen, im politischen und medialen Diskurs, in der Kinder- und Jugendarbeit.

Der Kreis der Eingeladenen – z. B. Ralph Giordano und Paul Spiegel – und ihre Beiträge bei Begründung des Bündnisses am 16. August 2000 in der Staatskanzlei lassen hoffen, dass es diesmal anders wird. Insbesondere die Einführung von Prof. Dr. Heitmeyer machte deutlich, dass es hier nicht um eine oberflächliche Analyse mit vorschnellen Antworten ging, sondern die Probleme grundsätzlich diskutiert werden müssen.

Es bestand Konsens darüber, dass es sich nicht um vereinzelte Vorfälle handelt und dass es nicht um ein Randphänomen geht, sondern wir auch von der Mitte der Gesellschaft sprechen.

Und dass es deswegen für alle gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere für die Medien und die Politik, keine Episode des Sommerloch bleiben kann und bleiben wird.

Die vier Fraktionen im Landtag haben gerade in der Asyl- und Flüchtlingspolitik sehr unterschiedliche Positionen. Bei der politischen Auseinandersetzung in den vergangenen 20 Jahren sind viele Wunden geschlagen worden. Auch darüber – und über Verantwortlichkeiten – wird zu reden sein. Die Unterschiede bestehen zwar weiter – aber nach vorne gerichtet sagen wir:

Wir als GRÜNE begrüßen dieses Bündnis, wir begrüßen auch, dass CDU und FDP sich angeschlossen haben. Wir wollen und werden aktiv daran mitwirken und dazu beitragen, dass dieses Bündnis ein Erfolg wird.

Staatsvertrag

EU-Kommission will Standardisierung

Der Landtag hat einstimmig der Überweisung des Staatsvertrages über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts zugestimmt.

Der Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, Harald Schartau (SPD), erwähnte bei der Einbringung, als vertrauensbildende Maßnahme sehe die EU-Kommission die europaweite Standardisierung des Prüfwesens im Bereich technischer Arbeitsmittel vor. Grundlage dafür sei die vorschriftengetreue Akkreditierung von Prüfstellen. Aus Gründen der Effizienz und der bundesweiten Gleichbehandlung hätten die Länder diese Aufgabe an die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) übertragen.

Dabei stelle die ZLS fest, ob technische Prüfstellen die Voraussetzungen erfüllten, die erforderlich seien, um nach dem EU-Recht vorgeschriebene Prüfungen durchführen zu können. Durch Änderung des Rechts im Bereich der Medizinprodukte, des Gefahrguttransports, des Sprengstoffs und der Schiffsausrüstung seien zusätzliche Akkreditierungen erforderlich geworden. Diese sollen ebenfalls der ZLS übertragen werden.

Weiterhin sei der Handel zwischen der EU und Drittstaaten durch Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit Drittstaaten über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen erleichtert worden, die nach den Vorschriften der jeweiligen Drittstaaten durchgeführt werden müssten. Auch diese Überprüfungen sollen der ZLS übertragen werden.

Schartau folgerte, der zentrale Vollzug sei für die Länder kostengünstiger, weil sie kein eigenes Personal zur Verfügung stellen müssten (Drs. 13/16).

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische
Geschäftsführerin; Johannes Rimmel
MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael
Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher
(GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag,
Düsseldorf. Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Alles, was man im Leben tut, kann man nur gut machen, wenn es auch Spaß bereitet, urteilt Laurenz Meyer. Und der neugewählte Vizepräsident des Landtages hat viel Freude an der Politik. So will sich der Christdemokrat in seinem neuen Amt nicht nur auf die Repräsentationsaufgaben oder den geschäftsordnungsgeregelten Ablauf des Parlamentsgeschehens beschränken — „Ich habe nicht die Absicht, mich aus politischen Debatten herauszuhalten“.

Im Übrigen liegt es nach seiner Ansicht an der eigenen Person, was sie aus dem Amt macht, in das sie gewählt worden sei. So will der 52-Jährige sich auch als Vizepräsident beispielsweise für eine Verkleinerung des Landesparlamentes weiter einsetzen. „In der Diskussion um den schlankeren Staat sollten wir selbst ein Zeichen setzen.“

Es ist kein Geheimnis, dass ihm der Abschied vom Vorsitz der CDU-Landtagsfraktion nicht leicht fiel, er sie gern weiter geführt hätte. Doch bereits vor seiner Wahl im Februar letzten Jahres hatten Landeschef Jürgen Rüttgers und der gebürtige Ostwestfale vereinbart, dass er den Chefsessel räumen werde, falls Rüttgers nicht Ministerpräsident werden sollte. „Und ich halte meine Versprechen.“

Während seiner knapp 15-monatigen Tätigkeit hatte der offensive Wirtschaftspolitiker mit analytischen Fähigkeiten nicht nur den politischen Gegner des Öfteren in die Defensive gedrängt, er hatte der Fraktion ein eigenständiges Profil gegeben — ungeachtet dessen in steter Loyalität zur Landespartei und zu deren Vorsitzendem Rüttgers.

Bereits vor seiner damaligen Wahl hatte Meyer als Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Missstände um das Oberhausener Trickfilmzentrum (HDO) einen beachtlichen Bekanntheitsgrad erworben. Als souveräner wie beharrlicher Verhandlungsführer trug er wesentlich dazu bei, dass die Millionensubventionen für das einstige Vorzeigeprojekt von Ministerpräsident Clement (SPD) zu einem der beherrschenden politischen Themen in Düsseldorf wurden und dem Regierungschef manche Unannehmlichkeiten bereiteten.

Der Diplom-Volkswirt stieß eher zufällig zur Politik. „Als ich auf einer Berlin-Fahrt auf Einladung der Jungen Union 1968 den Teilnehmerkreis so nett fand, bin ich anschließend in die CDU eingetreten.“ In der Partei wurde man sehr schnell auf den scharfzüngigen Debattierer, der ungeschminkt auch im eigenen politischen Lager die Meinung sagt, „selbst wenn's weh tut“, aufmerksam.

Eine Zeit lang war er stellvertretender Vorsitzender des damals noch selbständigen Landesverbandes Westfalen-Lippe, seit 1995 ist er Schatzmeister der NRW-CDU.

Kommunalpolitisch war der Vater von vier Kindern zwei Jahrzehnte von 1975



Vizepräsident Laurenz Meyer

bis 1995 im Rat der Stadt Hamm tätig, wo er 1995 als OB-Kandidat nur knapp mit 300 Stimmen der SPD unterlag. Als Meyer 1990 erstmals in den Landtag rückte, wurde er von der CDU-Fraktion sogleich zu ihrem wirtschaftspolitischen Sprecher berufen.

In dieser Eigenschaft sah sich der streitbare Christdemokrat insbesondere als Anwalt der kleineren und mittleren Unternehmen, obwohl er bis vor kurzem bei der VEW AG in verschiedenen Funktionen beruflich tätig war.

Während die Groß-Unternehmen gute Rahmenbedingungen von der Bundesregierung benötigten, müsse sich das Land auf die Förderung einer mittelständischen Struktur konzentrieren, betont Meyer. „Wir müssen auf Renommierprojekte verzichten und uns auf die Förderung von Existenzgründern und auf die wirtschaftsnahe Infrastruktur, etwa die Erschließung neuer Gewerbegebiete, konzentrieren.“

In diesem Zusammenhang habe auch die Schulpolitik eine eminent wichtige Aufgabe. Sie entscheide über die künftigen Fähigkeiten unserer Gesellschaft, Herausforderungen von morgen zu bestehen. Und schließlich entscheide die Bildungspolitik, so der Christdemokrat, über die Qualität des Wirtschaftsstandortes und die Möglichkeit jedes Einzelnen, seinen Platz in dieser Gesellschaft zu finden.

Dem gegenüber seiner Umgebung sehr kontaktfähigen und im Dialog sehr offenen Politiker reizt nach eigener Aussage an der neuen Aufgabe, „das Parlament einmal von einer anderen Position kennenzulernen“. Und wer Laurenz Meyer etwas näher kennt, ist sich sicher, dass das Amt des Vizepräsidenten nicht die letzte Etappe auf seinem politischen Weg ist.

Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 6. bis 11. September 2000

6.9. **Jürgen Jentsch** (SPD), 61 J.

11.9. **Gabriele Kordowski** (CDU), 47 J.

★

Edgar Moron (SPD), Fraktionsvorsitzender, ist zum Vorsitzenden des Kontrollgremiums gemäß Paragraph 24 des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wählte der Landtag den CDU-Abgeordneten und früheren Vizepräsidenten **Dr. Hans-Ulrich Klose**. Dem Kontrollgremium gehören ferner als ordentliche Mitglieder die Abgeordneten **Carina Gödecke** und **Jürgen Jentsch** (beide SPD), **Heinz Hardt** und **Lothar Hegemann** (beide CDU), **Dr. Stefan Grüll** (FDP) und **Sylvia Löhrmann** (GRÜNE) sowie als Vertreter **Frank Baranowski**, **Annelie Kever-Henseler** und **Brigitte Speth** (alle SPD), **Dr. Wilhelm Droste**, **Helmut Diegel** und **Theo Kruse** (alle CDU), **Angela Freimuth** (FDP) sowie **Johannes Remmel** (GRÜNE) an.

★

Franz-Josef Kniola (SPD), früherer nordrhein-westfälischer Minister für Stadtentwicklung und Verkehr sowie Innenminister, steht an der Spitze einer 13-köpfigen Kommission, die als Expertenkommission der Bahn einen Weg aus der Krise weisen soll. Nach den Worten von NRW-Verkehrsminister **Ernst Schwanhold** (SPD) seien auch die Länder gefordert, die Schiene wirtschaftlicher und konkurrenzfähiger zu machen. Die Expertenkommission soll in einem Jahr erste Ergebnisse vorlegen. Das Land hat inzwischen eine jährliche Bahn-Leistung von 85 Millionen Zugkilometern aufzuweisen und gibt im Jahr 3,3 Milliarden Mark für den Schienenverkehr aus. Franz-Josef Kniola stellte bei der Vorstellung der Expertenkommission „Zukunft der Bahn“ in Düsseldorf fest: „Ich habe die Aufgabe gern angenommen, weil ich mir aus der Position eines Steinmetzmeisters, der nicht mehr im Geschirr ist, ein unabhängiges Urteil erlauben kann.“

★

Dr. Hartmut Heikau aus Wülfrath ist auf Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN vom Landtag zum Direktor beim Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen ernannt worden. Rechnungshofpräsidentin **Ute Scholle** überreichte die Ernennungsurkunde. Heikau übernahm als Abteilungsleiter die Abteilung IV und wurde zuständig für die Prüfung der Bereiche Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Sport, Straßenbau und öffentlicher Nahverkehr. Heikau rückte an die Stelle des Direktors beim Landesrechnungshof **Hans-Hermann Bückner**, der gestorben war. Als Nachfolgerin von Heikau hat Ute Scholle als neues Mitglied des Landesrechnungshofs **Ruth Katharina Sussalek** aus Köln eingeführt. Sie war zuletzt Referatsleiterin in der Präsidialabteilung.

★

Josef Fischer ist noch vor den Parlamentsferien von Ministerpräsident **Wolfgang Clement** (SPD) zum Staatssekretär

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Forstgenbank erhält heimische Arten

Mit ihrer Forstgenbank will die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten/Landesamt für Agrarordnung Nordrhein-Westfalen (LÖBF) die genetische Vielfalt der heimischen Bäume erhalten. Denn diese Vielfalt ist gefährdet. Mit dazu beigetragen haben Umwelteinflüsse wie das Waldsterben, aber auch die geringe wirtschaftliche Attraktivität des Holzes einiger Arten wie zum Beispiel des Wildapfels oder der Wildbirne, die vom Aussterben bedroht sind. Die genetische Vielfalt wird ferner immer weniger durch Einführung von Baumartensaatgut aus dem Ausland. Baumschulen bieten kostengünstigere Schlehe aus Nordafrika, Haselnuss aus der Türkei, Eberesche und fast alle Straucharten aus Südosteuropa an. Heimische Arten werden so aus Kostengründen verdrängt. Die Landesanstalt beerntet deshalb Wildformen von Kirsche, Birne und Apfel, aber auch Fichten, Eichen, Buchen, Ahorne und Eschen, dokumentiert deren genetisches Material, gründet in Zusammenarbeit mit Waldbesitzern und Forstverwaltungen neue Bestände und versorgt Baumschulen mit Saatgut. Die LÖBF-Pflanze dieses Sommers ist die Wildkirsche (Bild). Mitarbeiter der Forstgenbank haben Wildkirschen mit der Hand aus den Kronen von bis zu dreißig Meter hohen Bäumen gepflückt. Allein 240 Kilogramm der im Vergleich zur Zuchtform kleineren roten Früchte kamen in einem hundert Jahre alten, großen Bestand nahe Wesel zusammen. Die dortigen Bäume sollen bald gefällt und zu Möbeln verarbeitet werden, sodass ihr einzigartiges genetisches Material ohne die Vorsorge der Forstgenbank verloren gegangen wäre. Die Forstgenbank wird im Frühjahr 10 000 Samen zur Generhaltung aussäen. Noch einmal soviel lagern die Mitarbeiter ein.

Foto: LÖBF

im neu zugeschnittenen Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen berufen worden und dort als Verwaltungschef für den neuen Arbeitsminister **Harald Schartau** (SPD) tätig. Der 57-jährige Volkswirt Fischer war zuletzt Dienststellenleiter der NRW-Landesvertretung in Bonn. Zuvor leitete er in der Staatskanzlei die Ressortkoordination für die Wirtschafts- und Strukturpolitik. Fischer gilt als Experte für die Themenbereiche Strukturwandel und Arbeitsmarkt. Er löste **Hans Jürgen Baedeker** (59) ab, der seit 1990 Staatssekretär war. Baedeker war zunächst im Umweltministerium tätig, ehe er 1995 ins Ministerium für Stadtentwicklung und 1998 ins Arbeits- und Sozialministerium wechselte.

Helmut Kupski (SPD), ehemaliger Landtagsabgeordneter, hat als Vorsitzender der Deutsch-Russischen-Gesellschaft Krefeld und Ehrenprofessor der Staatsuniversität Uljanowsk nach über sechsjähriger Bemühung das Russisch-Deutsche Institut an der Gerhard-Mercator-Universität in Duisburg und der Staatsuniversität Uljanowsk/Wolga gegründet. Rund 30 Studenten werden ein bis zwei Jahre lang am Russisch-Deutschen Institut in Uljanowsk auf das ein- bis zweijährige Studium in Deutschland vorbereitet. In Duisburg können die russischen Studenten an fünf Fakultäten studieren. Die Absolventen der Fachrichtungen Physik und Mathematik erhalten nach Ablegung ihrer Examen in Deutschland und der Russischen Föderation anerkannte Diplome.